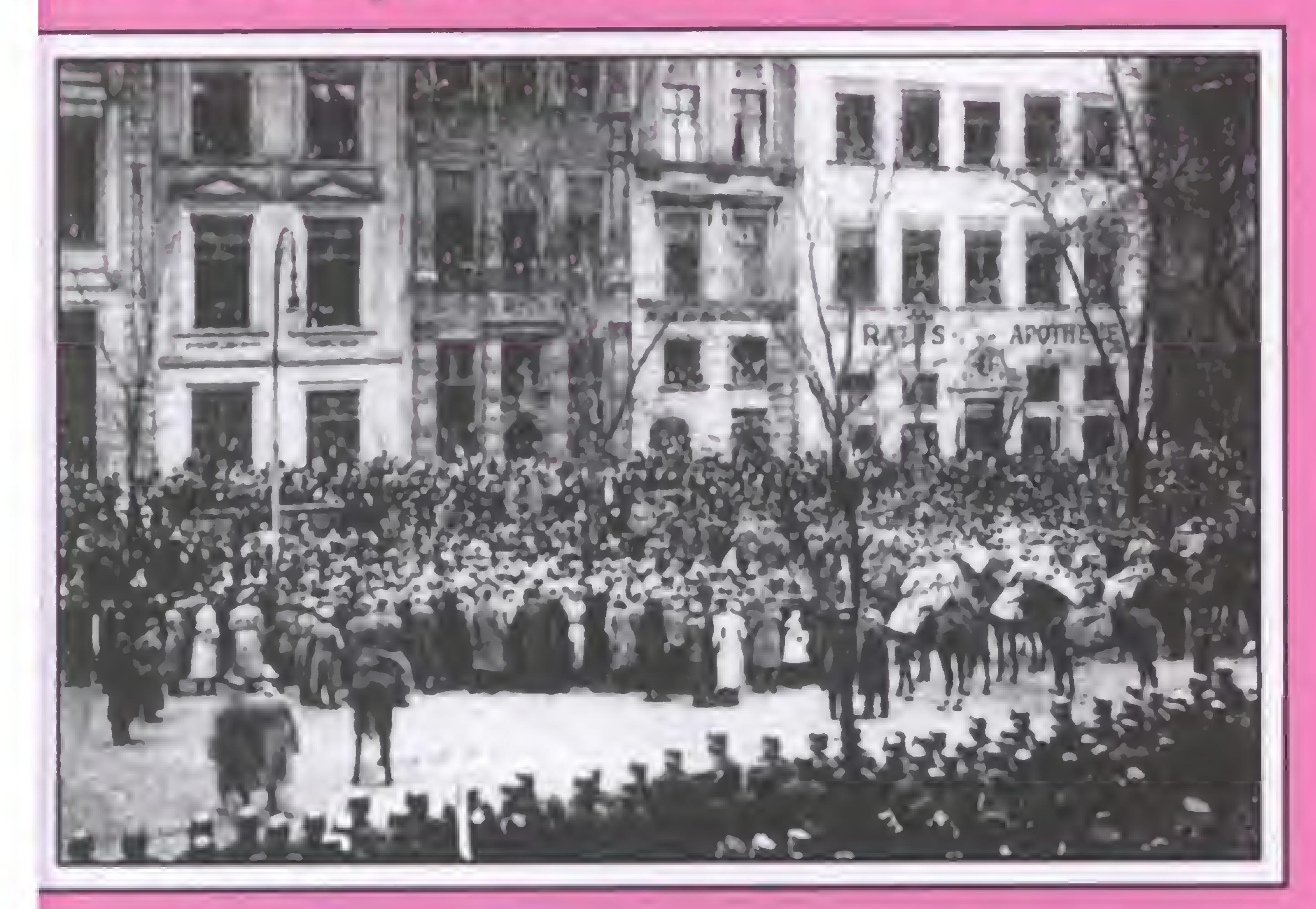
WILLIAM W. DOUGLAS

"Dokumentierte" Geschichten

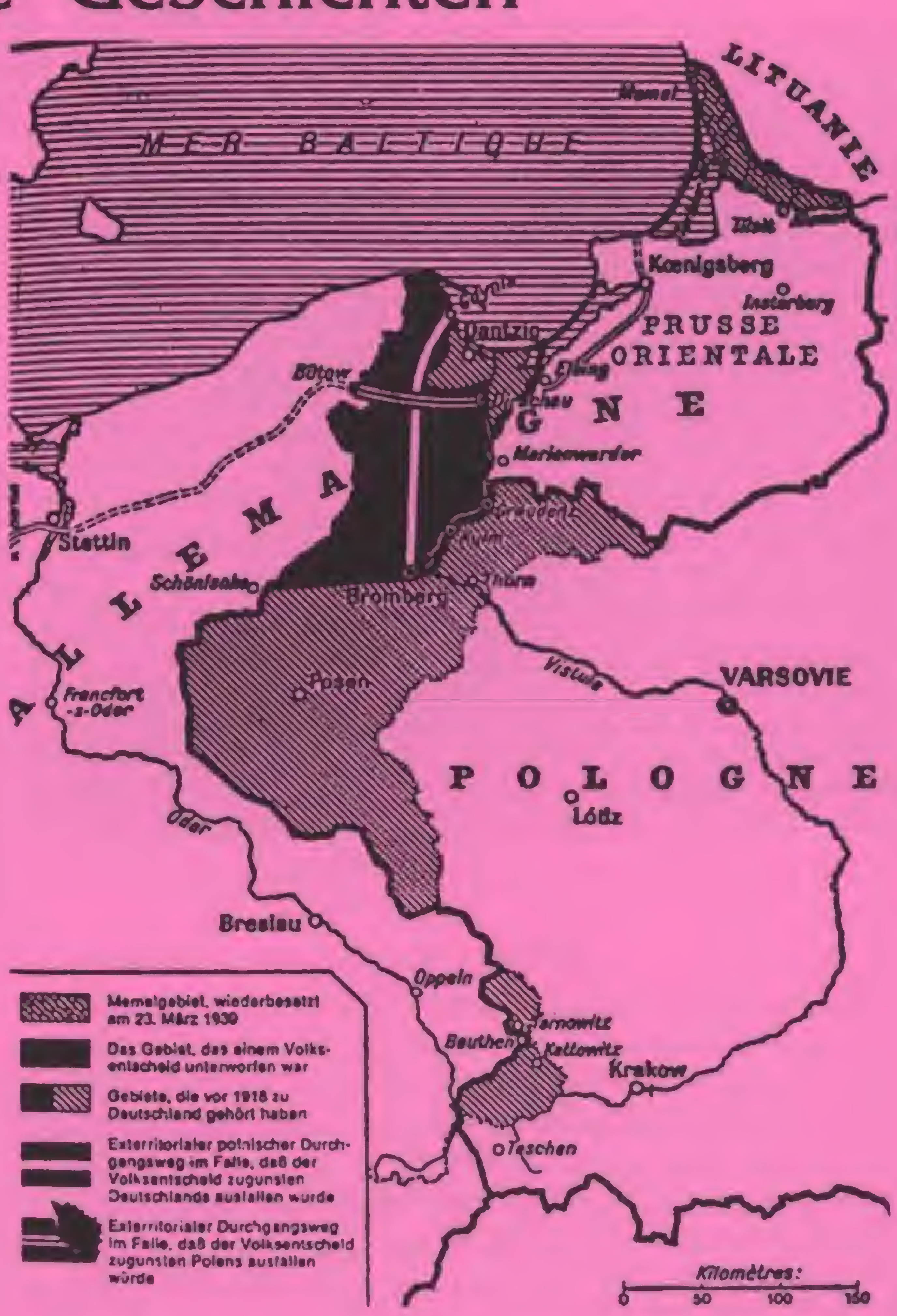


Am 25. April 1919 protestierten über 100.000 Danziger gegen eine Abtrennung ihrer Stadt vom Deutschen Reich.



Am 14. Januar 1920 müssen die deutschen Truppen aus Danzig abziehen. Auf dem Langen Markt verabschiedet der Oberbürgermeister sie mit schmerzerfüllten Worten.

Deutschland war gegenüber den Versailler Siegermächten wehrlos, so auch die Danziger Bevölkerung. Polen nutzte diese Stunde und die folgenden Jahre für imperialistische Ziele. Für diese seit 1919 geschaffenen "völkerrechtlichen Grundlagen" trägt das deutsche Volk keine Verantwortung!



Die Karte einer französischen Zeitung erläutert Hitlers Verhandlungsvorschlag, den er am 31. August 1939 auf Grund einer am 28.8. vorgetäuschten britischen Vermittlung angeboten hat. Die ihm zugesagte, in Wirklichkeit aber nicht vorliegende polnische Gesprächsbereitschaft veranlaßte ihn, diesen Vorschlag eilig auszuarbeiten: Volksabstimmung im schwarz gekennzeichneten Westpreußen. Je nach Ausgang erhält Polen einen exterritorialen Verbindungsweg zur Ostsee mit Freihafen Gdingen oder Deutschland einen solchen nach Ostpreußen. Danzig würde zum Deutschen Reich zurückkehren unter Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Polens. Gleichzeitig würde Deutschland die Westgrenzen Polens garantieren und somit auf das übrige ehemalige deutsche Gebiet verzichten.

Polen hat bereits ohne Kenntnis dieses Planes, schon nach Kenntnisnahme britischer Vermittlungsinitiativen am 30.8. die Generalmobilmachung und spät abends am 31.8. über den Rundfunk unter Bezugnahme auf Hitlers Vorschlag den Krieg an Deutschland erklärt.[1)]

WILLIAM W. DOUGLAS

"Dokumentierte" Geschichten

The First Amendment
(Die erste Verbesserung, Ergänzung)
zur Verfassung der USA

"Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, welches eine (Staats-) Religion einführt, oder die Ausübung irgendeiner Religion behindert. Ebenfalls darf kein Gesetz erlassen werden, welches die Redefreiheit und die Freiheit der Presse verbietet, oder das Recht des Volkes beschränkt, sich friedlich zu versammeln und sich zur Behebung von Mißständen an die Regierung zu wenden."

Wenn auch BRD-Grundgesetz Art. 19, Abs. 2 verfügt:

"In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden",

so lautet doch Art. 5 GG, Abs. 2:

"Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. ..."

Hiermit ist ein Freibrief für Willkür erstellt worden, der erlaubt und dazu geführt hat, Wesentliches wieder aufzuheben.

Als US-Publizisten sind wir durch unser First Amendment vor solchen Tricks rechtlich abgesichert und sehen uns auch gemäß unserem Verständnis von der "freien Welt" verpflichtet, andere Völker unter das gleiche Recht zu stellen.

Polnische Initiativen

"Die Polen haben den Ruhm, die ersten Konzentrationslager in Europa errichtet zu haben.

Was die polnischen Partisanenbanden nach 1918 und während des II. Weltkrieges an grausamen Verbrechen begangen haben, das schreit zum Himmel. Das ist niemals ein Rückschlag in seinen Grundzügen, sondern zu 95% geplantes Morden gewesen. Wer mit Namenslisten in den Händen die Deutschen aus ihren Häusern und Kellern holt, um sie an Ort und Stelle oder auf den Straßen der Stadt abzuschlachten, kann sich nicht auf Rache für erlittenes Unrecht herausreden, der ist ein Massenmörder mit wohldurchdachten Absichten, zumal diese Morde am Anfang des Kriegsgeschehens standen, am 3. September 1939.

Derlei hat es im Deutschen Reich zu keiner Zeit gegeben.

Und wie soll man werten, was Kardinal **Stefan Wyszynski** im österreichischen Fernsehen zugegeben hat, daß jeder polnische Priester mit der Waffe in der Hand am Kampf gegen Deutschland teilgenommen hat, also Partisan war? ... Es waren nicht nur einfache Priester Partisanen, sondern die höchsten kirchlichen Würdenträger, die sich an heimtückischen Verbrechen aus dem Hinterhalt beteiligt haben."

Else Löser [2) S. 14]

INHALT

1.255 polnische Konzentrationslager als der Krieg zu Ende war

Nach Auskunft des Bundesarchivs errichtete Polen -- abgesehen von den überfüllten Gefängnissen -- allein in den deutschen Vertreibungsgebieten 1.255 Folter- und Mord-Konzentrationslager, in denen Zehntausende wehrloser deutscher Frauen, Kinder und Männer jeden Alters gefoltert und umgebracht wurden oder mit Hunger und unbehandelten Krankheiten zu Tode gebracht worden sind.

Alles das wurde amnestiert, kein Mörder zur Rechenschaft gezogen, das Gesamtgeschehen dem öffentlichen Bewußtsein entzogen, die Mordopfer in der polnischen Statistik den "von den Deutschen ermordeten Polen" zugezählt.

Halten Sie Kontakt mit unseren Büros in Europa:

Barnes Review
P.O. Box 243
Uckfield
East Sussex TN 22 9AW
England

Barnes Review
Siegfried Verbeke
Posbus 46
B 2600 Berchem 1

Deutschland: Verlag für Volkstum + Zeitgeschichtsforschung
Postfach 1643, D 32590 Vlotho/Weser

ISSN 0176 - 4144



Im Sommer 1939, bereits Monate vor Ausbruch des Polenfeldzuges, flohen Zehntausende volksdeutscher Menschen vor Terror, Arbeitsentlassung und Enteignung seitens polnischer Behörden und Banden. Wie wir heute wissen, haben hinter dem Rücken des britischen Premierministers Männer aus dem Londoner Kriegsministerium, Geheimdienst, des Außenministeriums und der "Opposition" an *"schmutzigen Tricks ausgebildete Missionen"* nach Polen geschickt, um diesen Terror gegen die Volksdeutschen zu inszenieren und über diese Konfliktschürung den Krieg gegen Deutschland in Gang zu setzen.[18]

Stefan Scheil

Mitteleuropäische Gedankenspiele nach Versailles Mehr als nur Danzig: Das Dilemma der Republik Polen im internationalen System der Zwischenkriegszeit

"**Edouard Daladier** packte Ende August 1939 der Zorn. *»Narren«* seien sie, die Polen, *»sie werden weiter von den abgedroschenen Ideen **Pilsudskis** regiert«*, ließ der französische Regierungschef den englischen Kriegsminister **Leslie Hore-Belisha** wissen. In den Tagen zuvor habe nur lebhafter französischer Druck die polnische Regierung davon abgehalten, militärisch in Danzig einzumarschieren. Zwar sei dies im Prinzip in Ordnung und ganz besonders dann, wenn die Stadt ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich proklamieren sollte, aber die günstige Zeit für solche Operationen sei inzwischen vorbei. Sie könnten sich negativ auf die Weltmeinung darüber auswirken, wer im kommenden Konflikt mit Deutschland eigentlich im Recht sei.

Als es die französische und die englische Regierung im vergangenen Frühjahr (31. März 1939) ins Belieben Warschaus gestellt hatten, bei einem Angriff auf Deutschland zu jeder Zeit englische und französische Bündnispflicht beanspruchen zu können, hatte man in London und Paris nicht geglaubt, derart beim Wort genommen zu werden. ...

Vor diesem Hintergrund hatten der polnische und der französische Generalstab in den zwanziger Jahren einen gemeinsamen Kriegsplan gegen Deutschland ausgearbeitet, der in einer ersten Phase die Besetzung Danzigs sowie von Teilen Schlesiens und Ostpreußens durch polnische Truppen vorsah. Dann sollte die französische Armee, falls nötig, ebenfalls eingreifen, und ein gegebenenfalls später abzuschließender Friede würde der Republik Polen eine weitere bedeutende und von Deutschland bilateral anerkannte Gebietserweiterung bescheren. »Zweimal im Jahr« habe **Pilsudski** während des Bestehens der Weimarer Republik in Paris angefragt, ob dort Rückendeckung für eine solche Aktion bestehen würde, so spöttelte **Robert Vansittart** später in seinen Memoiren, zu dieser Zeit der Amtschef des Außenministeriums und starker Mann der englischen Außenpolitik. ...

Man rechnete in Berlin Ende der zwanziger Jahre durchaus mit einem solchen Schritt. Schlesien sollte in diesem Fall geräumt, Ostpreußen und Pommern sollten hinhaltend verteidigt werden. Lediglich dem direkten Durchmarsch polnischer Truppen auf die deutsche Hauptstadt sollten sich deutsche Streitkräfte entgegenstellen. Da es aber aus Paris keine Rückendeckung für die Angriffspläne des polnischen Diktators gab, selbst als in Deutschland **Hitler** die Regierungsgeschäfte übernahm, und da **Pilsudski** ein Mann des »Entweder - Oder« war, wie **Vansittart** feststellte, schloß er im Januar 1934 einen Nichtangriffspakt mit Deutschland. ...

Da die Grenzen von 1772 nicht verhandelbar waren, blieb der Griff zur Waffe. Zwar geriet der Angriff auf die Sowjetunion nur zum Teilerfolg, den **Pilsudski** 1920 mit dem Ziel einer Abspaltung der Ukraine und Weißrußlands und deren Integration in eine Föderation unter polnischer Führung geführt hatte. Der Frieden von Riga ließ allerdings bedeutende Gebiete beider Länder bei Polen. Von der ukrainischen und weißrussischen Bevölkerung wurde in der Folgezeit radikal verlangt, ihr »polnisches Kulturerbe« anzuerkennen. Litauen blieb unabhängig, mußte jedoch eine dauerhaft polnische Besetzung des zur Hauptstadt proklamierten Wilna hinnehmen. Beides war ein Spiegelbild der immer wieder von der Agitation polnischer Interessenverbände vorgebrachten Behauptung, der überwiegende Teil der Deutschen östlich von Oder und Neiße seien eigentlich germanisierte Polen, beherrscht von einer schmalen eingewanderten deutschen Oberschicht.

1) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 - 1945, Serie D (ADAP), Bd. VII, Baden - Baden 1961, Dok. 451 + 458 + 461 + Nevile Henderson, "Fehlschlag einer Mission, Berlin 1937 - 1939", Zürich 1940, S. 370 - 374.

2) Else Löser, "Kardinal Hlonds Betrug an Ostdeutschland", Ludwigshafen / Rhein 1988.

Solche Gedanken äußerten sich in zahlreichen Publikationen der Vor- und Zwischenkriegszeit. Sie schlugen sich in den zwanziger Jahren etwa in den Arbeiten des polnischen Generalstabsoffiziers **Baginski** nieder, die Einfluß gewannen, mehrere Neuauflagen erlebten und eine Kontinuität begründeten. Bald nach Kriegsausbruch bekam **Baginski** während des Winters 1940/41 im Londoner Exil die Gelegenheit, sich erneut mit einer Übersetzung seiner Schriften zu Wort zu melden. So konnte nun auch die westliche Öffentlichkeit nachlesen, was nach polnischer Ansicht schon seit den zwanziger Jahren zu tun war:

»Es wird niemals Frieden in Europa geben, bis Preußen ausgelöscht ist und die deutsche Hauptstadt von Berlin, das auf slawischem Gebiet erbaut wurde, nach Frankfurt am Main verlegt sein wird. Deutschland kann nur harmlos werden, wenn seine slawischen Eroberungen rückgängjg gemacht werden.«

Radikale Kräfte gibt es immer und überall. Wichtig an diesen Formulierungen aus den zwanziger Jahren war daher weniger, daß sie überhaupt geschrieben worden waren, als daß sie von einem aktiven und hohen Offizier stammten, der erst in den polnischen Generalstab versetzt wurde und bis 1939 dessen Mitglied blieb, nachdem er öffentlich die Eroberung Ostpreußens und die Verlegung der deutschen Hauptstadt gefordert hatte. **Baginski** stellte seine Forderungen zudem auf die Basis der Theorie des »Dritten Europa« oder »Intermaritim«, die unter der Leitung von Außenminister **Beck** in den dreißiger Jahren das Leitmotiv der polnischen Außenpolitik werden sollte. Nach dieser Theorie diente Polen analog zu Frankreich (Atlantik-Mittelmeer) und Deutschland (Nordsee-Adria) als dritte europäische Verbindung zweier Meere (Ostsee-Schwarzes Meer). Damit waren die Gebietsansprüche deutlich bezeichnet, auch deswegen, weil die Mündung der Oder üblicherweise als westliches Ende dieser Verbindungslinie galt.

Der 1939 ausgebrochene Krieg überwand weitere Hemmungen, und so nannte **Baginski** im englischen Exil dann die Elbe einen *»großen slawischen Fluß«* und gab eine Karte bei, auf der Polens *»historische Grenzen«* kurz vor Braunschweig endeten. Zwar erhielt der Rhein nicht das Prädikat eines slawischen Flusses, wurde aber als Grenze ins Auge gefaßt, denn *»im Großteil des heutigen Deutschland, bis hin zum Rhein, wohnten vor zweieinhalbtausend Jahren slawische Völker«*. In bezug auf Ostpreußen war es mit der bloßen Eroberung ausdrücklich nicht mehr getan. Nur die Vertreibung der Bevölkerung sei eine Lösung für dieses dortige Problem.

Dies war keine Publikation eines versprengten Radikalen, sondern eine Veröffentlichung aus polnischen Regierungskreisen, zu der mit **Manan Kukiel** der amtierende Verteidigungsminister das Vorwort geschrieben hatte. ...

Der Westgedanke und der Plan einer polnischen Ostexpansion begannen im neuen Konzept eines gigantischen polnischen *»Dritten Europa«* zu verschmelzen, das von Berlin bis Borodino und von Riga bis Odessa reichen sollte, ein Konzept, das allerdings erst nach Neugründung des polnischen Staates vollständig entwickelt wurde und das dann zeitgemäß den Anspruch einschloß, Kolonialmacht zu werden. Die daraus resultierende, schwer überbrückbare Differenz zwischen dem polnischen Selbstverständnis und seinem Bekanntheitsgrad im Westen führte jedoch bereits während der Versailler Friedensverhandlungen zum Stoßseufzer des italienischen Außenministers **Sforza** über die polnischen Verhandlungsführer:

»Wenn es nach ihnen gegangen wäre, so wäre halb Europa ehemals polnisch gewesen und hätte wieder polnisch werden müssen.«

Das »deutsche Spiel« und die kalkulierte Katastrophe

In dieser Phase und auch später zeigte sich die Ambivalenz der politischen Haltung der siegreichen Westmächte England und Frankreich zu Ostmitteleuropa. Sie fanden sich zwar zur Gestaltung einer ganzen Reihe von neuen unabhängigen Staaten in der Region bereit, die zusammen den sogenannten »cordon sanitaire« gegenüber der Sowjetunion bildeten, zu dem auch Polen gehörte. Dieser Gürtel hatte aber, wie der Begriff schon andeutete, lediglich eine bestimmte Funktion innerhalb der westlichen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion wie auch im Hinblick auf Deutschland. Er deutete nicht auf eine nähere Beschäftigung mit den Interessen und Wünschen dieser Staaten und der von ihnen repräsentierten Völker hin.

Folgerichtig blieb Osteuropa in der Zwischenkriegszeit von wichtigen politischen Entwicklungen ausgeklammert, etwa trotz aller Bemühungen namentlich Polens auch aus dem Locarno-Vertrag. Während sich Westeuropa an Modellen kollektiver Sicherheit versuchte, kam in Osteuropa die Macht weiterhin aus den Gewehrläufen.

In dieser Situation blieb dem polnischen Staat wenig anderes übrig, als auf die erwartete Zuspitzung der schwebenden internationalen Situation zu warten und sie dann zu seinem Vorteil zu nutzen. Fünfzig Prozent des Staatshaushalts flossen in die Rüstung, um für den Fall der Fälle bereit zu sein. Um dieses Erbe zu wahren, setzte der alternde **Pilsudski** 1932 mit **Jozef Beck** einen Vertrauten aus Kriegszeiten als Außenminister ein. **Beck** exponierte sich in der Folgezeit wegen seiner offiziös deutschfreundlichen Politik und als derjenige, der gegen den Mehrheitswillen den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt unterzeichnet habe. Tatsächlich blieb er der **Pilsudski**-Linie stets treu, unter anderem im steten Bemühen um die westliche Genehmigung für einen Offensivschlag gegen Deutschland, den er der französischen Regierung trotz des bestehenden Nichtangriffspakts 1936 nach der Rheinlandbesetzung anbot.

Gleichzeitig erklärte er die geopolitische Linie des »Intermarium« zum Leitfaden seiner Politik und Warschau somit zum Mittelpunkt der eigentlichen Ostpolitik. Insofern ging er mit der Zeit über **Pilsudskis** Vorgaben hinaus, für den Dinge wie eine Abspaltung Ostpreußens von Deutschland und der Erwerb Danzigs real-politische Ziele gewesen waren, wie sie sich aus den Gegebenheiten ableiten ließen. Den Tiefenstrategien der Befürworter des Westgedankens stand **Pilsudski** skeptisch gegenüber, denn eine internationale Billigung für deren ethnische Säuberungsabsichten in bezug auf Ostdeutschland war nirgendwo in Sicht und ohne eine solche Stütze würden sie nie durchzusetzen sein. Hier schienen sich nach seinem Ableben jedoch unerwartete Möglichkeiten zu bieten, als Außenminister **Beck** die wachsende Aversion erkannte, die in den westlichen Hauptstädten gegenüber dem Nationalsozi-

alismus herrschte. Ein scheinbar prodeutscher polnischer Außenminister mußte hier zur richtigen Zeit für einen antideutschen Schwenk einen hohen Preis einstreichen können.

Der Danziger Völkerbundkommissar **Carl Jacob Burckhardt** durchschaute diese Strategie schon im Sommer 1938, wie er im August des Jahres in einem Lagebericht aus Danzig schrieb. **Beck** spiele kein »deutsches Spiel«, wie manche Franzosen und die polnische Opposition glaubten.

»Es ist ein Spiel, bei welchem man für Polen auf den höchsten Gewinn hofft, einen Gewinn, der sich ergeben soll aus einer schließlichen und unvermeidlichen deutschen Katastrophe. Jetzt hofft man im stillen in Warschau nicht nur auf die bedingungslose Integration Danzigs in den polnischen Staatsbereich, sondern auf viel mehr, auf ganz Ostpreußen, auf Schlesien, ja, auf Pommern.

Im Jahre 1933 noch sprach man in Warschau vom polnischen Pommerellen, aber jetzt sagt man »unser Pommern«. ***Beck*** *macht eine rein polnische Politik, eine letzten Endes antideutsche Politik, eine nur scheinbar polnisch-deutsche Entspannungspolitik seit der Besetzung des Rheinlandes und der französischen Passivität bei Anlaß dieses Vorganges. Aber man bemüht sich, die Deutschen ganz methodisch in ihren Fehlern zu bestärken.«*

Soweit es die völkerrechtlichen Verträge anging, hatte der polnische Außenminister Grund zu Optimismus. Wenige Wochen vor **Burckhardts** Bericht hatte ein Besuch **Duff Coopers**, des amtierenden Ersten Lords der englischen Admiralität, den Grundstein für das spätere englisch-polnische Bündnis von 1939 gelegt. Westliche Rückendeckung war dank der folgenden gemeinsamen britisch-französischen Garantie erheblich mehr gegeben als in den vergangenen Jahren durch das französisch-polnische Bündnis allein. Zudem hatte eine diplomatische Revolution stattgefunden. Zum ersten Mal in der Geschichte sei es der Entscheidung einer auswärtigen Macht überlassen worden, ob England in den Krieg ziehen würde, erklärte das britische Außenministerium.

Die Ehre, diese Macht zu sein, war Polen zuteil geworden. Sie wurde dadurch noch erweitert, daß die französische Republik eine vergleichbare, aber detailliertere Ermächtigung zum Einsatz polnischer Streitkräfte gegen Deutschland bei voller Unterstützungspflicht unterschrieben hatte. Da es **Beck** 1938 ebenfalls noch gelang, den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion erneuern zu lassen, schien auch aus dieser Richtung keine Gefahr zu drohen. Insofern hatte sich die militärstrategische Lage Polens in den letzten Jahren trotz der deutschen Aufrüstung nicht verschlechtert, sondern erheblich verbessert. Die bestehenden Verträge ermächtigten die polnische Republik unzweideutig zu militärischen Maßnahmen gegen Deutschland, die von den Westmächten bedingungslos zu unterstützen waren, während die Sowjetunion ungeachtet jeder denkbaren Entwicklung neutral zu bleiben hatte. Anfang August 1939 drohte die polnische Regierung in Berlin militärische Maßnahmen mit Formulierungen an, die fast wörtlich die Vertragsbestimmungen mit Frankreich zitierten.

Dieser Sachlage entsprechend verhielten sich die polnischen Botschafter während der Sommerkrise 1939. **Edward Raczynski**, den polnischen Vertreter in London, ließ die drohende Kriegsgefahr kalt. Zuversichtlich merkte er mitten in der größten Krise am 29. August 1939 an, die Lage sei keineswegs verzweifelt. Im Gegenteil, »alles geht ganz hübsch voran«. **Raczynski** tat denn auch nichts, um etwa noch vorhandene Spielräume für Kompromisse und Verhandlungslösungen auszuloten, wie es die Regierung **Chamberlain** gleichzeitig versuchte.

Unruhen sollten den Weg nach Deutschland bahnen

Mit Erstaunen und Empörung hatte er zur Kenntnis nehmen müssen, wie Außenminister **Halifax** ihm nach der Unterzeichnung des englisch-polnischen Bündnisvertrags am 24. August neue Ideen für einen Kompromiß mit Deutschland unterbreitete. **Raczynski** tat daraufhin alles, um solchen Ideen ihren Reiz zu nehmen. In der letzten Vorkriegswoche verwandelte er sich vom polnischen Diplomaten zum englischen Oppositionspolitiker, wie er später schrieb. Wichtigster Verbündeter bei dem erfolgreichen Versuch, einen Kompromiß mit Deutschland zu verhindern, sei die Gruppe um **Winston Churchill** gewesen.

Während in London auf diese Weise ein Tauziehen um die Frage stattfand, ob es Krieg oder Frieden geben sollte, gingen die Dinge in Berlin einen nicht unähnlichen Gang. Auch der dortige polnische Botschafter **Lipski** sah für Kompromisse keinen Spielraum. Er habe sich nicht für deutsche Angebote irgendwelcher Art zu interessieren, erklärte er schließlich am Morgen des 31. August, als ihm der deutsche Sechzehnpunktevorschlag überreicht wurde. Er kenne die Lage in Deutschland nach seiner fünfeinhalbjährigen Tätigkeit als Botschafter gut und habe intime Verbindung mit **Göring** und anderen aus den maßgebenden Kreisen. Er erklärte, davon überzeugt zu sein, daß im Fall eines Krieges Unruhen in diesem Land ausbrechen und die polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden.

Innere Unruhen und die Unterstützung der Alliierten sollten den Weg in die deutsche Hauptstadt bahnen. Wäre die internationale Lage zu dieser Zeit der Gestaltung berechenbarer Politik günstiger gewesen, hätte diese Situation eintreten können. Es ist heute kaum umstritten, daß die zugesagte Offensive der Westmächte im Herbst 1939 zum Erfolg geführt hätte, hätte sie denn stattgefunden. Das galt zumal dann, wenn der Überfall der Sowjetunion auf Polen unterblieben wäre. Polens Außenminister **Beck** hatte seine Kalkulationen auf den polnischen Nichtangriffsverträgen mit der Sowjetunion und den verbindlichen Unterstützungsverträgen mit den Westmächten aufgebaut.

Diese Verträge wurden nach Eintritt des Bündnisfalls innerhalb weniger Tagen von den Unterzeichnern gebrochen. Im Fall der beiden Westmächte ist bekannt, daß sie nie die Absicht hatten, sich daran zu halten. Die Ansprüche der Republik Polen, als vertragswürdiger Partner anerkannt zu werden, waren 1938/39 nur scheinbar erfüllt worden. Der Graben zwischen der Selbstwahrnehmung der polnischen Elite und ihrer Wahrnehmung in der machtpolitischen Realität Westeuropas blieb unüberbrückt. Unter diesen Bedingungen, »**Pilsudskis** Ideen« und den »Westgedanken« in praktische Politik umzumünzen, mochte in den großen Hauptstädten wie eine närrische Ambition wirken. Zweifellos jedoch war es nicht die einzige, die in den späten Augusttagen 1939 wirksam war." [3)]

3) ***Frankfurter Allgemeine Zeitung***, 17. Juni 2006.

In polnischer Uniform

-- Erlebnisbericht eines Volksdeutschen --

Ich hatte Gelegenheit, die Segnungen der polnischen "Demokratie" am Ort und in der Zeit nach 1918 studieren zu können, weil ich zu den "Kongreßlern" zählte, also zu jenen Deutschen in Polen, die staatsrechtlich nie zum Deutschen Reich oder zu Österreich gehörten und deshalb zu vielen Dingen eine andere Einstellung hatten als die des preußischen oder österreichischen Teilgebietes. Von den Deutschen Kongreßpolens sind z. B. nie Wünsche um eine Einbeziehung in das Deutsche Reichsgebiet bekanntgeworden. Man lebte ja seit Anbeginn mit den Polen zusammen; erst unter der Herrschaft der Russen, dann unter jener der Polen. Als Folge des Ersten Weltkrieges war diese deutsche Bevölkerung allerdings soweit zum Selbstbewußtsein erwacht, daß sie eine Assimilierung vom Polentum nicht wünschte. Zu eigenwillig war bereits das geistige und kulturelle Leben.

Dennoch: Wie sollte sich ein ABC-Schütze dagegen auflehnen, daß im Lesebuch auf der ersten Seite die polnische Nationalhymne zu finden war? Sollten wir als Schüler schon den Widersinn erkennen, der darin lag, daß wir für die Erhaltung der polnischen Schulen in Deutschland opfern mußten, gleichzeitig aber allen möglichen Versuchen der Entdeutschung ausgesetzt waren?

Viele vom Staat uns auferlegte Sonderbestimmungen verschiedener Art prägten das Leben unserer Volksgruppe. So war es z. B. üblich, daß jeder im Personalausweis neben Staatszugehörigkeit und Konfession auch die Volkszugehörigkeit bzw. Muttersprache eingetragen bekam. Ich habe nie davon gehört, daß das "Weltgewissen" sich darüber empörte -- auch nicht darüber, daß Katholiken der Besuch einer deutschen Schule nur in Ausnahmefällen gestattet wurde.

Dem Buchstaben der polnischen Verfassung nach waren zwar alle Bürger gleich. Soweit es die Pflichten betraf, wurde auch kein Unterschied gemacht. In den Rechten aber genossen die Katholiken schon erhebliche Vorzüge, während die vor dem Gesetz "gleichberechtigten" Deutschen als "Evangelische" bei jeder Gelegenheit zurückgesetzt wurden. Allein die vollkommene Beherrschung der polnischen Sprache nebst überdurchschnittlich guten fachlichen Leistungen konnten ausgleichend wirken. Die praktische Benachteiligung in der Schule wirkte sich natürlich stark auf die Lage der ganzen Volkgruppe aus. So durfte eine deutsche Schule nur existieren, wenn mindestens 46 Kinder zum Eintritt angemeldet waren. Waren es zu irgendeinem Zeitpunkt nur 45, so wurde die Schule geschlossen und die Schüler mußten eine polnische Schule besuchen.

Noch wesentlich schlimmer als mit den Volksschulen war es mit den Gymnasien bestellt. So verloren beispielsweise viele deutsche Gymnasien durch die 1921 durchgeführte Option ihre Lehrkräfte, wenn diese nicht nachweisen konnten, daß sie bereits vor 1908 im "polnischen" Gebiet gelebt hatten. Während es im "Korridorgebiet" z. B. 1920 noch 12 Gymnasien gab, "überlebten" bis 1933 nur noch 3 (Posen, Bromberg, Lissa). Harte Bedingungen engten zudem die deutschen Schulen ein. Vom 2. Unterrichtsjahr an war Polnisch Pflichtfach. Wurde den deutschen Schulen im Zug der üblichen kleinlichen Schikanen das Öffentlichkeitsrecht entzogen, so erwuchsen daraus für die Schüler weitere Nachteile:

Sie erhielten z. B. keine Fahrtermäßigung mehr und mußten höheres Schulgeld zahlen; Lehrmaterial aus Deutschland unterlag einem besonderen Zoll; und die Prüfungsvorschriften wurden laufend geändert. Konnten die Abiturienten bis 1923 noch ihre Examina vor den eigenen Lehrern ablegen, so prüfte ab 1924 eine polnische Kommission die deutschen Abiturienten an einer polnischen Schule. Dazu kam, daß es die Polen zum System gemacht hatten, deutsche Schulen in ihrem Machtbereich unter nichtigen Vorwänden zu schließen, um sie dann wieder zuzulassen, nachdem das Deutsche Reich sich verpflichtet hatte, alle Kosten für den Unterhalt zu übernehmen und für die "polnische Minderheit in Deutschland" ebenfalls Schulen zu errichten -- auf deutsche Kosten!

Deutsche hatten es vor allem schwer, in gehobene Berufe zu gelangen; vor allem war ihnen jede Tätigkeit im Staatsdienst von vornherein versperrt. Es war noch nicht einmal sicher, ob der Grundbesitz, den der Vater seinem Sohn zu übertragen gedachte, tatsächlich in die Hände des Erben übergehen konnte. Denn abgesehen von den jährlichen Landreformen und "Flurbereinigungen" behielt sich der polnische Staat bei Deutschen das Vorkaufsrecht bei jeglicher Übereignung vor, auch bei Besitzwechsel im Erbgang.

Außerdem war die Ableistung der Wehrpflicht die Voraussetzung für eine Übertragung von Grundstücken. Überaus empfindlich waren die Polen hinsichtlich der Organisationen der im polnischen Staatsverband lebenden Minderheiten. Wir selbst lachten zwar damals darüber, wenn uns ein übereifriger Polizist auf offener Straße ein Grauhemd oder eine Kletterweste auszog und dies damit begründete, daß diese Kleidungsstücke unter das Uniformverbot fielen. Indes, wenn man zurückschaut in jene Zeit, waren diese Schikanen doch nur der Auftakt zu Schlimmerem.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Behandlung der jüdischen Minderheit im Dritten Reich vor 1939 ganz gewiß nicht schlimmer war als die der deutschen in der polnischen Republik.

Zu Lebzeiten des Marschalls **Pilsudski**, der als gemäßigt galt, sind Verfolgungen und Gewalttaten größeren Ausmaßes noch nicht an der Tagesordnung gewesen, wenn auch 1933 die von Fanatikern aufgestachelten Massen in Lodz es fertigbrachten, die deutsche Presse und das Deutsche Gymnasium zu demolieren. Es gab sogar nach dem Abschluß des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages 1934 eine Zeit merklicher Entspannung. Die Deutschen in Polen haben auch zu jener Zeit nicht aufgehört, sich als polnische Staatsbürger einwandfrei zu führen. Die Jugend lernte **Mickiewicz, Goethe, Slo-**

wacki, Schiller, Keller, Sienkiewicz gleichermaßen kennen und lieben. Wir sahen in den Dichtern große Söhne ihres Volkes, ganz gleich, ob sie ihre Werke in deutscher oder polnischer Sprache schufen.

Nach dem Tode **Pilsudskis** 1936 verschlechterte sich das Verhältnis zwischen den "Evangelischen", wie man die Deutschen zu bezeichnen pflegte, und den Polen merklich. Das zeigte sich unter anderem darin, daß deutsche Wehrpflichtige nun nicht mehr für die Offizierslaufbahn zugelassen wurden. Nach Danzig fahren durfte nur, wer die polnische Staatsbürgerschaft besaß. Deutschen wurde sie nur nach Ableistung des Militärdienstes zuerkannt. Diese "Staatsbürgerschaft" mußte -- obgleich sie im Personalausweis bei den Volksdeutschen vermerkt war -- bei jedem Auslands-, somit auch Danzig-Besuch auf einem Sonderformular erneut bestätigt werden. Wer sich freiwillig zum Militärdienst meldete, um sein Studium früher beginnen zu können, mußte sich damit abfinden, daß man ihn viel länger auf die Einberufung warten ließ als seine polnischen Kollegen. Zum anderen war es in den meisten Fällen mit der für Abiturienten vorgesehenen einjährigen Dienstzeit nichts mehr. Wer nicht das Abitur erlangte -- den Deutschen wurde der Weg zu diesem Examen erheblich erschwert --, mußte 18 Monate zur Armee. Die Deutschen, die auch bei den Polen als besonders zuverlässig galten, wurden -- mit oder ohne Abitur -- hauptsächlich zum Grenzschutzkorps einberufen, wo sie sogar eine zweijährige Dienstzeit ableisten mußten. Sie durften Polens Ostgrenze vor den Übergriffen der Bolschewiken schützen. Dieser Truppe ließ man auch eine besonders umfangreiche vaterländische oder staatsbürgerliche Erziehung angedeihen. Der Gerechtigkeit halber muß gesagt werden, daß in den Ausbildungskompanien selbst den Deutschen keine Schwierigkeiten gemacht wurden. Ein großer Teil der Deutschen fiel durch Zuverlässigkeit und gute Leistungen auf, besonders auch auf sportlichem Gebiet. Die Einheitsführer waren stolz auf den hohen Stand der Ausbildung bei ihrer Truppe und vermieden es deshalb, die Deutschen ungerecht zu behandeln. Ja, man würdigte ihre Leistung sogar entsprechend. Ich habe noch gut in Erinnerung, daß mir und drei weiteren Kameraden -- sämtlich Deutsche -- anläßlich eines guten Abschneidens bei Wettkämpfen eine Urlaubsreise gewährt wurde, die weit über die Standortgrenzen hinausführte und eigentlich nicht zulässig gewesen wäre. Der Zugführer, ein Leutnant, besorgte uns sogar Fahrräder, um uns so die Möglichkeit zu geben, zu reisen, ohne von der Gendarmerie erwischt zu werden.

In diese Zeit fiel die Sudetenkrise. Die "Wiedergewinnung" des Olsagebietes war für Polen und seine Soldaten "das" Ereignis und wurde auch gebührend gefeiert. Paraden und Kundgebungen unterstrichen die Bedeutung dieser Annexion.

Auch der Dienst auf der Unteroffiziersschule im Osten Polens stand ganz unter dem Bann der Ereignisse in der Tschechoslowakei. Es wurde uns offen erklärt, daß diese im Westen gewonnenen Gebiete mehr Wert besäßen als eine ganze Wojewodschaft im Osten, zu deren Verteidigung wir eingesetzt waren.

Für uns Deutsche in der polnischen Armee verschlechterte sich die Lage; mehr aber noch für unsere Verwandten draußen im Lande. Es ergab sich eine neue Situation, von der wir erst nach unserer Zuweisung in die originären Truppenverbände erfuhren. Die Stimmung wurde kriegerisch. Man wollte uns die Überzeugung aufdrängen, an den modernsten Waffen der Welt ausgebildet zu sein -- obwohl sich darunter auch das MG 08/15 Maxim befand --, um daher mit jedem Gegner leicht fertig werden zu können. Der während der Sudetenkrise errungene Ruhm war auch im Frühjahr 1939 noch nicht verblaßt. Die bereits im März d. J. einberufenen Reservisten sollten sich diesen Geist zu eigen machen und neue Glorie an die polnischen Fahnen heften. Große Manöver, die bereits im Jahre 1938 im ehemals preußischen Teilgebiet durchgeführt wurden, sollten die militärischen Voraussetzungen hierzu demonstrieren.

Auch im Staatsbürgerunterricht verschoben sich die Akzente. Man bemühte sich jetzt, in verstärktem Maße deutlich zu machen, daß man auch im Falle Danzig nicht nachgeben werde. Paraden und Kundgebungen mit Aufrufen an die Bevölkerung, Geld für Waffen zu spenden, waren in allen Städten an der Tagesordnung. Die "geschenkten" Waffen wurden dann vom Landrat feierlich der Truppe überreicht -- aus deren Kammern sie doch stammten!

In einem mir bekannten Fall hatten wir ein Maschinengewehr polnischer Bauart in der Waffenkammer neu gestrichen, mit Girlanden umkränzt und dem Landrat abgeliefert, um es dann freudevoll als "Spende des Kreises" zurückzuerhalten. Daß die gleichen Panzereinheiten an verschiedenen, immer nacheinander folgenden Paraden beteiligt waren, machte den Bluff noch vollständiger. Der Nichteingeweihte konnte dann die schlagkräftige Armee in allen Wochenschauen bewundern. Der Soldat wurde im Gefühl der absoluten militärischen Überlegenheit erzogen und glaubte sich schon in Moskau oder Berlin bei der Siegesparade zu sehen.

Die Deutschen, die in den Grenzschutzeinheiten im Osten Polens die Mehrheit bildeten, waren von dem sich täglich verstärkenden Deutschenhaß peinlich berührt. Im Staatsbürgerunterricht legte man es nun darauf an, die Überlegenheit der polnischen über die deutsche Armee glaubhaft zu machen. Reserveeinheiten wurden zusammengestellt und in Richtung Westen in Marsch gesetzt. Alle schweren Waffen waren ihnen zugeteilt. Ein möglicher Erfolg der deutschen Streitkräfte wurde entschieden in Abrede gestellt. Denn wie sollte eine Armee, deren Panzer doch "nur Attrappen" waren, die "keinen Stahl für Kanonen" hatten, deren Soldaten "schlecht gekleidet und unterernährt" waren, der modern ausgerüsteten polnischen Armee auch nur einen Augenblick gefährlich werden können?!

Mitte August 1939 wurden in vielen Einheiten alle Deutschen interniert. Unsere Kompanie allerdings blieb davon verschont. Daß man die Internierung der gesamten deutschen Zivilbevölkerung schon längst vorbereitet hatte, wurde uns erst später bekannt, ebenso wie die Tatsache, daß man in Lodz den deutschen Fabrikanten und Direktoren Säcke über den Kopf stülpte, sie auf Schiebkarren vor die Fabriktore karrte und in die Gosse warf.

Uns wurde klargemacht, daß Deutschland Polen bedrohe, daß es "unser Danzig" beanspruche, daß wir aber den Herren zeigen würden, wie Bauern schlagen können, falls **Hitler** es wagen sollte, seine Hand danach auszustrecken. Ja, wir übten in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch schon die Siegesparade und erfuhren, daß die Spitze bereits in fünf, das Gros in sechs Tagen in Berlin einmarschieren werde. Für diese Feierlichkeit sollten wir auch unsere eigenen, nach Offiziersmuster

gearbeiteten Stiefel, die übrigens in Polen relativ billig waren, im Marschgepäck mitnehmen. Immer öfter fiel das Wort vom Abschlachten aller jener Deutschen, die uns auf diesem Wege in die Hände fallen sollten, bis zum Kind in der Wiege. "Wyrzniem szkopow do kolebki", allen Deutschen die Gurgel durchzuschneiden, das war nun gängige Parole.

Als Zeichen der Überlegenheit wurde auch die Ablehnung des sowjetischen Angebots, Panzer und Truppen zur Verfügung zu stellen, soviel wie Polen benötigen würde, hingestellt. Auch der **Molotow-Ribbentrop**-Pakt machte keinen Eindruck mehr. Im Verein mit Frankreich und England würde Polen den Krieg in wenigen Tagen entscheiden.

Am 1. September erfuhren wir beim Morgenappell, daß sich Polen mit Deutschland im Krieg befinde und unsere Armee bereits gute Erfolge erziele. Die Reservisten waren ja schon seit Tagen unterwegs. Jetzt wurden wir, die Stammtruppe, neu eingekleidet und feldmarschmäßig ausgerüstet. Dabei wurde uns nochmals empfohlen, eigene Uniformstükke und Paradestiefel mitzunehmen, die fast jeder aus dem polnischen Westen stammende Soldat besaß.

Ab 2. September bekamen wir keine Nachricht mehr durch. Man schimpfte haßerfüllt auf die Deutschen, auch die in der Einheit verbliebenen, und drohte, auch uns als Verräter umzubringen, so daß keiner sich mehr sicher fühlte.

Es verliefen qualvolle 16 Tage. Am 17. September rückten die Sowjets in Polen ein. Nun hatten wir die zweite Front. Jene polnischen Einheiten, die ihre Volksdeutschen interniert hatten, bewaffneten nunmehr jeden, der sich bereit erklärte, gegen die Russen zu kämpfen. (Dabei hatte sich noch nicht einmal einer geweigert, gegen den Westen anzutreten). Die Polen haben uns hier also einen Gewissenskonflikt erspart. Was anschließend geschah, kann man nicht gut "Kampf" nennen: Es war eher ein noch verhältnismäßig geordneter Rückzug vor den Russen. Was sollten wir ihnen auch entgegensetzen? In aller Eile wurden die rückwärts liegenden Stellungen bezogen. Wilna sollte verteidigt werden. Aber womit? Mangels schwerer Waffen und Panzerabwehrgeschütze konnten wir die Rote Armee nicht hindern, nach Wilna zu marschieren. Unsere Einheiten setzten sich nach erheblichen Verlusten im Schutze der Dunkelheit in Richtung litauische Grenze ab. Dort löste unser Major das Bataillon auf. "Geht nach Hause!" - "Rette sich, wer kann!", waren seine Worte. "Ich bleibe hier!" Er wählte an der Grenze den Freitod.

Wir schlugen uns bettelnd in Richtung Westen durch, immer darauf bedacht, jetzt nicht den Sowjets in die Hände zu fallen. Dennoch überrollten sie uns. Doch waren die Russen gutmütig und ließen uns wieder laufen. Einige Festungen hielten sich noch, auch als Warschau bereits gefallen war. Aber mit dem Marsch auf Berlin wurde es vorerst nichts; den sollte später die **Bering**armee symbolisch nachvollziehen.

Wie sich die Folgen der "vaterländischen Erziehung" der Polen gegen die deutsche Minderheit in Polen auswirkte, haben die Opfer gezeigt. Die genaue Zahl derer, die auf bestialische Weise unter der Ägide der polnischen Führung ermordet wurden, wird sich nie mehr genau feststellen lassen. Sie liegt aber mit Gewißheit zwischen 5.000 und 7.000. Die Ermordeten wurden Opfer einer gezielten, offen betriebenen, amtlich geförderten Propaganda.

Dieser Bericht eines unbekannt gebliebenen Volksdeutschen aus Polen deckt sich inhaltlich mit zahllosen gleichartigen Eidesstattlichen Aussagen Volksdeutscher in polnischer Uniform, die vom Posener Volkstumsforscher **Dr. Kurt Lück** in Zusammenarbeit mit der »Zentrale für die Gräber der ermordeten Volksdeutschen beim Reichsstatthalter im Reichsgau Wartheland« schon im Verlauf des Polenfeldzuges gesammelt und überprüft worden waren. Sie sind 1940 und später im Verlag "Grenzland und Ausland" veröffentlicht worden unter den Titeln

"Marsch der Deutschen Polen",

"Volksdeutsche Soldaten unter Polens Fahnen -- Tatsachenberichte über die Verfolgung und Ermordung volksdeutscher Soldaten in der polnischen Armee nach dem Kriegsausbruch 1939".

Diese Dokumentationen hat **Roland Bohlinger** im Verlag für ganzheitliche Forschung 1997 neu herausgegeben (D-25884 Viöl/Nordfriesland) und somit den nachwachsenden Generationen erhalten. Ergänzende Berichte finden sich in der vom Arndt-Verlag 24035 Kiel 1999 (Postfach 3603) herausgegebenen Dokumentensammlung "Der Tod sprach polnisch" S. 92 ff.

Sämtliche Berichte -- von ehemaligen Offizieren und Mannschaften -- bestätigen übereinstimmend, daß mit Beginn des Jahres 1939 die allgemeine Aufhetzung der polnischen Öffentlichkeit gegen die Volksdeutschen auch im polnischen Heer seinen Niederschlag gefunden hat. Bereits Monate vor Kriegsbeginn waren etliche Kommandeure dazu übergegangen, Volksdeutsche, die Angehörige des polnischen Heeres waren oder als Reservisten eingezogen wurden, willkürlich zu verhaften und mit Kriegsbeginn sogar ohne weiteres zu erschießen.

Aus den von **Kurt Lück** gesammelten Berichten Überlebender ging hervor, daß über 5.400 im polnischen Heer dienende Volksdeutsche auf Befehl ihrer Kommandeure im September 1939 erschossen wurden bzw. spurlos verschollen waren, bevor diese Truppenverbände überhaupt in einen Kampfeinsatz gerieten. In der Militärgeschichte der Menschheit gewiß ein singulärer Befund! Aus den Berichten geht unter präzisen Angaben vielfach auch hervor, daß diese Volksdeutschen in polnischer Uniform bestialische Grausamkeiten polnischer Soldaten an volksdeutschen Zivilisten einschließlich Frauen und Kindern miterlebten bzw. die Spuren ihrer Mordopfer vorgefunden und von entsprechenden Befehlen gewußt haben. Ihre Berichte sind so wirklichkeitsnahe, präzise und widerspruchsfrei wiedergegeben, daß Zweifel an ihren Aussagen sowie am Gesamtgeschehen ausgeschlossen sind. Zu viele ineinandergreifende Dokumentationen lassen keinen Zweifel an diesem Gesamtgeschehen.

Polen vertrieb schon 1938 Tschechen und Deutsche

Einem Leserbrief der ***Frankfurter Allgemeinen*** ist zu entnehmen:[3)]

"Polen haben Deutsche vertrieben, aber nicht nur Deutsche. Bereits vor dem Krieg geschahen polnische Verbrechen und nicht nur Deutschen gegenüber. Den wenigsten ist bekannt, daß Polen am 30. September 1938 im Gefolge des »Münchener Abkommens« der tschechoslowakischen Regierung ein Ultimatum stellte, mit dem bis zum 2. Oktober 1938 die Abtretung des sogenannten »Olsa-Gebietes« mit den Städten Teschen, Freistadt (Karwin) und Oderberg an Polen verlangt wurde. Dem kam die tschechoslowakische Regierung nach. Den dort wohnhaften Tschechen wurde eine einwöchige Frist gegeben, innerhalb der sie das Gebiet zu verlassen hätten. Wenngleich keine der Nationalitäten die Mehrheit hatte, lebten im damaligen Kreis Teschen im Jahre 1920 = 18.000 Tschechen, 5.000 Deutsche, 15.000 Polen und 1.000 Juden. Kurz nach dem Ersten Weltkrieg wurde um dieses Gebiet sogar ein Grenzkrieg geführt, der bis in die heutigen Tage einen Schatten auf die tschechisch-polnischen Beziehungen wirft.

Während der Sudetenkrise schloß sich Polen den Gebietsforderungen Deutschlands und Ungarns gegen die Tschechoslowakische Republik an, und Tschechisch-Schlesien kam so am 30. September 1938 tatsächlich unter polnische Okkupation. Unter dem fremden Regime, das hier nicht ganz ein Jahr dauerte, hatten vornehmlich die tschechischen Bewohner schwer zu leiden. Viele Leute wurden vertrieben, die übrigen mußten sich der Zwangs-Polonisierung unterziehen. Im Teschener Gebiet wurden augenblicklich nach Beginn der polnischen Besatzung alle tschechischen Schulen geschlossen und tschechische Aufschriften verboten. Die Bewohner wurden von chauvinistischen Banden terrorisiert. Am Heiligen Abend, dem 24. Dezember 1938, bekamen viele tschechische Familien ein auf sechs Stunden befristetes Ultimatum zum Verlassen ihrer Häuser, des Eigentums und zum augenblicklichen "Abgang" in die Tschechoslowakische Republik. Zur Jahreswende 1938/1939 mußten 20.000 bis 30.000 Tschechen und ungefähr 5.000 Deutsche unter Zwang ausziehen. Die neue polnische Grenze schob sich nun auf 8 Kilometer an meine Heimatstadt Schönbrunn / Oder heran. Und so ergoß sich ein Strom von Menschen mit Rucksäcken, zu Fuß, mit Fahrrädern, Handwagen, Kinderwagen auch in unsere Gemeinde. Meine Mutter war Kindergärtnerin, der Betrieb mußte eingestellt werden, weil die Räumlichkeiten für die Unterbringung der vertriebenen Tschechen benötigt wurden. Dasselbe geschah mit meiner Schule. Die Turnhalle wurde von diesen Menschen belegt. Der Turnunterricht für uns fiel deshalb aus. Nationalsozialistische Verbrechen waren zu dieser Zeit noch nicht verübt worden."

Gerhard Malik, Dossenheim [4) + 5)]

Bei der folgenden Nachprüfung dieser Vorgänge in den "Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 - 1945 -- Aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes", Serie D (1937 - 1945), Band V: "Polen, Südosteuropa, Lateinamerika, Klein- und Mittelstaaten Juni 1937 - März 1939", Baden-Baden 1953, ist das dortige Vorwort zu berücksichtigen, insbesondere mit den Sätzen:

"Das Britische Foreign Office und das State Department der Vereinigten Staaten vereinbarten im Juni 1946 gemeinschaftlich, Akten aus den erbeuteten Archiven und der Reichskanzlei zu veröffentlichen.

Diese Archive gehen bis auf das Jahr 1867 zurück; jedoch wurde entschieden, die vorliegende Aktenausgabe auf Dokumente, die auf die Jahre seit 1918 Bezug haben, zu beschränken. ..."

Die Veröffentlichung sollte den Grundsätzen *"strengster wissenschaftlicher Objektivität"* entsprechen. Die britischen, französischen und us-amerikanischen Herausgeber waren *"völlig unabhängig"*

"sowohl in der Auswahl der Dokumente wie in der Methode ihrer Veröffentlichung".

Im Vorwort der Herausgeber heißt es weiter:

"Keine der beteiligten Regierungen hat jemals versucht, die Arbeit der Herausgeber zu beeinflussen. ...

Das Eingangskapitel schildert Deutschlands Beziehungen zu Polen, insbesondere in der Frage Danzigs, und liefert den Hintergrund für die Krise in den deutsch-polnischen Beziehungen, die dann am 1. September den Krieg auslösen sollte. ...

Die Redigierung des Textes einschließlich der Anmerkungen wurde zwar hauptsächlich von den amerikanischen Herausgebern besorgt, doch wurde seitens der britischen und französischen Herausgeber zahlreiche Anregungen beigetragen, denen dann auch Folge geleistet wurde. ..."

Aus der "Allgemeinen Einleitung" des ersten Bandes dieser Veröffentlichung seien folgende Ergänzungen zitiert:

"Erbeutete Akten aus Feindeshand waren auch vorher veröffentlicht worden, besonders von deutscher Seite; jedoch handelte es sich bei diesen Veröffentlichungen ausschließlich um Dokumente, die geeignet waren, eine propagandistische These zu stützen. ..."

Sie waren also authentisch, nicht verfälscht und bestätigten die Richtigkeit der deutschen Darstellung!

"Während der Feindseligkeiten hatten die alliierten Streitkräfte Befehl, sorgfältig auf das Auftauchen von Archiven des Feindes zu achten, und hinter der Front wurden Gruppen von Sachverständigen bereitgehalten, so daß unverzüglich an die Prüfung von Akten herangegan-

4) Leserbrief in der ***Frankfurter Allgemeinen Zeitung*** vom 14.11.2006
5) Vergl. hierzu genauere Angaben in:
David Hoggan, "Der erzwungene Krieg", Tübingen 1961, S. 219 ff.

gen werden konnte.

Einheiten der amerikanischen Ersten Armee entdeckten im April 1945 Akten des Auswärtigen Amts im Gewicht von mehr als 300 Tonnen, die an verschiedenen Orten des Harzgebirges eingelagert waren.

Die englischen und amerikanischen Sachverständigen wurden unverzüglich eingesetzt. Sie spürten weitere Teile der Archive im Harz und in Thüringen auf. ..."

Zusätzlich wurden Mikrofilme von 10.000 Seiten aus den Akten des Reichsaußenministers entdeckt. Die Sammlung gelangte über die Sammelstelle Marburg nach Berlin und schließlich nach England unter gemeinsame Verwahrung mit dem US-Stam(.Ute Deptment und wurde durch viele Tonnen Akten aus der Reichskanzlei ergänzt. Die erbeuteten Akten haben sich sämtlich als authentisch erwiesen. "*Ein geringer Bruchteil*" war der "*vorgesehenen Vernichtung anheimgefallen*". Wer hier vernichtet hat, blieb ungeklärt.

Die Sowjetunion verfügte über im Westen vermißte deutsche Aktenbestände unbekannten Umfangs. Die Sowjetregierung hat nach 1946 einige Bände mit deutschen Akten des Auswärtigen Amtes veröffentlicht. Dieser Hinweis in der Einleitung blieb ohne kritische Anmerkung über den herausgekommenen Inhalt.

"Die nach Zehntausenden zählenden Aktenbündel wurden wiederholt verpackt, per Bahn, Lastkraftwagen oder Flugzeug befördert, dann wieder ausgepackt und aufgestellt." (Bd. I S. IV)

Das aufgefundene Aktenmaterial wird für die Zeit von 1936 - 1940 als lückenhaft bezeichnet, ist jedoch durch andere Schriftstücke rekonstruierbar; für die nachfolgenden Kriegsjahre werden die Lücken größer.

"Die Filme von Archivbeständen des Auswärtigen Amtes ... wurden von amerikanischen und britischen Sachverständigen 1945 für Zwecke des Nachrichtendienstes begonnen und dann von Historikern weitergeführt, die die drei an der Veröffentlichung dieser Urkunden mitwirkenden Regierungen vertreten. ..."

Ausschließlich drei verbündete Gegner Deutschlands sorgten dafür, was als "Deutsche Akten zur Auswärtigen Politik" veröffentlicht wurde. Kein Neutraler konnte kontrollieren oder Einblick in ausgesondertes Material nehmen! Die deutschen Sachverständigen genossen derweil die "Befreiung" im "Automatischen Arrest".

Dokumentenfälschungen, Verfälschungen, Aktenvernichtung mit entstellender Wirkung

Beispiel:

"Dok." Nr. 410 + 416 in ADAP, Bd. II:

Völkerbundshochkommissar **Carl Jacob Burckhardt** hatte nach eigenen Angaben "Ende August" 1938 eine Unterredung mit Gauleiter **Albert Forster**, der kurz zuvor vom Obersalzberg zurückgekehrt war.[6) S. 176 ff] Dieser habe ihm erklärt,

"jetzt spräche der Führer mit den Tschechen Fraktur, 1.000 Flugzeuge über Prag hat er mir gesagt. Wenn diese Herren nicht parieren, dann wird Prag dem Erdboden gleichgemacht ..."

Was auch immer **Forster** gesagt hat, es hat **Burckhardt** erregt. **Forster** bekam auf Beschwerde von Senatspräsident **Greiser** aus Berlin einen scharfen Rüffel und hat sich im Oktober 1938 bei **Burckhardt** entschuldigt. Über diesen Vorfall findet sich in den ADAP-Akten folgender

"Vermerk des Leiters der Auswärtigen Abteilung des Senats der Freien Stadt Danzig, Staatsrat Böttcher vom 11. August 1938: (gekürzte Wiedergabe)

" ... Der Gauleiter habe erklärt, daß Deutschland in diesem Herbst die Sudetenfrage lösen werde. Es werde nicht lange gefackelt, sondern sogleich mit brutaler Gewalt vorgegangen werden. Gleich zu Beginn würden 1.000 Flugzeuge über Prag gesandt und Prag werde dem Erdboden gleichgemacht werden. Polen werde auf deutscher Seite stehen. Bei der Teilung der Tschechoslowakei erhielte es seinen Anteil und werde sich damit zufriedengeben. England sei noch zu schwach, um gegen Deutschland auftreten zu können.

Aber selbst wenn England mitmache, was nicht erwartet werde, so sei kein Zweifel, daß Deutschland den Krieg gewinnen werde. Den Weltkrieg hätten wir durch Verrat verloren, das sei in diesem kommenden Krieg ausgeschlossen. Sollte der Versuch des Verrats gemacht werden, so würde rücksichtslos jeder zehnte Mann erschossen, so daß solche Vorgänge wie 1918 nicht wieder vorkommen könnten. Außerdem hätten 1914 die Gegner den Krieg gewollt, und wir hätten ihn verloren. Diesmal wollen wir ihn und würden ihn daher gewinnen. Der Gauleiter kenne die geheimsten Gedanken des Führers, er habe sogar jederzeit Zutritt zu seinem Schlafzimmer. ...

Der Gauleiter vergesse wohl ganz, daß **Beck** die Besetzung der Westerplatte inszeniert habe und daß **Beck** bei Besetzung des Rheinlandes Frankreich gegenüber erklärt habe, daß er auf Frankreichs Seite marschieren werde. Erst als Frankreich dann nicht marschiert sei, habe **Beck** einstweilen seine Politik geändert. ...

Im übrigen sei er, **Burckhardt**, erschüttert darüber, mit welcher Offenheit der Gauleiter über Pläne gesprochen habe, die nach seiner Angabe die geheimsten Ansichten des Führers enthielten. ... "

Carl J. Burckhardt hat es sich bei Schilderung dieser Episode in seinem Buch "Meine Danziger Mission" recht ein-

6) Carl J. Burckhardt, "Meine Danziger Mission 1937 - 1939", München 1960.

fach gemacht: Er schrieb kurzerhand "den "Vermerk **Böttcher**" aus den ADAP (Dok. 410) -- also die Nachkriegsfabrikation -- ab, ohne allerdings diese Quelle anzugeben. Er wunderte sich zwar darüber, daß im Gegensatz zu seinem eigenen Bericht -- "*diese Bemerkung ist aus der Luft gegriffen*" --



Völkerbundshochkommissar Carl Jacob Burckhardt

a) seine Frau gar nicht verängstigt war und mit den Kindern in Danzig bleiben wollte. Erst ein Jahr später, am 26. August 1939, verließ sie Danzig auf dringendes Anraten des polnischen Kommissars **Chodacki**.

b) eine von **Böttcher** erwähnte Angriffsmöglichkeit auf Deutschland von Süden her unsinnig gewesen sei.

Daß die Gesamtformulierung des Böttcher-Berichts, weil zumindest große Teile davon unsinnig und "aus der Luft gegriffen" sind, von einem Dokumentenfälscher stammen müssen und die von ihm aufgeblätterten "Akten der Deutschen Auswärtigen Politik" eben nicht die originalen, sondern von den Siegern herausgegebene sind, kam Burckhardt offensichtlich nicht in den Sinn.

Doch dieses "Dokument aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes" kann sich erst nach Kriegsende dort eingefunden haben.

Begründung:

(1.)

Unsinniger Inhalt: Man gewinnt einen Krieg nicht, weil man ihn gewollt hat und verliert ihn nicht, weil man ihn nicht gewollt hat! Was soll dieser Schwachsinn? Was soll auch der Schwachsinn mit dem "*ständigen Zugang zum Schlafzimmer **Hitlers***"? Oder der Schwachsinn, "*bei Verrat jeden 10. Mann zu erschießen*?" Hier hat offensichtlich ein Angehöriger der "*kleinen Armee begabter Amateure*[7]" herumgefummelt und den Begriff "Verrat" mit "Meuterei" verwechselt, aber auch mißachtet, daß solches eine französische und keine deutsche Methode war!

(2.)

Die Formulierung bzw. "Dokumentierung" des Kriegswil-



Arthur Greiser (li.), Senatspräsident von Danzig (1934 - 1939) und (re.) Gauleiter Albert Forster

lens **Hitlers**, zumal in der vorliegend krassen Form, wie sie nur den Volksfeinden dienlich sein konnte, wäre unmöglich in einem offiziellen "Vermerk" dem Auswärtigen Amt als "Tatsache" zuzuleiten gewesen, zumal für jemanden, der das nur gehört habe (**Böttcher**) von einem Mann, der das auch nur gehört habe (**Burckhardt**) von einem dritten (**Forster**), der es ebenfalls nur gehört haben will! Daß **Böttcher**, der Untergebene, **Greiser**, den Senatspräsidenten, veranlaßt haben sollte, die Äußerungen **Forsters** vor ihm -- **Böttcher** -- noch einmal zu bestätigen, ist schon seltsam genug, sagt jedoch zum Inhalt nichts aus.

(3.)

Die Richtigkeit des **Böttcher**-"*Vermerks in allen seinen Teilen*" von Senatspräsident **Greiser** noch zu bestätigen, ("Dok. 416") ist nur für einen Fälscher verständlich, von der Sache her aber unmöglich, da **Greiser** die zahlreichen Unsinnigkeiten des "Vermerks" nicht hätte für richtig erklären können (vergl. Punkt 1).

Greiser war zur Zeit der Veröffentlichung dieser Dokumente nicht mehr am Leben. "Aufzeichnungen" mit seinem gedruckten Namen konnte man demzufolge beliebig zu Papier bringen. **Sefton Delmer** hatte seinen Leuten dafür ausreichende Anleitungen gegeben, "*möglichst einem Toten etwas in den Mund zu legen*" (vergl. Personenregister). Auch daß der Danziger Bankdirektor **Dr. Schäfer** und "*die anwesenden Damen*" das alles mitgehört haben, was **Forster** zum Entsetzen aller ausgeplaudert habe, soll zwar weitere "Zeugen" vortäuschen. Doch auch dies blieb unsinnig, da niemand **Forsters** Ausfälle über **Hitlers** Kriegswillen je bestätigt hat.

Wie diese "Aufzeichnung des Senatspräsidenten der Freien Stadt Danzig" vom 1. September 1938 ("Dok. 416") in die Akten des Deutschen Auswärtigen Amtes gelangt sein sollen,

---

7) *"Wir haben eine kleine Armee begabter Amateure in den schmutzigsten Tricks ausgebildet, vom Lügen, Abhören und Stehlen bis hin zum glatten Mord -- und dies alles natürlich mit der Begründung, wir müßten die Demokratie bewahren. ...*
Unsere schwarze Propaganda war während des Krieges unbestritten Spitze."
Richard Crossmann, bis Juni 1942 Leiter des britischen Propagandaamtes *Political Warfare Executive* (PWE). Er arbeitete eng mit der 1940 gegründeten ***Special Operations Executive*** (SOE) zusammen, einer Abteilung des Militärischen Geheimdienstes sowie mit der *"Ausbildungssektion für schmutzige Tricks"* (u.a. lautloses Töten) des ***Secret Intelligence Service*** (SIS).
London Times 16.5.1973 + ***New Statesman*** 9.11.1962 + Joseph Bellinger, "Himmlers Tod -- Freitod oder Mord?", Kiel 2005, S. 19 + 22.

blieb ungeklärt. Sie blieb ebenso wie der "Vermerk" **Böttchers**" ohne Akten-Resonanz.

(4.)

Hätte Gauleiter **Forster** sich tatsächlich in der geschilderten Art geäußert und wären die "Dok. 410 + 416" tatsächlich 1938 im Auswärtigen Amt in Berlin eingetroffen, so hätte er ein sofortigen Parteiausschluß nebst Dienstentlassung wegen Verleumdung der Staatsführung und Schädigung des Ansehens des Deutschen Reiches, wenn nicht gar Anklage wegen Landesverrats erlebt. In Wirklichkeit hat der Führer ihn in den Folgemonaten wiederholt persönlich empfangen, wenn auch nicht im Schlafzimmer, und im August 1939 angeregt, ihn zum Staatsoberhaupt von Danzig zu nominieren.

Allein diese Tatsache belegt, daß der "**Böttcher**-Vermerk" sowie "die Bestätigung von **Greiser**" Nachkriegsproduktionen der psychological warfare Kriegsfortsetzer sind.

Beispiel:

"Dok." Nr. 88 in ADAP, Bd. V: Das "Aide-Memoire des Polnischen Außenministeriums" vom 27. Okt. 1938:

Am 6. Oktober 1939 hat die polnische Regierung ein Gesetz erlassen, demzufolge Polen, die bereits längere Zeit im Ausland leben, ihre Staatsbürgerschaftsrechte verlieren, wenn sie sich nicht bis zum 29. Oktober 1938 beim Grenzübertritt nach Polen einen Kontrollstempel in ihren Paß eintragen lassen. Da hiervon rund 70.000 seit Jahren in Deutschland lebende polnische Juden betroffen waren, löste dieses Gesetz in Berlin heftige Reaktionen aus, wollte man doch diese nun staatenlos werdenden Menschen nicht mit allen sozialen Verpflichtungen übernehmen müssen. So wurde Botschafter **von Moltke** am 26. Oktober angewiesen (Dok. Nr. 84 + 91),

"*sofort bei der polnischen Regierung Vorstellungen zu erheben und eine bindende Erklärung zu verlangen, daß die polnische Regierung Inhaber polnischer Pässe aus Deutschland nach Polen übernehme, auch wenn sie diesen Vermerk nicht führen. Die Deutsche Regierung sähe sich vorsorglich genötigt, sofort mit kürzester Frist die polnischen Juden aus dem Reichsgebiet zu verweisen.*"

Sozusagen als Antwort auf diese Demarche findet sich in den ADAP statt einer ordnungsgemäßen Erwiderung ein seltsames "Aide-Memoire des Polnischen Außenministeriums vom 27. Oktober 1938" als "Dok. Nr. 88".

Dieses "Dokument" ist gefälscht!

Begründung:

(1.)

Es fehlen: Herkunftsnachweis, Original, Unterschrift, Übersetzungsvermerk, Begründung, wie dies in das Archiv des Auswärtigen Amtes gelangen konnte, sowie korrespondierende Akten.

(2.)

Am 27. Okt. 1938 gab es keine polnische Bereitschaft, mit Deutschland über die Paßproblematik zu verhandeln!

Statt verhandeln zu wollen -- wie im "**Dok. Nr. 88**" behauptet --, verweigerten die polnischen Grenzbehörden zumeist ihren aus Deutschland an die Grenze verbrachten jüdischen Staatsangehörigen die Einreise und begannen sogleich als Repressalie mit der Ausweisung von Volksdeutschen. Dabei sollten sich die langjährig in Deutschland lebenden polnischen Juden lediglich den nur durch Grenzübertritt zu erlangenden neu geforderten Vermerk in ihre Pässe eintragen lassen, um ihre polnische Staatsangehörigkeit nicht zu verlieren.

Verhandelt wurde erst am 28. bzw. 29. Okt. und zwar mit dem Ergebnis, daß die Abschiebungen beiderseits beendet und für die kommende Woche in Warschau über die Handhabe der Paßproblematik Gespräche geführt werden sollten.

Daraufhin wurden die noch in Abschiebehaft befindlichen polnischen Juden entlassen und in ihre Wohnungen zurückgebracht.

(3.)

Der Hinweis in "Dok. Nr. 88" auf zahlreiche Interventionen der polnischen Behörden zugunsten ihrer in Deutschland lebenden Juden verweist auf Sachverhalte, die völlig unbekannt sind.

(4.)

Von Vermögensentzug, "*völliger Enteignung*", "*einem Zustand völliger Proletarisierung*" war in keiner der nachfolgenden Verhandlungen die Rede und konnte in keinem polnischen "Aide-Memoire" vom 27. Oktober 1938 gestanden haben. Eine deutsche Enteignungsverfügung hatte es nicht gegeben! So heißt es z.B. im **Dok. Nr. 127** vom 3. Februar 1939 "*im Auftrag des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei an die Reichskanzlei, gez. **Dr. Best***"):

> "Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung haben zu der in Abschrift beiliegenden Vereinbarung[8)+9)] geführt, die am 24. Januar 1939 durch Notenwechsel zwischen dem Auswärtigen Amt und der Polnischen Botschaft [8)] in Kraft gesetzt worden ist.
>
> Das von deutscher Seite gezeigte Entgegenkommen, den Ende Oktober ausgewiesenen polnischen Juden vorübergehend die Rückkehr ins Reichsgebiet zur Abwicklung ihrer persönlichen und geschäftlichen Verhältnisse zu gestatten, wird dadurch aufgewogen, daß sich die polnische Regierung verpflichtet hat, die Ehefrauen und unter 18 Jahre alten Kinder von ausgewiesenen polnischen Juden zu übernehmen. Ihre Zahl wird auf etwa 5 - 6.000 geschätzt.
>
> Es ist Sorge getragen, daß sämtliche polnischen Juden, denen die vorübergehende Rückkehr gestattet wird, nach Fristablauf mit ihren Frauen und Kindern das Reichsgebiet endgültig verlassen.
>
> Über die Behandlung der übrigen sich noch im Reich befindlichen polnischen Juden, die etwa 7 - 8.000 betragen - - die Zahl der polnischen Juden im Reich betrug 1933 rund 70.000 -- konnte mit der polnischen Regierung eine Einigung

8) in den ADAP nicht abgedruckt.

9) "*Eine der Bestimmungen der Vereinbarung, die in dem obigen Brief nicht erwähnt sind, sah vor, daß ausgewiesene polnische Juden, denen die vorübergehende Rückkehr nach Deutschland gestattet wurde, ihre persönliche Habe ausführen und ihr sonstiges Vermögen unbehindert liquidieren konnten und daß der Erlös über ein besonders zu diesem Zweck von den beiden Regierungen zu eröffnendes Konto zu verrechnen war.*
Die Zahl der jeweils zu vorübergehender Rückkehr Zugelassenen sollte 1.000 nicht überschreiten und die Möglichkeit der Rückkehr nur bis zum 31. Juli 1939 bestehen." (Fußnote zu Dok. Nr. 127).

nicht erzielt werden, da diese es ablehnt, irgendeine Bindung hinsichtlich der Nichtanerkennung des polnischen Gesetzes über die Aberkennung der Staatsangehörigkeit einzugehen.

Es muß also damit gerechnet werden, daß die restlichen noch im Reichsgebiet befindlichen polnischen Juden in der nächsten Zeit durch Aberkennung ihrer Staatsangehörigkeit staatenlos werden. Es wird versucht werden, mit ausländerpolizeilichen Mitteln möglichst viele dieser polnischen Juden zum Verlassen des Reichsgebietes zu veranlassen."



Beim Treffen zwischen Adolf Hitler und dem polnischen Außenminister Josef Beck in Berchtesgaden am 5. Januar 1939 schien die polnische Führung noch zur Aussöhnung mit Deutschland bereit, doch Großbritannien sorgte dafür, daß *"Polen nicht die deutsche Seite wählte"* und die Gefahr des Bolschewismus für ganz Europa völlig aus den Augen verlor.

Im Dok. 91 vom 29. Oktober 1938 heißt es:

"Praktisch würde dies bedeuten, daß etwa 70.000 polnische Juden im Reichsgebiet dauernd im Inland geduldet werden müssen.

Es gelang, von den etwa 15.000 in Abschiebehaft genommenen und in Sondertransporten an die Grenze verbrachten -- namentlich männliche Erwachsene -- in der Nacht vom 28. zum 29. Okt. etwa 12.000 teils über die Grenzübergänge, teils über die grüne Grenze nach Polen abzuschieben."

Der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, **Woermann**, *"vermerkte"* am selben 29. Oktober in einer Notiz über ein Telefongespräch mit dem Schreiber, Ministerialdirigent **Dr. Best** von der Gestapo:

"etwa 7.000 polnische Juden seien bereits über die Grenze nach Polen gelangt". (Dok. Nr. 92)

Da die Polen jedoch androhten, Deutsche in entsprechender Anzahl aus Polen auszuweisen, sich andererseits bereiterklärten, ihre Konsulate in Deutschland anzuweisen, die Kontrollvermerke in die Pässe auch ohne Fristbegrenzung und Grenzübertritt nachzutragen, wurden die noch an der Grenze befindlichen polnischen Juden wieder nach Hause verbracht und die ganze Aktion beendet.

In den ADAP wird zugegeben, daß Etliches zu diesem Thema nicht veröffentlicht worden ist. Gründe hierfür wurden nicht genannt. Es ist jedoch davon auszugehen, daß ihr Inhalt keine unhumanen Maßnahmen der Reichsregierung gegenüber diesen polnischen Juden enthält, sondern genau das Gegenteil. Nur dies konnte die Dokumenten-Bearbeiter der Sieger bewogen haben, solche Belege verschwinden zu lassen! Somit kann dieses Thema noch nicht als abgeschlossen gelten.

(5)

Absurd mutet an, wenn das polnische Außenministerium angeblich -- wie im "Dok." Nr. 88 behauptet -- selbst den *"unmittelbaren Zusammenhang der Gesamtheit des Problems"* mit der Verordnung vom 6. Oktober ohne Begründung abgestritten haben will.

Beispiel:

Udo Walendy hat in "Europa in Flammen 1939 - 1945", Bd. II, Vlotho 1967, S. 355 ff und 396 die nachfolgend benannten ADAP-Dokumente analysiert und als Fälschungen nachgewiesen:

Dok. Nr. 554 in ADAP Bd. II: Bericht über die Unterredung **Hitlers** mit dem ungarischen Ministerpräsidenten **Imredy** und Außenminister **Kanya** am 20.9.1938,

Dok. Nr. 272 in ADAP Bd. V: Unterredung zwischen **Hitler** und dem ungarischen Außenminister **Graf Csaky** am 16.1.1939,

Dok. Nr. 189, 193 - 199, 202 ff in ADAP Bd. IV über den *"Entschluß und Willen **Hitlers**, den Fall Prag so oder so zu lösen"*, -- Unterredung **Hitler** mit dem ungarischen Reichsverweser **Horthy** am 13.3.1939: *"erfolgt Grenzzwischenfall, dem der große Stoß folgen soll"* ...

Dok. Nr. 65 in ADAP Bd. X: *"Niederschrift des Staatssekretärs **v. Weizsäcker** am 30. Juni 1940: Deutschland denke nicht an Frieden; es sei ausschließlich mit der Vorbereitung auf die Vernichtung Englands befaßt."*

Die vom Nürnberger Siegertribunal als "Schlüsseldokumente über **Hitlers** Geheimreden" bezeichneten Schriftstükke (5.11.1937, 23.5.1939 = ADAP Bd. VI Dok. Nr. 433, 22.8.1939 = ADAP Bd. VII Dok. 193, 23.11.1939) hat **Udo Walendy** in seinem Buch "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges" (Vlotho 1965) auf den Seiten 442 - 462 ebenfalls analysiert und als Fälschungen nachgewiesen.

Es handelt sich hierbei nicht um eine chronologische Übersicht der ADAP-Fälschungen, sondern nur um Stichproben. Allein diese zeigen bereits, wie umfangreich die Umerzieher die deutschen Auswärtigen Akten manipuliert haben. Dies geschah freilich früher, ehe die späteren Herausgeber an die "Archivbestände des Deutschen Aus-

wärtigen Amtes" herangelassen wurden und diese dann *"unbeeinflußt von den Regierungen"* ihre Publikation zusammenstellten von dem, was ihnen nach verändertem Zustand präsentiert wurde. Da aber auch sie den Siegermächten angehörten, nahmen sie nicht nur kritiklos zweifelhafte Stücke mit auf, sondern fügten auch bedenkenlos "Dokumente" vom Nürnberger Militärtribunal (IMT) und anderes in diese "Archivbestände" ein.

Beispiel:

Dok. 99 in ADAP Bd. VI, (IMG Nürnberg 100 R -- Beweisstück USA - 121): "Weisung des Führers vom 25. März 1939 an den Oberbefehlshaber des Heeres."

Gezielt einen Tag vor der ersten polnischen Kriegsdrohung -- am 26. März --, deren Dokumentation die Psychological-Warfare-Vorarbeiter der ADAP-Herausgeber ebenfalls durch Textlöschung im Dok. 101, ADAP (Serie D), Bd. VI aus der Welt zu schaffen versucht haben -- vergl. Nachweise in ***Historische Tatsachen*** Nr. 39 S. 13 ff -- wurde eine "Weisung **Hitlers**" erfunden. Man hat sie bedenkenlos aus Protokollband XXXVIII, S. 274 - 276 des Nürnberger Militärtribunals der Siegermächte in Nürnberg 1945/46 übernommen und als "Aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes" ausgegeben. Sie ist indessen so verworren, ja abnorm ausgefallen, daß die Fälschung schon dem oberflächlichen Leser auffallen müßte.

Der Text in Auszügen:

Weisung des Führers vom 25. März 1939 an den Oberbefehlshaber des Heeres

Danziger Frage.

L[ipski] kommt am Sonntag, d. 26. 3., aus Warschau zurück. Hatte den Auftrag, dort anzufragen, ob Polen zu einem Arrangement bezgl. Danzig bereit sei. Führer hat Berlin am 25. 3. abends verlassen, will bei Rückkehr **L[ipskis]** nicht hier sein. **R[ibbentrop]** soll Verhandlungen zunächst führen. Führer will die Danziger Frage **j e d o c h n i c h t** gewaltsam lösen. Möchte Polen nicht dadurch in die Arme Englands treiben.

Eine evtl. mil[itärische] Besetzung Danzigs käme nur dann in Betracht, wenn

L[ipski] durchblicken läßt, daß die poln[ische] Regierung eine freiwillige Abgabe Danzigs ihrem Volk gegenüber nicht vertreten könne und ihr die Lösung durch ein fait accompli erleichtert würde.

Polnische Frage.

Vorläufig beabsichtigt Führer nicht, die poln[ische] Frage zu lösen. Sie soll nun aber bearbeitet werden. Eine in naher Zukunft erfolgende Lösung müßte besonders günstige pol[itische] Voraussetzungen haben. Polen soll dann so niedergeschlagen werden, daß es in den nächsten Jahrzehnten als pol[itischer] Faktor nicht mehr in Rechnung gestellt werden brauchte. Der Führer denkt bei dieser Lösung an eine vom Ostrand Ostpr[eußens] bis zur Ostspitze Schlesiens vorgeschobene Grenze. Aus- und Umsiedlung sind noch offenstehende Frage. In die Ukraine will der Führer n i c h t hinein. Evtl. könne man einen ukrainischen Staat errichten. Aber auch diese Fragen ständen noch offen.

Slowakische Frage.

Wie lange der Führer zu dem mit der Sl[owakei] geschlossenen Vertrag steht, ist zweifelhaft. Oberbefehlshaber des Heeres hat den Eindruck, als ob sich Führer zu gegebener Zeit hiervon frei macht und die Slowakei als pol[itisches] Handelsobjekt zwischen ihm, Polen und Ungarn benutzen wird. Zunächst soll Ungarn jedoch abgebremst werden.

Mit der vorgeschlagenen Grenzziehung (Waaglinie) ist F[ührer] einverstanden. Sollte Sl[owakei] aufgeteilt werden, soll die ostw[ärtige] (Neutra-Linie) Grenze werden. ...

Gen.Ob. **Keitel** soll Slow[akische] Regierung über Ausw[ärtiges] Amt mitteilen, daß bis zur Waaggrenze keine bewaffneten slow[akischen] Verbände (**Hlinka**-Garden) unterhalten bezw. garnisoniert werden dürften. ...

Tschechisches Protektorat.

Heeresgruppen sollen noch einmal angefragt werden, ob die Aufforderung zur Abgabe aller Waffen in befristeter Zeit und Androhung scharfer Strafen noch einmal wiederholt werden soll.

Alles Kriegsmaterial der ehemaligen Tschechei nehmen wir o h n e Bezahlung. Dagegen werden die vor dem 15. 2. vertragsmäßig gekauften Geschütze bezahlt.

Für Offiziere der tsch[echischen] Armee soll gesorgt werden. ...

Fragen sollen im Prinzip v o r Abgabe der vollziehenden Gewalt erledigt sein. Oberbefehlshaber des Heeres hat 6. 4. als Endtermin für vollz[iehende] Gew[alt] vorgeschlagen. F[ührer] ist einverstanden.

H[ácha] soll ein anderer Wohnsitz angewiesen werden, wo er nicht schaden kann. Aufforderung hierzu soll aber von **Hácha** ausgehen. ...

Tschechei soll gewisse Finanzhoheit bekommen; etwa wie Bayern in früherer Zeit. Schuldenregelung ist Führer noch nicht klar. ...

Böhmisch-Mähren soll an den deutschen Staatssäckel jährliche Abgaben leisten. ...

England soll Frankreich gesagt haben, es müßte die Mittelmeerwünsche der Italiener befriedigen. ...

(Original ist vom 1. Gen. St. Offz.
Obstlt. Siewert mit der Hand geschrieben.)

Für die Richtigkeit:
[Unterschrift unleserlich]
Oberst d. G. [10)]

Diese "Weisung" ist eine Fälschung!
Begründung:

(1.)

Diese "Weisung" kann nicht in den Archiven des Auswärtigen Amtes gefunden worden sein, da sie "vom Führer an den Oberbefehlshaber des Heeres" gerichtet ist.

(2.)

Diese "Weisung" ist gar keine, denn sie formuliert weder

10) ADAP -- "Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 - 1945 - - Aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes", Baden - Baden 1956, Bd. VI, S. 98 - 99. -- Dok. 99.

einen Auftrag, noch beschränkt sie sich auf den Kompetenzbereich des Oberbefehlshabers des Heeres.

(3.)

Diese "Weisung" widerspricht der Gesamtheit der sogar in den ADAP abgedruckten Dokumente, aus denen bis zur letzten Mitteilung v. **Ribbentrops** an Botschafter **v. Moltke** hervorgeht, der polnischen Regierung immer wieder deutlich zu machen, daß es **Hitlers** vordringlichstes Ziel ist, mit Polen beste Beziehungen zu pflegen und gegenüber allen störenden Einflüssen aus Polen, sei es in bezug auf Danzig, die Minderheitenproblematik, seien es Territorialforderungen im Olsagebiet oder polnische Wünsche auf eine polnisch-ungarische Grenze, mit äußerster Zurückhaltung zu reagieren.

(4.)

Dieser Sorge um das polnische Wohlwollen zugunsten auch der für Deutschland lebenswichtigen Verbindungswege für Auto und Eisenbahn nach Ostpreußen, um das sich die Reichsregierung insbesondere seit Oktober 1938 verstärkt bemüht hatte, widerspricht es völlig, einen Tag vor Rückkehr Botschafter **Lipskis** aus Warschau mit einer sehnsüchtig erwarteten positiven Nachricht, eine Führerweisung zu erlassen, die bewußt "alles Porzellan" zwischen den beiden Staaten zerschlägt. Ein solches Verhalten wäre grotesk!

(5.)

Grotesk sind in der Tat Sprachstil und Inhalt der angeblichen "Führerweisung", wobei man auf die Wiederholung der *"zu lösenden Frage"* achten sollte, wie sie in vielen der gefälschten "Dokumente" auftaucht:

So wolle *"der Führer vorläufig die polnische Frage"* zwar *"nicht lösen"*, aber *"bearbeiten"*, so daß *"die Lösung dieser Frage"* bereits *"in naher Zukunft erfolgen"* könnte und zwar in der Form, daß

"Polen so niedergeschlagen werde, daß es in den nächsten Jahrzehnten als politischer Faktor nicht mehr in Rechnung gestellt werden brauchte". "Der Führer denkt bei dieser Lösung ...."

-- Ist das also eine "Führerweisung" oder die Niederschrift eines mysteriösen *"Oberst d.G."*, der "weiß", was "der Führer denkt"? Bei diesem komischen *"Oberst d.G." "ständen"* dann auch noch *"die Fragen der Ukraine"* offen!

Dann "weiß" dieser *"Oberst d.G."* auch noch, welchen *"Eindruck"* der Oberbefehlshaber des Heeres hat -- an den die *"Führerweisung"* gerichtet ist! --,

"als ob sich Führer zu gegebener Zeit hiervon frei macht"!

Ist dies schon absurd, so wird dies noch gesteigert durch den Schwachsinn, der auf den tschechischen Staatspräsidenten verweist:

*"H[ácha] soll ein anderer Wohnsitz angewiesen werden, wo er nicht schaden kann. Aufforderung hierzu soll aber von **Hácha** ausgehen. ..."*

Beispiel:

<u>Dok. 192 + 193</u> in ADAP, Bd. VII:
"Führerreden vom 22. August 1939"

"Eine uns vorgeschlagene Kompromißlösung hätte von uns verlangt Gesinnungsänderung und gute Gesten."

ADAP, Bd. VII, <u>Dok. 193</u> ("Zweite Ansprache des Führers" am 22.8.1939 vor unbekanntem Teilnehmerkreis, -- Aufzeichnung ohne Unterschrift):

"Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist die Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie. ...

Ich habe nur Angst, daß mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt."

Ein Fußnotentext verweist auf das IMT-Verfahren in Nürnberg 1945/46.

Alles das konnte niemals in den Akten des Auswärtigen Amtes "gefunden" worden sein. Dennoch haben die "unabhängigen" ADAP-Herausgeber sie bedenkenlos dem *"Archiv des Auswärtigen Amtes"* zugeordnet.[11)]

Dabei mußte ihnen aufgefallen sein, daß 3 Tage später, am 25.8., der britische Botschafter in Berlin, **Nevile Henderson**, dem Reichskanzler *"für die vergangenen 4 Monate große Geduld"* bescheinigt hatte (ADAP, Bd. VII, Dok. 296) und **Hitler** am 29.8. sofort auf eine britische Vermittlungsinitiative eingegangen war (Dok. 421) und einen Verhandlungsvorschlag mit 16 Punkten ausgearbeitet hat (Dok. 459). Hingegen hatte die polnische Regierung, als sie auch nur von britischen Vermittlungsbemühungen hörte, bereits am 27.8. die Generalmobilmachung beschlossen (Dok. 341). Genau für sie traf zu, was man **Hitler** unterstellte: *"daß mir ja kein Schweinehund noch einen Vermittlungsvorschlag vorlegt"*!

Beispiel:

<u>Dok. 119</u> in ADAP Bd. VII:
Der Staatssekretär an das Büro RAM, Berlin, den 19. August 1939:

["] ... Gauleiter **Forster** läßt durch mich dringend anfragen, ob seitens des Herrn RAM Einverständnis besteht, wenn Druck gegen Polen bis zur zulässigen Grenze gesteigert wird. Auf Grund der Verhandlungen vom 18. in der Zollbeamtenfrage hat es den Anschein, als ob Polen bereit ist nachzugeben. Polen will innerhalb 8 bis 14 Tagen etwa 12 in Frage kommende Zollbeamte zurückziehen. Weitere Aussprache in dieser Sache zwischen **Greiser** und den Polen ist nicht vorgesehen. Dagegen beginnen Montag den 21. die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Zollspezialisten.

Gauleiter **Forster** beabsichtigt, durch seinen Vertreter Forderungen auszudehnen auf etwa 50 polnische Zollbeamte und deren sofortige Zurückziehung. Sollte auch dann weiteres Nachgeben der Polen eintreten, ist weitere Steigerung der Forderungen vorgesehen, so daß Einigung unmöglich gemacht wird. Erbitte sofortige Vorlage an Herrn RAM und Rückantwort.["]

Schluß der Meldung aus Danzig.

Ich schlage folgende Antwort an **Veesenmayer** vor:

Stimme dortiger Auffassung wegen Führung der Verhandlungen über Zollbeamtenstreit zu. Verhandlungen müssen jedoch so geführt und auch sonst muß Druck gegen Polen so ausgeübt werden, daß Polen Verantwortung für Scheitern der Verhandlungen und alles Weitere zufällt.

Schluß der Mitteilung an **Veesenmayer**.

gez. **Weizsäcker**

11) Fälschungsanalyse in Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 453 ff.

Fälschungsnachweis:

Gauleiter **Forster** wußte am 19. August 1939 genau, daß über die angeblich beim Reichsaußenminister angefragte womöglich kriegsauslösende Thematik und überhaupt über das Verhalten der Danziger Führung gegenüber dem provokativen Vorgehen Polens seit Anfang August 1939 nicht **v. Ribbentrop** entscheidet, sondern ausschließlich der Führer selbst. Und da er dies wußte, ist er auch einen Tag später zur Aussprache mit **Hitler** nach Berchtesgaden geflogen (Dok. 138). -- **Forsters** "*Anfrage*" bei **v. Weizsäcker** war sinnwidrig:

Im 1. Absatz fragt er an, "*bis zu welcher Grenze Druck auf Polen zulässig*" sei.

Im 2. Absatz weiß er es jedoch bereits selbst:

"*ist eine weitere Steigerung der Forderungen vorgesehen, so daß Einigung unmöglich gemacht wird.*"

Dieser Sachverhalt ist so irre, daß auch die "*Antwort*" -- "*Mitteilung an* ***Veesenmayer***" -- **Weizsäckers** wirklichkeitsfremd anmutet, der angeblich unter Ausschaltung **Hitlers** und **v. Ribbentrops** diese so schicksalsträchtige Anfrage über Frieden oder Krieg in Europa ohne Überlegungszeit sofort eigenmächtig im Sinne eines anonymen provokativen "*Planes*" aus Danzig befürwortet haben soll. So etwas wäre völlig ausgeschlossen gewesen!

Auch für diese Anfrage aus Danzig mit **Weizsäckers** "*Mitteilung an* ***Veesenmayer***" gibt es in den ADAP-Akten keine dokumentierte Fortsetzung. Der abrupte Abbruch solcher Geschichten konnte nicht ausbleiben, da die Fälscher die vielfältigen Konsequenzen ihrer komischen Darstellungen gar nicht in das verästelte politische Geschehen hätten einordnen können.

Beispiel:

Dok. 176 + 244 (Ergänzung, 24.8.1939) in ADAP, Bd. VII: **Edmund Veesenmayer**
am 22. August 1939 aus Danzig:

> Der Sonderbeauftragte des Reichsaußenministers an das Auswärtige Amt
> Mit Fernschreiber
> Streng geheim Danzig, den 22. August 1939, 17 Uhr 07
> Für Staatssekretär **v. Weizsäcker**
> Bitte sofort überbringen.
> Vorgesehener Plan lautet:
> 1. Nach längeren Verhandlungen in der Zollbeamtenfrage, deren endgültiges Scheitern. Schuld auf Seite der Polen.
> 2. Dann erfolgt völlige Beseitigung aller polnischen Zollbeamten und Aufhebung der Zollgrenze nach Ostpreußen.
> 3. Es erfolgen Reaktionen der Polen so oder so.
> 4. Daraufhin Festnahme zahlreicher Polen im Danziger Gebiet und Aushebung zahlreicher polnischer Waffenlager. Die Auffindung dieser Waffenlager ist gesichert.
> 5. Erfolgt darauf keine ausreichende Aktion der Polen als Antwort, dann soll zuletzt die Westerplatte angegangen werden.
>
> Ob dieser Plan nach Rücksprache **Forster** auf dem Berghof am 21. August Änderungen erfahren hat, ist mir noch nicht bekannt. Ebenso stehen diesbezügliche Termine noch nicht fest. Weitere Nachricht erfolgt nach neuerlicher Rücksprache mit Gauleiter **Forster**.
>
> VEESENMAYER

Dok. 244 in ADAP, Bd. VII:

> Der Sonderbeauftragte des Reichsaußenministers an das Auswärtige Amt
> Mit Fernschreiber
> Danzig, den 24. August 1939, 20 Uhr 10
> Für Herrn Staatssekretär **v. Weizsäcker**
> Sofort vorlegen.
>
> Unter Bezug auf Fernschreiben von Gauleiter **Forster** an Berghof heute 12 Uhr 30, das ich dort gleichzeitig zur Kenntnis brachte, teile ich mit, daß inzwischen Antwort eingelaufen ist, derzufolge Punkt 1, 2, 3 und 5 genehmigt wurde.
>
> VEESENMAYER

Fälschungsanalyse für Dok. 176 + 244

1.)

Es konnte keinen Grund gegeben haben, einen "*streng geheimen*" Plan<u>entwurf</u> -- um mehr konnte es sich nicht gehandelt haben, da Änderungen erwartet wurden und Termine noch nicht feststanden --, fernschriftlich zu übermitteln. Wessen "Plan" war das überhaupt? Von Gauleiter **Forster** gewiß nicht, denn dieser befand sich zu dieser Zeit zur Besprechung mit dem Führer auf dem Berghof. Der Senat von Danzig entschied solches nicht ohne Gauleiter **Forster** und wartete das Ergebnis seiner Unterredung über Lage und Maßnahmen ab. Was sollten Staatssekretär **v. Weizsäcker** und Reichsaußenminister **v. Ribbentrop** mit einem "Plan", dessen Verantwortliche und für die Ausführung vorgesehene Mannschaften ihnen vorenthalten wurden?

2.)

Was machte die Übermittlung dieses "Planes", bei dem Änderungen erwartet wurden und Termine noch nicht feststanden, so eilig? Gauleiter **Forster** war am Nachmittag des 20. August nach Berchtesgaden geflogen (Dok. 138). Warum hat **Veesenmayer** diesen "Plan" nicht schon zu diesem Zeitpunkt nach Berlin übermittelt, wenn schon **Forster** ihm einen solchen "dringlichen Auftrag" erteilt haben sollte? In dessen Abwesenheit konnte er nicht mehr geändert worden sein. Wenn **Veesenmayer** es nicht eilig hatte, warum sollten zwei Tage später plötzlich andere, die Vorgesetzten von **Veesenmayer**, dann "*sofort*" spuren? Das ist doch abwegig!

3.)

Der Danziger Senat und auch Gauleiter **Forster** waren von Berlin wiederholt aufgefordert worden, sich gegenüber Polen nicht provokativ, sondern völlig normal zu verhalten. **Hitler** wünschte auch noch Mitte August 1939 mit Polen trotz

aller Mißhelligkeiten ein gutes Verhältnis. Ein eigenmächtiger "Plan", wie im "Dok. 176" beschrieben, war insofern völlig ausgeschlossen!

4.)

Veesenmayer konnte in dem übermittelten "Plan", dem er selbst längst hätte Widerstand entgegensetzen müssen, keineswegs von "der "*Beseitigung*" der polnischen Zollbeamten" geschrieben haben, da dieser Begriff auch eine Tötung schlußfolgern läßt. Eine solche Zweideutigkeit im Ausdruck -- von einem Fälscher sicherlich beabsichtigt! -- hätte ausgerechnet in der damals gefährlichen Situation eine gar nicht zu übersehende Auswirkung haben müssen!

Die Klärung dieses Begriffes blieb in Berlin ohne Nachfrage, wie der mysteriöse "Plan" überhaupt! Das wäre ausgeschlossen gewesen, hätte es dieses Fernschreiben gegeben! Ein Deutscher hätte in diesem Fall formuliert, "würde den Anweisungen der polnischen Zollbeamten keine Folge mehr geleistet", "die polnischen Zollbeamten würden ausgeschaltet", doch aber nicht "*beseitigt*"!

5.)

Punkt 3 erwähnt keine in Berlin zu genehmigende "geplante Maßnahme" und widerspricht zudem Punkt 5, der eine "*erwartete polnische Reaktion so oder so*" wieder in Frage stellt. Was soll dieser Unsinn? Unsinniger Füllstoff für einen nur dem Feind dienenden "Dokumententext".

6.)

Im Punkt 5 sieht "der Plan" etwas Undefiniertes vor: Die Westerplatte soll "*angegangen*" werden. Wie, von wem? Ohne Absprache mit der deutschen Wehrmacht? Das sind doch Märchen für den kleinen Moritz! Als ob Danzig hätte Krieg gegen Polen führen können!

7.)

Auch Dok. 244 enthält grobe Denkfehler!

"*Streng geheim*" ist weggefallen.

Gauleiter **Forster** hat "*heute 12 Uhr 30*" -- am 24.8. -- ein "*Fernschreiben an Berghof*" geschickt. **Forster** also hat das gemacht: "*das ich -- **Veesenmayer** -- dort gleichzeitig zur Kenntnis brachte*". Wo ist "*dort*" -- *in Berchtesgaden?* --, wem brachte er es zur Kenntnis? Warum dieser Aufwand mit wer weiß wie vielen Teleübermittlungen für einen kurz vorher noch "*streng geheimen Plan*"? Und diese allseitige Kundmachung bewältigte **Veesenmayer** "*gleichzeitig*", also zur gleichen Zeit, als **Forster** "*ein Fernschreiben an Berghof schickte*"? So schnell, wie das Fernschreiben durchlief, hätte er das alles gar nicht "*dort zur Kenntnis bringen*" können. Bei so viel Informationseifer über das, was **e r** getan hat, vergaß er ganz, den Staatssekretär in Berlin über das Wesentliche zu unterrichten: den Inhalt "des Fernschreibens von **Forster** an Berghof, das er dort gleichzeitig zur Kenntnis brachte"! Irrsinn!

Am 24.8. um 20 Uhr 10 ergänzte **Veesenmayer** aus Danzig angeblich, daß "*inzwischen Antwort eingelaufen ist*". Sie ist nicht "eingetroffen", sondern "*eingelaufen*". Wozu "*läuft eine Antwort ein*", wo doch Gauleiter **Forster** sie von seiner Besprechung auf dem Berghof hätte mitgebracht haben müssen? Es kann doch wohl nicht angehen, daß er dem Führer nichts von "*dem Plan*" berichtet haben sollte -- wenn es ihn denn gegeben hätte.

Während Gauleiter **Forster** sich über die Aussprache mit dem Führer total ausschweigt -- **in den ADAP-Akten befindet sich jedenfalls kein Dokument über die Führerbesprechung vom 21. August 1939!** --, wird in "*der inzwischen eingelaufenen Antwort*" kommentarlos "*Punkt 1, 2, 3 und 5 des Planes*" als "*genehmigt*" bezeichnet. Was soll nur die Genehmigung des Punktes 3: "*Es erfolgen Reaktionen der Polen so oder so*"? Hat **Hitler** "*die Reaktionen der Polen*" genehmigt?

Das ist doch alles dummes Geschwätz eines beauftragten psychological-warfare-Kriegers, der Feindstaat-Akten zu manipulieren hat!

Beispiel:

Dok. 197 in ADAP Bd. VII:

Am 23.8.1939 hat in Danzig jemand etwas gehört, was ein anderer niedergeschrieben hat. Es handelt sich um Absichten des Danziger Senats, Gauleiter **Albert Forster** zum Staatsoberhaupt auszurufen und Senatspräsident **Greiser** das Amt eines Ministerpräsidenten in Danzig zu übertragen. Dies war sicher ein Ergebnis der Besprechung mit dem Führer auf dem Berghof, um Danzigs Stehvermögen gegenüber polnischen Provokationen zu demonstrieren.

Was allerdings sonst noch hier notiert ist, erscheint fraglich, läßt sich jedoch auf Grund fehlender Ergänzungsdokumente nicht konkret als manipuliert beweisen.

Insofern dient dieses Beispiel als Beleg für Fälle, deren dokumentarischer Authentizitätswert für den Gesamttext nicht genau zu ermitteln ist. So sei diese Stichprobenübersicht mit dem Hinweis abgeschlossen, daß es in den ADAP neben den authentischen und total gefälschten auch solche "Dokumente" gibt, die teilweise echt und teilweise verfälscht sind.

Beispiel:

Hitlers unmittelbare Annahme des Konferenz-Vorschlages von Mussolini am 2. September 1939.

Diese wird bewiesen mit den Akten der italienischen Außenpolitik -- I Documenti diplomatici Italiani, Rom 1952 -- Ser. VIII, Bd. 13 Nr. 574, 581 + 584.

Nicht nur, daß diese Dokumente in den ADAP nicht aufscheinen: dieser gesamte Vorgang ist mittels eines total gefälschten, als "Dokument Nr. 565" im Bd. VII der ADAP "vom 3. September" etikettierten Schriftstücks mit gegenteiliger Aussage, derzufolge **Hitler** eine Konferenz ablehnte, ersetzt worden!

Man vergleiche den wahren historischen Ablauf dieser Vorgänge bei **David Hoggan**, "Der erzwungene Krieg", Tübingen 1961, S. 769 ff.

Die Geschehensfolge nach den Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik

In Ausnutzung der Münchener Konferenz Ende September 1938, zu der Polen bekanntlich nicht hinzugezogen worden war, hat die polnische Regierung -- ohne internationale Absprache -- von der tschechoslowakischen Regierung am 1. Oktober 1938 ultimativ die Abtretung des Olsa-Gebietes gefordert. Die Räumung des Gebietes durch die tschechische Bevölkerung habe bereits am folgenden Tag 12 Uhr mittags zu beginnen, die Stadt Teschen sei binnen 24 Stunden zu verlassen, die übrigen Regionen binnen 10 Tagen. In von Polen als ethnisch strittig bezeichneten Gebieten sollten gemischte Kommissionen für Abstimmungen sorgen.

Polens Außenminister erbat von Deutschland im Falle eines militärischen Konfliktes mit den Tschechen wohlwollende Haltung, obgleich "*er glaube, deutsche Auffassung im allgemeinen zu kennen*".

"*Herr **Beck** äußerte im übrigen volle Dankbarkeit für die loyale Behandlung der polnischen Interessen auf der Münchner Konferenz sowie für die Aufrichtigkeit der Beziehungen während der tschechischen Konflikte. Die Haltung des Führers und Reichskanzlers werde von Regierung und Öffentlichkeit voll gewürdigt.*" (ADAP Bd. V, Dok. 54, 1. Okt. 1938 v. **Moltke**)[12]

Auf das polnische Ultimatum an die Tschechen haben die französische, britische und italienische Regierung in Warschau nachdrücklich protestiert, "*um ein militärisches Eingreifen Polens zu verhindern*". Reichsaußenminister **v. Ribbentrop** informierte seinen italienischen Kollegen **Graf Ciano** dahingehend, daß Deutschland angesichts der Erfahrungen mit den Tschechen Verständnis für die polnische Initiative habe. Immerhin seien bereits 240.000 Sudetendeutsche von den Tschechen ausgetrieben worden.

"*Bei den Polen handele es sich um 200.000 Menschen, denen ein ähnliches Schicksal zum Teil schon zuteil geworden sei oder bevorstehe. Wir seien über die furchtbaren Zustände im Teschener Gebiet unterrichtet.*" [12] (Dok. Nr. 55 vom 1. Okt. 1938)

Ribbentrop unterrichtete den polnischen Botschafter über diese Haltung Deutschlands.

Hinsichtlich der deutsch-polnischen Grenzregulierungen ergaben sich Meinungsverschiedenheiten um Witkowitz - Ostrau - Oderberg wegen der dortigen Bevölkerungsstruktur, den Kohlengruben und der Eisenindustrie (1 Million to). **Hitler**, in diesen Disput eingeschaltet, verzichtete.

"Er wolle mit den Polen nicht um jede einzelne Stadt feilschen, sondern ihnen gegenüber großzügig sein, die in ihren Forderungen bescheiden wären. Für den Führer ist die Sache damit erledigt." (Dok. 62, 5. Okt.)

Eine Delegation der Teschener Deutschen, die auf Einhaltung ihrer seit 1919 in Versailles zugesicherten Rechte und einer Volksabstimmung beharrte, erhielt vom Auswärtigen Amt in Berlin den Bescheid, daß sie ihre Initiativen unterlassen sollten, da die Reichsregierung die Teschener Frage als erledigt betrachte.

"*Wir wollten den Polen in diesem Gebiet keine Schwierigkeiten bereiten.*"

Dem Ansinnen **Dr. Harbichs**, der androhte, "*die dortige deutsche Bevölkerung zum bewaffneten Widerstand gegen die Polen aufzurufen*", widersprach Unterstaatssekretär **Woermann**

"*auf das Nachdrücklichste, da es unserer Politik vollkommen zuwiderlaufen würde.*" [12] (Dok. 63, 5. Okt. 1938)

Einen nächsten, wiederum sehr eigenwilligen Schritt zur Komplizierung der Lage mit Deutschland unternahm Polen am 6. Oktober 1938 mit seiner Verordnung, polnische Pässe für seit 5 Jahren im Ausland lebende Polen ab 29. Oktober 1938 nicht mehr für eine Rückreise nach Polen anzuerkennen, sofern sie nicht bis zu diesem Zeitpunkt einen Prüfungsvermerk erhalten haben.

Dies hatte für Zehntausende von polnischen Juden, die sich seit Jahren in Deutschland aufhielten, die Folge, daß sie fortan staatenlos würden, wenn sie sich nicht vorher jenen Prüfungsvermerk für eine Einreise nach Polen beschafften. Die Reichsregierung ersuchte die polnische Regierung, diese Verordnung entweder wieder zurückzunehmen oder die in Deutschland lebenden polnischen Juden davon auszuklammern. Andernfalls sähe sie sich gezwungen, diese in Deutschland lebenden polnischen Juden noch vor dem 29. Oktober nach Polen auszuweisen. [12] (Dok. Nr. 84)

Am 7. Oktober (Dok. Nr. 65) trug Staatssekretär **Ernst v. Weizsäcker** dem polnischen Botschafter in Berlin, **Lipski**, neben einigen anderen sich aus der polnischen Annektion des Teschener Gebietes ergebenden Detailfragen auch eine Beschwerde über die Behandlung der dortigen Volksdeutschen vor, die sich auf "***erhebliche Klagen von dort***" stützte.

Die polnische Regierung ließ am 8. Okt. antworten, "*sie lege auf eine freundschaftliche Verständigung mit Deutschland größten Wert*". Sie habe Anweisungen an die Verwaltungen erteilt, die Minderheiten nach den Grundsätzen der Minderheitenerklärung zu behandeln und Reichs- wie Volksdeutschen freien Abzug unter Berücksichtigung der Vermögensinteressen zu gewährleisten. (Bd. V, Dok. Nr. 66)

Am 13. Okt. 1938 veranlaßte **Hitler** Presse und Diplomatie,

"nichts Abträgliches über Polen zu bringen. Hierunter fallen auch die Zwischenfälle mit der deutschen Minderheit." (Bd. V, Dok. Nr. 70)

Am 24. Oktober 1938 übermittelte Reichsaußenminister **v. Ribbentrop** dem polnischen Botschafter **Lipski** eine Einladung an den polnischen Außenminister **Beck sowie eine Dauereinladung** "***an die polnischen Freunde***", was **Lipski** mit Freude aufnahm. Im Protokoll dieses Gesprächs heißt es über Danzig:

"*Danzig sei wieder auferstanden aus ziemlicher Bedeutungslosigkeit, als Polen nach dem Kriege wiederauferstand. So sei es für Polen quasi eine symbolische Stadt. Polen habe stets abge-*

12) "Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 - 1945" Serie D (1937 - 1945) (ADAP) Band V, Baden-Baden 1952.



"Im Falle des Krieges wird jeder Mann ohne Rücksicht auf sein Alter und jede Frau Soldat werden!"

Plakate dieser Art, die offen zum Heckenschützenkrieg aufriefen, wurden schon Ende August 1939 -- also schon vor Ausbruch des deutsch-polnischen Konfliktes -- öffentlich ausgehängt.

---

lehnt, sich in die innerpolitischen Fragen Danzigs einzumischen, habe das auch wiederholt bewiesen, ***als die Parteien an Polen herangetreten seien, um die Hilfe gegen die NSDAP zu erbitten. Polen habe dies als innerdeutsche Sache betrachtet und habe stets den deutschen Charakter Danzigs anerkannt.***

Er, ***Lipski****, hielte es daher für möglich, daß durch genaues Studium jegliche Reibungsfläche ausgeschieden werden könnte. Einen Anschluß hielte er jedoch nicht für möglich, auch schon und hauptsächlich aus innenpolitischen Gründen.* ***Beck*** *könne das dem Volk gegenüber nie durchsetzen."* (ADAP, Bd. V, Dok. Nr. 81)

Mit dem Hinweis, jetzt nichts zu entscheiden und diese Frage mit Regelung des polnischen Wunsches zum Erwerb der Karpatho-Ukraine zu verknüpfen, schloß die Unterredung *"in sehr freundschaftlichem Tone"*.

An dieser Stelle werden erneut die Mängel für eine "Geschichtsschreibung" sichtbar, die sich nur auf die von den Kriegsgegnern Deutschlands herausgegebenen Dokumente abstützt: Da die polnische Regierung nicht nur auf das Wohlwollen des Reiches für Polens Aspirationen auf das Olsagebiet, sondern auch für eine gemeinsame Grenze mit Ungarn Wert legte, nahm Oberst **Beck** den von Staatssekretär **v. Weizsäcker** vorgetragenen Wunsch auf eine polnische Gegenleistung in bezug auf eine verbesserte Durchgangsregelung durch den Korridor nach Ostpreußen und Danzig verständnisvoll auf. Er war sogar soweit gegangen, am 21.11.1938 dem Völkerbundshochkommissar **Burckhardt** zu versichern, -- was natürlich nach Berlin durchdrang --, **daß Polen an Danzig nur noch wirtschaftlich interessiert sei und sich dort von seinen politischen Aufgaben zurückziehen wolle.**[13] S. 213 + [14] S. 227

Carl Jacob Burckhardt schrieb selbst in einem Rapport nach Genf vom 11. Juni 1939 über seine Gespräche in Warschau. Oberst **Beck** habe ihn gebeten, dem Reichskanzler mitzuteilen, Polen sei an einer Entspannung mit Deutschland interessiert und bereit, *"über Danzig als Teilproblem eines größeren zu verhandeln"*.[15] S. 283 Doch dies muß sich auf ein Gespräch vor dem 22. März bezogen haben, denn nachdem an diesem Tag Litauen das Memelgebiet an Deutschland zurückgegeben und Polen die Teilmobilmachung beschlossen hatte, mußte **Beck**

> *"der erregten polnischen Öffentlichkeit Rechnung tragen, die gewisse Anzeichen von Imperialismus mit weitreichenden Zielen"*

deutlich machte.[15] S. 283 + 284

Dabei sei *"diese Heftigkeit"* völlig unbegründet, da das Memelland deutsch und keineswegs polnisch sei, wie es alle dortigen Wahlen erwiesen haben und das Selbstbestimmungsrecht längst zu einer Rückgliederung an Deutschland hätte führen müssen.[15] S. 262

Das Projekt für eine Autobahn durch Westpreußen nach Ostpreußen reicht in das Jahr 1933 zurück.[14] S. 286

Ein Wiederaufgreifen der Danzig-Frage hatte sich im Herbst 1938 für beide Nachbarn angeboten. Als **Hitler** im Oktober 1938 **v. Ribbentrop** veranlaßte, sehr vorsichtig diese Themen mit Polen wieder ins Gespräch zu bringen (**Beck** war Jahre später noch überzeugt, daß die Initiative für diese Verhandlungen von **Ribbentrop** und nicht von **Hitler** ausgegangen sei), waren genügend Anzeichen für einen Erfolg mit Warschau gegeben:

England und Frankreich betrachteten die polnische Haltung in der Sudeten-Krise (Erwerb von Teschen/Olsa-Gebiet) sowie die nachfolgende Tschechen-Politik der Polen feindselig. Sie hielten sie für unangebracht und unangemessen. Dagegen schienen die britisch-französischen Beziehungen zu Deutschland gut, zumal unter Berücksichtigung des auch dort bekannten Wunsches **Hitlers**, beste Beziehungen zu Polen unterhalten zu wollen.

Auch wußte man in England und Frankreich, daß die Führung in Warschau ein Eingreifen der UdSSR befürchtete und insofern ihrerseits an einem guten Verhältnis zu Deutschland interessiert sein müßte. Luftkämpfe an der polnisch-sowjetischen Grenze waren bereits ernste Warnzeichen, die **Beck** tatsächlich bewogen, **Hitler** um Unterstützung gegen die Sowjetunion zu bitten.[14] S. 162

Was lag unter diesen Umständen näher, als sich beiderseits um eine Stärkung der gegenseitigen Beziehungen durch Ausräumen jeglicher Ungerechtigkeiten zu bemühen, die fremde Mächte 1919 in Versailles zwischen Deutschland und Polen verfügt hatten?

Der polnische Botschafter **Lipski** legte am 22. 10. 1938 in Berlin eine Liste slowakischer Gebietsteile vor, die **Beck** Ungarn zuzuteilen gedachte.[14] S. 194

Beck hatte kurz vorher in einem Interview mit der **Hearst-**

13) Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965.

14) David Hoggan, "Der erzwungene Krieg", Tübingen 1961.

15) Carl J. Burckhardt, "Meine Danziger Mission 1937 - 1939", München 1960.

Presse Gerüchte dementiert, daß Deutschland die Rückgliederung Danzigs gefordert hätte, und betont, daß Friede in Europa nur im Falle einer dauernden Verständigung der Nationen mit Deutschland möglich sei.[14) S. 195]

Zwar hatte **Hitler** Ende Oktober 1938 die Korridorfrage und Danzig als Wunsch für eine polnische Gegenleistung ins Gespräch gebracht angesichts des polnischen Ersuchens um Deutschlands Unterstützung für die polnische Tschechenpolitik, jedoch vermieden, Forderungen zu stellen oder Polen unfreundlich zu behandeln.

Es gibt keine Beweise dafür, daß Hitler mehr vorhatte als ein friedliches Aushandeln legitimer deutscher Anliegen im Sinne einer gestärkten Freundschaft und Abwehrkraft des deutschen und polnischen Volkes gegen den Bolschewismus!

Am 27. Oktober 1938 erreichte das Auswärtige Amt eine Alarmnachricht des Legationsrats **Schwager** von der Kulturpolitischen Abteilung, daß die polnische Armee sich intensiv und auffallend bemühe, volksdeutsche Organisationsvertreter in ihren Militärischen Nachrichtendienst einzuspannen. Dies lasse befürchten, daß hiermit die Voraussetzungen geschaffen würden, diese volksdeutschen Verbände schlagartig ausschalten zu können und damit der gesamten deutschen Volksgruppe die wirtschaftlichen Existenzgrundlagen zu entziehen. (ADAP Bd. V, Dok. 85 vom 27. Okt. 1938)

Am 31. Oktober 1938 übermittelte der deutsche Konsul in Preßburg telegraphisch ein dringendes Ersuchen der slowakischen Regierung um Unterstützung des Reiches gegenüber plötzlich vorgebrachten polnischen Gebietsansprüchen, die keinerlei ethnographische Berechtigung hätten.[12] (Dok. Nr. 93)

Am 9.11.1938 wurde das Auswärtige Amt in Berlin darüber informiert, daß die polnische Regierung eine Neuorganisierung des Bankwesens in Danzig zum Anlaß einer Intervention des Völkerbundes nahm, was Völkerbundkommissar **Burckhardt** schlußfolgern ließ, "*daß offenbar zwischen Deutschland und Polen etwas nicht stimmen müsse*", da solche Angelegenheiten bisher stets zwischen dem Danziger Senat und der polnischen Regierung direkt geregelt worden sind. (Bd. V, Dok. Nr. 96)

Den Band VI leiten die Herausgeber der ADAP bereits mit geschichtsverfälschenden Vorgaben ein:

> *"Das Hauptthema des vorliegendes Bandes bilden die Auswirkungen der am 15. März 1939 erfolgten deutschen Besetzung Prags.*
>
> *Wenige Tage nach diesem Ereignis versuchte **Ribbentrop** Polen zum Einverständnis mit der Einverleibung Danzigs in Deutschland und mit einem »Korridor durch den Korridor« gegen eine deutsche Garantie zu bestimmen.*
>
> *England und Frankreich sahen sich durch die Besetzung zu einer grundlegenden Änderung ihrer bisherigen Politik veranlaßt: dies führte zu der Garantie, die zunächst Polen, und nachdem Albanien von Italien besetzt worden war und Berichte über ein deutsches Ultimatum an Rumänien Glauben gefunden hatte, auch Griechenland und Rumänien gegeben wurde.*
>
> *Ferner nahmen England und Frankreich Verbindungen mit der Sowjetunion auf ..."* [16)]

Dieser Kommentar der Herausgeber verfälscht den wahren historischen Ablauf zu Lasten Deutschlands, indem er die folgende Entwicklung einseitig der deutschen Initiative zuschreibt und schuldhafte Initiativen der anderen Mächte sowohl vor als auch nach diesem Zeitpunkt grundsätzlich ausschließt!

(1)

Diesem zitierten Kommentar zufolge erscheint "die Besetzung Prags" als unprovozierte deutsche Aggression, die sie in Wirklichkeit gar nicht war. Nicht **Hitler** hatte hierfür die Initiative ergriffen, sondern die tschechische Regierung auf Grund ihrer verworrenen innenpolitischen Verhältnisse, die sie selbst nicht mehr zu regulieren verstand.

(2)

Dem zitierten Kommentar zufolge erscheint auch die nachfolgende Politik Polens eine Reaktion auf die Besetzung Prags durch deutsche Truppen.

In Wirklichkeit waren die deutsch-polnischen Gegensätze und der von Polen seit 1919 begonnene Volkstumskampf ein politischer Alpdruck für jede Regierung in der Weimarer Zeit. Die Akten des Deutschen Auswärtigen Amtes sowie des Völkerbundes sind voll davon. Bis 1933 hatte Polen bereits über 1 Million der über 2 Millionen "übernommenen" Volksdeutschen vertrieben.

Nikolaus v. Preradovich hat davon in seinem Buch "Deutschland und Polen 1919 - 1939" [17)] etliches an Dokumenten zusammengestellt und für 1938/1939 z.B. auf folgende weitere einleitende Enteignungsmaßnahmen **v o r** dem 15. März 1939 hingewiesen:

"**9. März 1938**: *Im polnischen Senat erklärte der Vertreter der deutschen Volksgruppe zur Frage der Bodenreform, daß von der in diesem Jahr in den Westgebieten angeforderten Gesamtfläche 62% auf deutschen und nur 38% auf polnischen Besitz entfielen. Insgesamt seien seit Bestehen des Agrarreformgesetzes von den Deutschen rund 110.000 ha, von den Polen 55.700 ha zur Zwangsparzellierung angefordert worden. ...* [17) S. 173 - 174]

"**26. Februar 1939:** *Die auf Grund der Bodenreform für das Jahr 1939 vorgesehene zwangsweise Parzellierung umfaßt 57.690 ha. Davon fallen auf die Wojwodschaft Posen 20.275 ha (davon 60% aus deutschem Besitz), auf die Wojwodschaft Pommerellen 17.437 ha (davon 65% aus deutschem Besitz) und auf die Woiwodschaft Schlesien 4.738 ha (davon 70% aus deutschem Besitz). -- Auf deutsch gesagt: Die Polonisierung geht weiter. ..."* [17) S. 189]

*"Senator **Hasbach** wies im polnischen Senat am 11. März auf eine Reihe von Schwierigkeiten hin, die die in Polen lebenden Deutschen in ihrer Existenz bedrohen, wie das Aussiedlungsgesetz für die deutsche Bevölkerung in der Grenzzone, die Wegnahme ihrer Vereinshäuser in Posen und Pommerellen, die Heranziehung des deutschen Besitzes im übergroßen Maße zur Zwangsparzellierung, die zahlreichen Konzessionsentziehungen, die zum Schaden deutscher Minderheiten beeinflußten Kommunalwahlen, die Pressehetze zur Störung deutscher Veranstaltungen und zur Boykottierung deutscher Geschäfte. Senator **Hasbach** ersuchte die Regierung erneut, seinen deutschen Volksgenossen ihre Rechte zukommen zu lasssen."* [17) S. 190]

---

16) ADAP Bd. VI, S. X.

17) Nikolaus v. Preradovich, "Deutschland und Polen 1919 - 1939" Berg am See 1990. -- Ähnlich auch:
Stephan Horak, "Poland and her National Minorities 1919 - 39", New York - Washington 1961.



Von fremden Mächten in Versailles 1919 konzipiert, zerbrach der Vielvölkerstaat Tschechoslowakei an seiner verfehlten Minderheiten- bzw. Nationalitätenpolitik mit dem Ergebnis, daß Staatspräsident Dr. Emil Hacha am 14. März 1939 im Auftrag seines Kabinetts nach Berlin reiste, um mit Zustimmung seines Kabinetts das Schicksal seines Volkes *"in die Hände des Führers zu legen"*. Adolf Hitler hatte eine solche Entwicklung nicht geplant! -- Die historische Zusammenkunft am 15. März 1939 in der Reichskanzlei.

Derlei prägte die polnische Politik, wie gesagt, **v o r** dem 15. März 1939!

(3)

In Fortsetzung des deutsch-polnischen Gedankenaustausches, der Anfang Oktober 1938 über das Olsagebiet -- Karpatho-Ukraine -- Danzig und verbesserte Durchgangsregelung durch das Korridorgebiet begonnen war, hat Reichsaußenminister v. **Ribbentrop** nach dem 15. März 1939 nichts Neues *"bestimmt"*.

In Wirklichkeit hatten kriegswillige britische Führungskreise nach dem freundschaftlichen **Ribbentrop**-Besuch in Warschau Ende Januar 1939 mit einer Fülle verschiedener Mittel (Gerüchte, wirtschaftliche und militärische Versprechungen, vom Kriegsminister und Geheimdienst ohne Wissen **Chamberlains** veranlaßte Entsendung von in *"schmutzigen Tricks ausgebildeten Missionen"* zur Provozierung anti-deutscher Pogrome[18)]) auf die Polen dahingehend eingewirkt, *"auf keinen Fall die deutsche Seite zu wählen"*. Dieses Bemühen kam im zuvor zitierten Kommentar der den Siegern zugehörigen Aktenherausgeber nicht zur Sprache, -- wie vieles andere ebenfalls nicht. Diese hier geschilderte Initiative aus London war 2 Monate **v o r** dem 15. März 1939 entfaltet worden, hatte also mit **Hitlers** Einmarsch in Prag überhaupt nichts zu tun!

(4)

Die Besetzung Prags hat in Großbritannien und Frankreich **zu keiner** *"grundlegenden Änderung"* geführt! Der Kurswechsel war in beiden Ländern bereits unmittelbar nach dem Münchener Treffen Anfang Oktober 1938 vorgenommen worden, und zwar unter Bruch der dort -- zumindest zwischen **Chamberlain** und **Hitler** -- unterzeichneten Konsultationsverpflichtung für den Fall einer beabsichtigten Neuorientierung eines der Konferenzteilnehmer. Nach Einwirkung des US-Präsidenten **F.D. Roosevelt** leitete die britische sowie die französische Regierung ein neuerliches Rüstungsprogramm in Verbindung mit ihrer verhängnisvollen Einkreisung Deutschlands ein. Die Annahme des Angebots von **Dr. Hacha** an **Hitler**, das Schicksal des tschechischen Volkes in seine Hände zu legen, ist somit auch eine Reaktion auf die Initiativen der Imperialmächte, in die zu diesem Zeitpunkt auch bereits die UdSSR einbezogen worden war!

(5)

Die Einbeziehung der Sowjetunion in diese militärische Einkreisung Deutschlands begann der britische Premier **Neville Chamberlain** am 1. März 1939, und nicht erst in der zweiten Hälfte dieses Monats! [13) S. 282]

(6)

Die Gerüchte über ein deutsches Ultimatum an Rumänien beruhten auf einer im Foreign Office zielgerichtet in die Welt gesetzten Lüge und gehörten zum Instrumentarium der kriegsprovokatorischen Einkreisungspolitik Großbritanniens. Die Formulierung der ADAP-Herausgeber, *"diese Gerüchte haben Glauben gefunden"*, impliziert den offensichtlich gewollten Eindruck, als hätten sie deshalb *"Glauben gefunden"*, weil sie sich als richtig erwiesen hätten. **Doch genau das Gegenteil war der Fall! Sie waren erlogen!**

(7)

Die Initiative zur Zuspitzung der Kriegsentwicklung lag im Gegensatz zu den vorerwähnten Kommentaren der ADAP-Herausgeber bei den Führungskräften der Briten und Polen, im Hintergrund angetrieben von US-Präsident **F.D. Roosevelt**, als Mitläufer der französischen Regierung sowie dem zur Weltrevolution drängenden Sowjetdiktator **Josef Stalin**.

Der britische Premierminister **Neville Chamberlain** war es, der in einem Brief an seine Schwestern vom 10.9.1939 eingestand:

"Es lag uns daran, die Dinge voranzutreiben." [19) S. 416]

Der polnische Staatspräsident Marschall **Rydz-Smigly** war es, der am 6. August 1939 auf einer Kundgebung in Krakau ausrief:

"Danzig ist die Lunge Polens. Wir besitzen Freunde,

18) William Stevenson, "A Man Called Intrepid -- The Secret War -- The Authentic Acount of the most descisive Intelligence Operations of The World War II -- And the Superspy who controlled them", New York 1977. -- Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 80 S. 22 ff.

19) Keith Feiling, "The Life of Neville Chamberlain", London 1947.

die uns verstehen und ihre Verbundenheit mit uns deutlich zum Ausdruck gebracht haben."

Eine fanatisierte Menge applaudierte in Sprechchören:

"Wir wollen Danzig haben!" 20) S. 165

Das weitgehend dem Nachkriegszeitgeist verbundene Buch "Das Deutschlandbild der Polen 1918 - 39" bestätigt die weit gefächert angelegte Kursänderung der polnischen Regierung gegen Deutschland ab Februar 1939, die weder etwas mit dem 15. März 1935, noch mit dem zu tun hatte, was angeblich "***Ribbentrop*** *bestimmte*":

"Die Eile, in der die »innere Führung« den Kampf gegen Deutschland ermöglichen, die Moral heben und eine Siegesgewißheit hervorbringen sollte, ohne die ein Krieg nicht geführt werden konnte, ließ eine Vielzahl von Broschüren erscheinen, die dem polnischen Soldaten die Überlegenheit der eigenen Armee und die Inferiorität des Gegners vor Augen führen sollten. Daß es bei diesen Instruktionsschriften nicht auf Objektivität, sondern auf größtmögliche Wirksamkeit ankam, zeigte der Aufruf eines der Autoren ...

Der hitzigen Atmosphäre jener Sommermonate werden die Militärbroschüren gerecht. Sie schildern besser als jede theoretische Abhandlung, wie das polnische Volk angewiesen wurde, die politische Kehrtwendung seiner Führung mitzuvollziehen, wie für den vorhersehbaren militärischen Konflikt nach einer Zeit scheinbarer freundschaftlicher Beziehungen zum Gegner durch das Anknüpfen an die antideutschen Parolen der Abstimmungszeit und der Weimarer Republik, der notwendige Haß auf den künftigen Feind und die erforderliche Siegeszuversicht wiederhergestellt wurden." 21) S. 264 + 265

Das alles hätte in dem ADAP-Einleitungskommentar Bd. VI zum Ausdruck gebracht werden müssen, wie überhaupt auch die zahlreichen innenpolitischen Schritte Polens vor dem 15. März 1939 gegen die deutsche Minderheit. Denn gerade dies war Bestandteil des Aktenbestandes vom Deutschen Auswärtigen Amt!

Immerhin reproduzierten die Herausgeber noch im Bd. V ein Dokument, in dem der deutsche Botschafter in Warschau am 14. März 1939 ein Gespräch mit dem polnischen Außenminister **Joseph Beck** wiedergab, in dem dieser

"soeben einen Bericht von Herrn Lipski erhalten und daraus zu seiner Freude entnommen [habe], daß der Herr Reichskanzler letzthin noch weit stärker als in Berchtesgaden betont habe, daß die Danziger Frage unter keinen Umständen zu einer Trübung der deutsch-polnischen Beziehungen führen dürfte. Bei dieser Einstellung des Herrn Reichskanzlers habe er die Hoffnung, zu einer dem beiderseitigen Interesse gerecht werdenden Lösung zu gelangen." (Bd. V, Doc. 140)

Hiermit haben die Herausgeber der ADAP genau das Gegenteil dessen dokumentiert, was sie in der Einleitung zum Bd. VI mit den Worten kommentiert haben, "***Ribbentrop*** *habe wenige Tage später versucht, Polen zum Einverständnis ... zu bestimmen*".

Nein, der 15. März 1939, der selbst für die Reichsregierung eine überraschende Regelung gebracht hatte, war nicht dazu angetan, sogleich Konflikte mit Polen zu suchen.

Polen hingegen, seit Ende Januar 1939 von Großbritannien umworben und seit dem 15. März 1939 verstärkt mit Hilfsversprechen ohne Rücksicht auf Einzelheiten und Einhaltemöglichkeiten, also ohne Ausklammerung provokativen Verhaltens der Warschauer Führung, überhäuft, ließ sogleich bei gleichzeitiger Teilmobilmachung am 21./22. März 1939 und mit Kriegsdrohung verbundener Ablehnung deutscher Gespräche (26.3.) alte unberechtigte territoriale Ansprüche auf Danzig, Ostpreußen und die Oder-Neiße-Gebiete wieder aufleben. Der gleichzeitig verstärkte Bekämpfungsgrad gegen die Volksdeutschen machte zudem deutsche diplomatische Einwirkungen wirkungslos.

Reichsaußenminister v. Ribbentrop hatte mit diesem Umschwung in Polen nichts zu tun! Hier spielte bereits die seit Monaten sichtbare Haltungsänderung der polnischen Regierung gegenüber der deutschen Volksgruppe, die feindselige Aktivität der polnischen Presse und vieles andere eine dominante Rolle, während

"der Führer immer auf einen Ausgleich mit Polen und auf eine Befriedung mit Polen hingearbeitet habe.

Auch jetzt verfolge der Führer noch dieses Ziel. In zunehmendem Maße sei aber der Führer über die polnische Haltung verwundert. Bisher habe ich die deutsche Presse gegenüber Polen zurückgehalten, wie der Polnische Botschafter sich selbst durch einen Blick in die deutsche Presse vergewissern könne. Es würde mir aber nicht möglich sein, auf die Dauer derartige Angriffe unbeantwortet zu lassen. Aus einer derartigen beiderseitigen Pressefehde könne dann bald ein Zustand entstehen, bei dem unsere Beziehungen auf dem Nullpunkt ankämen. Es erschiene mir erforderlich, daß man einen neuen Versuch unternehme, die deutsch-polnische Politik in das richtige Geleise zu bringen, und es erschiene mir richtig und zweckmäßig, wenn bald einmal eine persönliche Aussprache zwischen deutschen und polnischen Staatsmännern stattfände..." (Bd. VI, Dok. Nr. 61)

Freilich hat **v. Ribbentrop** in diesem Gespräch mit dem polnischen Botschafter in Berlin, **Lipski**, am 21. März 1939 auch das im Oktober 1938 wieder aufgegriffene Thema Danzig angeschnitten und Polen eine Garantie seiner Grenzen bei Gewährung einer Rückgliederung Danzigs an Deutschland und einer exterritorialen Straßen- und Eisenbahnverbindung durch den Korridor vorgeschlagen, -- ohne jegliche Pression und Terminierung. Unabhängig hiervon käme Deutschland den polnischen Wünschen in bezug auf die Karpatho-Ukraine entgegen. Am selben Abend noch reiste **Lipski** nach Warschau ab. Am folgenden Tag verkündete die polnische Regierung die Teilmobilmachung und setzte sogleich im Rahmen seiner Truppenkonzentrierung mit einem Torpedoboot Infanterieeinheiten auf der zur Freien Stadt Danzig gehörenden Westerplatte ab, die offiziell als entmilitarisiertes Gebiet ausgewiesen war.

Bei diesem Beschluß spielte durchaus auch die an diesem Tage zwischen dem Deutschen Reich und Litauen vertraglich vereinbarte Übergabe des Memellandes eine Rolle, das sich Litauen unter Ausnutzung der in Versailles 1919 willkürlich verfügten Zustände gewaltsam angeeignet hatte. Das Memelland war -- wie alle auch unter litauischer Herrschaft durchgeführten Wahlen bestätigten, "*eindeutig mehrheit-*

---

20) Rüdiger Ruhnau, "Die Freie Stadt Danzig 1919 - 1939", Berg am See 1988.

21) Frank Golczewski, "Das Deutschlandbild der Polen 1918 - 39", Düsseldorf 1974.

lich deutsch" 15) S. 262 und hätte gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gar nicht Deutschland entrissen werden dürfen. Dieser Vertrag zwischen Deutschland und Litauen vom 22.3.1939 sowie das Memelland als solches hatten mit Polen überhaupt nichts zu tun und konnten insofern auch weder eine "*polnische Aufregung*" noch eine polnische Teilmobilmachung rechtfertigen. -- Würden die USA oder sonstwer in der Welt die Interessenvertretung für ihre Landsleute von der möglichen "*Aufregung*" eines unbeteiligten Nachbarn abhängig machen?



Polens Staatspräsident Marschall Rydz-Smigly im Juni 1939:
"Polen will den Krieg, und Deutschland wird ihn nicht verhindern können!"

Im "Dokument Nr. 73" (Bd. VI) -- einem "Telegrammentwurf" ohne Datum vom März 1939 -- wird Botschafter v. **Moltke** unter Hinweis auf die soeben geschilderte Unterredung zwischen Reichsaußenminister v. **Ribbentrop** mit **Lipski** angewiesen,

"*dem polnischen Außenminister noch einmal unsere Auffassung ... mit nachdrücklichem Ernst vor Augen zu führen.*"

Hierbei sei u.a. zu erwähnen,

"der Führer lege entscheidenden Wert darauf, daß die Danziger Frage jetzt bald einer Lösung zugeführt werde",

aber ebenso, daß Hitler sein Angebot zurückziehen würde, falls sich die polnische Regierung ablehnend verhalten sollte.

Ganz gleich, ob v. **Moltke** diesen Entwurf bekommen hat oder nicht, in jedem Fall macht er deutlich, daß weder **Hitler** noch sein Außenminister auf Polen "Druck" ausgeübt haben. Die polnische Teilmobilmachung und Zusammenziehung polnischer Truppen im nördlichen Westpreußen sowie die schon lange vorher einsetzende diskriminierende Behandlung der Volksdeutschen -- u.a. auch in Form von Entrechtung, Enteignung und wirtschaftlicher Existenzvernichtung -- konnte damit nicht begründet werden. Polen hatte diese Entschlüsse, die nicht nur auf Deutschland "Druck ausübten", sondern Kriegsgefahren in Gang setzten, selbst zu verantworten!

Um die seit 1937 sich infolge steigernder polnischer Aggressivität verändernde Lage der deutschen Minderheit in Polen nur kurz anzudeuten, sei auf die Untersuchungsbefunde des us-amerikanischen Historikers **David Hoggan** verwiesen:

1. Die Landreform 1938 raubte der deutschen Minderheit mehr als 2/3 ihres Ackerlandes.14) S. 217

2. 80% der ostoberschlesischen deutschen Arbeitskräfte waren seit 1938 arbeitslos und blieben ohne Arbeitslosenunterstützung. Deutsche erhielten keine Lehrlingsstellen. In steigendem Maße wurden deutsche Schulen geschlossen. So reagierte die polnische Regierung auf den 1937 mit dem Reich abgeschlossenen Minderheitenvertrag.14) S. 217 - 218

3. Ungefähr 20 % der deutschen Bevölkerung im Teschener Raum wurden innerhalb des ersten Monats der polnischen Herrschaft zur Flucht gedrängt.14) S. 221

4. Zum polnischen Nationalparlament -- dem Sejm -- durften seit November 1938 keine deutschen Minderheitenvertreter mehr aufgestellt werden.14) S. 222

5. Das Grenzlandgesetz 1939 in Verbindung mit der Landreform 1939 enteignete im Februar 1939 Land, das zu 72 % deutschen Menschen gehörte.

Nicht **Hitler** oder v. **Ribbentrop** hatten diese Initiativen ergriffen oder veranlaßt!

Als zeitlich folgendes wesentliches Datum wäre der 26. März 1939 zu nennen, an dem der polnische Botschafter **Lipski** die Antwort Warschaus nach der polnischen Teilmobilmachung auf den vorangegangenen deutschen Verhandlungsvorschlag dem Reichsaußenminister übergab.

Laut ADAP-Akten Bd. VI, Dok. 101 (S. 101) hat er die Ablehnung des deutschen Vorschlages **nicht** mit einer Kriegsdrohung für den Fall verbunden, falls man in Berlin auf Fortsetzung eines Gespräches auf dieser Basis bestehen würde.

In den ***Historischen Tatsachen*** Nr. 39 S. 13 - 17 sind jedoch zahlreiche Beweise übersichtlich zusammengefaßt, die die Authentizität des Dok. 208 des Deutschen Weißbuches Nr. 2 von 1940 bestätigen, denenzufolge **Lipski** diese Ablehnung tatsächlich mit der ersten polnischen Kriegsdrohung an Deutschland überreicht hatte.

Hier seien in diese Beweiskette lediglich noch 2 Belege westlicher Diplomaten eingefügt:

1.) Polens Außenminister **Beck** teilte im März 1939 dem britischen Botschafter in Warschau **Kennard** "*kategorisch*" mit,

"daß jede Frage eines Zugeständnisses hinsichtlich des Korridors Krieg bedeute." 22) S. 10 + 14) S. 236

Also bereits die Anfrage nach einem Zugeständnis! Genau das war im deutschen Weißbuch Nr. 2 (Dok. 208) dokumentiert!

2.) US-Botschafter **Biddle** meldete am 25. März 1939 seinem Präsidenten telegrafisch die Nachricht:

"*Polen heute auf dem Kriegsfuß. Hat dieses heute ohne viel Aufhebens erreicht.*" 23) + 14) S. 432

Schließlich entsprach die Teilmobilmachung und Truppen-Konzentrierung in Verbindung mit Polens Vormarschstrategie ohne Grenzbefestigungen genau diesem Sachverhalt. Es ging Polen nicht nur um den unbeeinträchtigten Besitz des Korridors, sondern ganz ungeniert um den Erwerb von Danzig und weiteren Teilen Deutschlands, wofür es keinerlei völkisch begründete Ansprüche geben konnte!

---

22) Edward Raczynski, "In Allied London -- The Wartime Diaries of the Polish Ambassador", London 1962.
23) Foreign Relations of the United States 1939, Bd. I, S. 101.

Nicht nur US-Historiker David Hoggan verwies auf polnische Kriegs-Initiativen 1939

In aller Kürze:

Oscar Reile, ein hervorragender Kenner der Danziger Verhältnisse,[24] als Zeuge für die Vorgeschichte bis 1939:

Vom 10.1.1920 -- Konstituierung der "Freien Stadt" -- bis 1931 war der Völkerbund mit mehr als 50 Streitfällen um Danzig befaßt worden. Hauptsächlich handelte es sich dabei um polnische Eingriffe in Danzigs -- speziell wirtschaftliche -- Rechte und Zollkontrollen-Willkür. Sozusagen auf jeder Tagesordnung des Völkerbundsrates standen Enteignungs- und Schädigungsmaßnahmen Polens gegenüber den Volksdeutschen in seinem Herrschaftsbereich.[24) S. 20 + 106 + 107]

Im August 1920 hat sich Polen mit Zustimmung der Alliierten noch 5 Dörfer am rechten Weichselufer mit dem Hafen Kurzebrack einverleibt. Ein Warschauer Abkommen vom 24.10.1921 zwischen Polen und den Völkerbundsmächten verkomplizierte die "völkerrechtliche" Konstruktion Danzigs noch dadurch, daß es Polen die außenpolitische Vertretung Danzigs, das Eisenbahnwesen in Danzig und Sonderrechte im Hafen zusprach. [24) S. 27 - 28]

Obgleich 353.000 Deutsche (= 96,7%) und 12.000 Polen (3,3%) im "Freistaat" Danzig lebten, erklärte der polnische Minister **Plucinski** laut ***Gazeta Warszawska*** vom 29.6.1922:

"Der Völkerbund hat die Selbständigkeit Danzigs gewährleistet. Polen aber erkennt diese Selbständigkeit im Grunde nicht an und möchte Danzig je eher desto lieber Polen einverleiben." [24) S. 29]

Er bestätigte hiermit nur, was der damalige Völkerbundshochkommissar für Danzig bereits im Januar 1921 festgestellt hatte:

"Polen geht darauf aus, den völkischen Charakter Danzigs zu vernichten und es taktisch der polnischen Republik einzuverleiben." [24) S. 29]

Trotz dieser in Genf bekannten Sachlage billigte der Völkerbundsrat im März 1924 den Polen zu, auf der Danzig vorgelagerten Westerplatte ein Munitionslager, am 9.12.1925 sogar eine kleine Garnison mit 2 Offizieren, 20 Unteroffizieren und 66 Mann errichten zu dürfen.[24) S. 104] -- Im Dunkel einer Januarnacht 1925 wurden überraschend polnische Briefkästen in Danzig angebracht und ein polnischer Postdienst mit uniformierten Postbeamten eingeführt, gleichzeitig der Ausbau des Gdingener Hafens betrieben und damit vertragswidrig der Danziger Wirtschaft mehr und mehr die Lebensgrundlage entzogen.[24) S. 60 - 62]

Polens Außenminister **Zaleski** gab dem Danziger Senatspräsidenten im September 1930 zu verstehen:

"Nur ein polnisches Armeekorps kann die Danziger Frage lösen." [24) S. 21]

Im Sommer 1931 rechnete die Reichsregierung in der Tat mit einem polnischen Angriff auf Danzig.[24) S. 21 - 23]

Im September 1934 erklärte Außenminister **Beck**, Polen halte sich nicht mehr an die Minderheiten-Kontrollen des Völkerbundes gebunden. Der Völkerbund tolerierte auch dies.[24) S. 108]

Am 18.7.1935 ordnete Außenminister **Beck** die Blockade Danzigs an, indem er den gesamten Im- und Export Polens über den Hafen Gdingen abzuwickeln befahl, was eindeutig den Vertragsbestimmungen unter der Schutzherrschaft des Völkerbundes widersprach. Daraufhin öffnete Danzig in Verletzung der polnischen Zollkontrollen die Grenze nach Ostpreußen. Polen reagierte mit militärischer Uniformierung seiner Zollmannschaft und erwog die Besetzung Danzigs. Erst **Hitler** gelang es, Danzig zur Nachgiebigkeit zu veranlassen und am 8.8.1935 ein neues Abkommen mit Polen abzuschließen.[24) S. 191]

Im Frühjahr 1936 erhöhte Polen die Zölle für Danziger Exporte und verstärkte die Schikanen an den Grenzübergängen sowie gegenüber der volksdeutschen Bevölkerung allgemein.[24) S. 216]

Ein Artikel des ***Daily Telegraph***, London, vom 10.5.1937, demzufolge **Dr. Goebbels** verkündet habe -- was jedoch gar nicht stimmte --, die Reichsregierung plane, Danzig demnächst in das Reich einzugliedern, löste in Polen Demonstrationen mit Sprechchören aus:

"Wir wollen nach Danzig marschieren" und *"Schlagt die Hitleristen tot!"* [24) S. 217]

Kein Staatsanwalt intervenierte wegen "Volksverhetzung".

1939:

Zu Beginn des Jahres 1939 gab Polen eine Briefmarkenserie mit Danzig als polnischer Stadt heraus sowie eine andere, die an die polnischen Siege über den deutschen Ritterorden erinnerte.[14) S. 226 + 350]

Zahllose, in kriegshetzerischer Tonart kaum zu überbietende Reden maßgebender polnischer Sprecher und provozierende Presseartikel kennzeichneten das öffentliche Leben in Polen ab Februar 1939.[14) S. 434]

In den außenpolitischen Vorstellungen der polnischen Öffentlichkeitsgestalter und Politiker sollte sich Großpolen von der Oder-Neiße-Linie einschließlich Danzig und Ostpreußen bis nach Kiew im Osten ausdehnen.[14) S. 362 + 363] Annexionistische Landkarten hingen als Plakate in polnischen Städten mit weiß-roten Fahnen auf deutschen Städten bis nach Stettin hin.[14) S. 518 + 25) S. 165]

In London war bekannt, daß Polen sogar die ehemaligen deutschen Kolonien zu übernehmen hoffte.[14) S. 368]

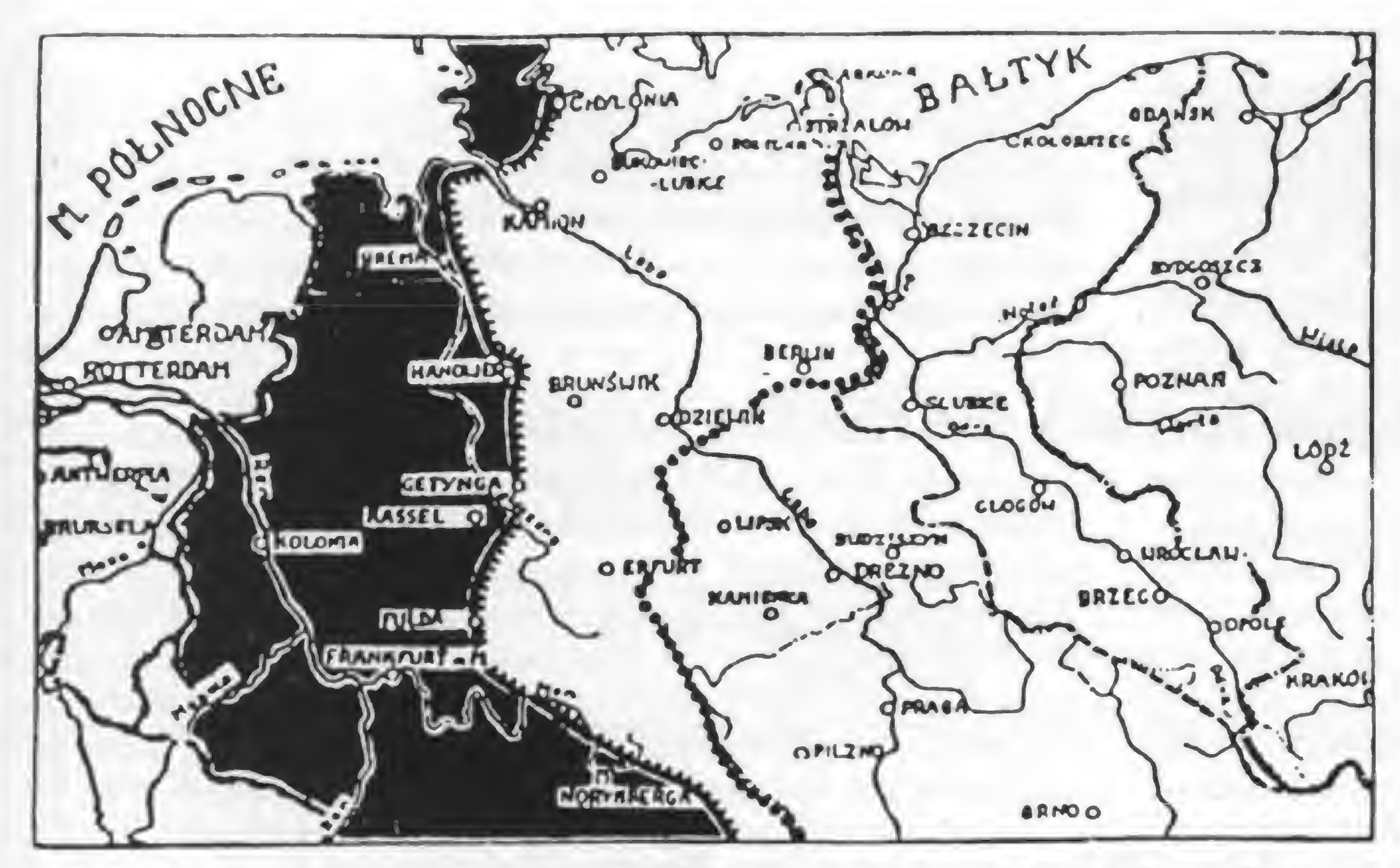
*"Nach dem Tode **Józef Pilsudskis** (1935) erreichte der Glaube an eine polnische Großmacht ungeahnte Ausmaße. Man erträumte eine Entwicklung, die etwa der Großbritanniens im 19. Jahrhundert entsprechen sollte. Polen sollte Kolonien besitzen und die Weltmeere beherrschen."* [21) S. 18]

Im Juli 1939 verstärkte **Beck** derlei Sprüche in Diplomatenkreisen.[14) S. 542]

In dem Bemühen, während des Jahres 1939 ständig die Kontrollrechte in der "Freien Stadt" auszuweiten,[14) S. 439] ver-

24) Oscar Reile, "Der deutsche Geheimdienst im Zweiten Weltkrieg -- Ostfront", München - Augsburg 1989. -- Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 71, S. 6, 8 - 9.

25) Helmuth Fechner, "Deutschland und Polen", Würzburg 1964.



Bereits Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg haben polnische Organisationen unter Duldung der Regierung in Warschau diese Karte mit annexionslüsternem Text verbreitet, so auch in der *Dziennik Poznanski* am 26. Juni 1939. Die Karte demonstriert Polens angeblich "berechtigte Ansprüche" auf deutsches Territorium bis zur Linie Kiel - Elbmündung - Hannover - Göttingen - Fulda - Nürnberg.

kündete Außenminister **Beck** am 5. Mai 1939:

"Die polnische Vorherrschaft in Danzig ist die Erfüllung einer alten polnischen Tradition." [14) S. 508]

Nach Eintreffen des polnischen Kriegsministers General **Kasprzycki** am 14. Mai 1939 in Paris teilte dieser dem Botschafter **Lukasiewicz** seinen Auftrag mit:

"Frankreichs Einverständnis zu erreichen mit einer Offensive größeren Ausmaßes gegen Deutschland und zwar mit oder ohne Italiens Teilnahme als Kriegsverbündeter Deutschlands." [14) S. 523]

Am 11.6.39 verstärkte Polen seine Zollmannschaft in Danzig auf Kosten der Danziger Bevölkerung und schloß die Polnisch-Danziger Grenze für Deutsche.[14) S. 547]

Polnische Politiker putschten britische und US-Diplomaten mit falschen Nachrichten, vor allem über angebliche Sabotageakte der deutschen Volksgruppe auf.[14) S. 431 +12) Bd. VII Dok. 461]

Am 29.7.39 protestierte der Danziger Senat wegen Tätlichkeiten polnischer Zollinspektoren auf Danziger Gebiet. -- Am 1.8.1939 unterband Polen unberechtigt die bisher zollfreie Ausfuhr von Heringen und Margarine aus Danzig und schädigte damit 10 % des Danziger Handels.[14) S. 547]

Am 4.8.39 forderte Minister **Chodacki** den Danziger Senat ultimativ auf, bis zum 5.8. um 18 Uhr fest zuzusagen, sich nie mehr in die Tätigkeit polnischer Zollbeamter einzumischen, andernfalls der Import aller Lebensmittel nach Danzig unterbunden würde. Im übrigen würden polnische Zollbeamte künftig Waffen tragen und auch auf Danziger Territorium tätig sein.[24) S. 278] Dies war gleichbedeutend mit einer angekündigten militärischen Besetzung Danzigs.[14) S. 547]

Heute weiß man, daß Polen Truppen in Danzig hätte einrücken lassen, wäre das Ultimatum nicht angenommen worden. Dies bekundete Außenminister **Beck** dem britischen Botschafter in Warschau, **Kennard**, am Abend des 4.8..[24) S. 279]

Hitler hat den Danziger Senat dringend ermahnt, das Ultimatum anzunehmen.

Am 7.8.1939 informierte der Krakauer ***Ilustrowany Kurjer*** über den Wetteifer polnischer Einheiten, die fortgesetzt in deutsches Gebiet eindrangen, um dort Anlagen der Wehrmacht zu zerstören und ihre Ausrüstung nach Polen zu schaffen.[14) S. 556] So berichtete er auch von der Rede Marschall **Rydz-Smigly**'s tags zuvor in Krakau:

"Polen sei bereit, wegen des Streites um Danzig alle Konsequenzen zu tragen."

-- mit dem Echo der Menge:

"Wir wollen Danzig haben." [24) S. 279]

Anstatt zu würdigen, daß **Hitler** den Danziger Senat bewogen hatte, das polnische Ultimatum zu akzeptieren, nahm **Beck** die Note der Reichsregierung, in der schärfster Protest gegen polnische Ultimaten an Danzig eingelegt worden war, die geeignet seien, die Bevölkerung von Danzig auszuhungern, zum Anlaß, der Reichsregierung zu bedeuten, daß

"jede weitere Intervention gegen polnische Interessen in Danzig als Aggressionsakt betrachtet würde".[14) S. 548 - 549]

Beck versicherte dem US-Botschafter **Biddle** am 25. August 1939 kurz vor Mitternacht, der Krieg zwischen Deutschland und Polen sei unvermeidlich.

"Polen habe nunmehr eine angemessene Rechtsgrundlage für eine Kriegserklärung an Deutschland, falls die Deutschen es unterließen, in den nächsten Tagen die Initiative gegen Polen zu ergreifen." [14) S. 679]

Biddle prophezeite **Roosevelt**, Polen würde Deutschland eine Reihe von Ultimaten stellen, wenn **Hitler** sich in dem Danziger Streit beuge.[14) S. 679]

Beck beanstandete nicht die angesichts der zugespitzten Lage von **Hitler** am 29.8.1939 erwogene Frist zum 30. oder 31.8.1939 zur Entsendung eines polnischen Verhandlungsbevollmächtigten. Weder wußte **Beck**, daß die britische Regierung **Hitler** das Vorliegen der in Wirklichkeit gar nicht existierenden polnischen Verhandlungsbereitschaft mitgeteilt hatte, noch kannte er den Inhalt eines deutschen Verhandlungsvorschlages. Ihm reichte schon *"die Sprache **Hitlers** im Gespräch mit **Henderson** vom 25.8."* [13) S. 387.] sowie die Nachricht von einem britischen Vermittlungsversuch, um am 27.8. die polnische Generalmobilmachung zu beschließen.

Die von London geduldete Entrechtung und Vertreibung der Volksdeutschen seit Jahresbeginn 1939[26)] war für Polens Regierung der Beleg dafür, daß sich mit Hilfe der britischen Garantie ihre Territorialansprüche gegenüber Deutschland nunmehr verwirklichen ließen, zumal sie auch Informationen Glauben schenkten, denenzufolge im Ernstfall "das Nazi-Regime" unverzüglich zusammenbrechen würde.

Der polnische Botschafter in den USA, **Jerzy Potocki**, erklärte resignierend im August 1939 auf dem Rückweg nach Washington:

"Polen zieht Danzig dem Frieden vor." [14) S. 556]

Die meisten Fakten dieser Art finden sich zwar nicht in der ADAP-Publikation -- so z.B. auch nicht die 44 grenzüberschreitenden Kommandounternehmen polnischer Kavallerie vor Kriegsbeginn, die Beschießung im Landeanflug auf Dan-

---

26) vergl. S. 20 + Theodor Bierschenk, "Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934 - 1939", Beihefte zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr., Bd. X, Würzburg 1954 + "Der Tod sprach polnisch -- Dokumente polnischer Grausamkeiten an Deutschen 1919 - 1949", 24035 Kiel 1999 Arndt Verlag, Postfach 3603.

zig befindlicher deutscher Verkehrsmaschinen ab 23. August 1939 oder die vertragswidrige Bewaffnung polnischer Zivildienststellen in Danzig --, dennoch würden es die zentralen ADAP-Dokumente in den Bänden VI und VII, Deutschland, Polen und Großbritannien betreffend verdienen, hier wiedergegeben zu werden, da sie beweisen, daß selbst die auf Umerziehung -- sprich: Desorientierung -- der Weltbevölkerung, bedacht gewesenen "psychologischen Krieger" bei der Bearbeitung der deutschen Dokumente die Vielzahl der Kriegs-Initiativen Polens und Englands nicht leugnen konnten.

Bestätigungen in den deutschen Akten

-- ADAP, Bd. VI Dok. Nr. 115 --

Der Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt [27]
P 1 8a/3

WARSCHAU, den 28. März 1939
Eingegangen: 29. März
Pol. V 2781

POLITISCHER BERICHT

Inhalt: Kriegerische Stimmung in Polen.

"Die erregte Stimmung, die in Polen durch die Lösung der tschechischen Frage hervorgerufen worden war, hat nach der Rückgliederung des Memel-Gebiets noch erheblich zugenommen. Die polnischen politischen und militärischen Kreise sind offenbar der Ansicht, daß nunmehr die Danziger Frage jeden Augenblick brennend werden könne und daß die Gefahr eines deutschen Handstreichs gegen Danzig in der Luft schwebe. In der Bevölkerung sind die wildesten Gerüchte verbreitet, so z. B. daß in Oderberg Kämpfe zwischen deutschen und polnischen Truppen stattgefunden hätten, daß Minister **Beck** verhaftet worden sei und ähnliche phantastische Nachrichten. Von ernsterer Bedeutung ist das Entstehen einer Kriegsstimmung, die durch die Presse, durch anti-deutsche öffentliche Kundgebungen -- besonders in der Provinz --, die bereits vielfach zu Zwischenfällen geführt haben, und zum Teil auch durch eine säbelrasselnde offiziöse Propaganda gefördert wird. In weiten Kreisen glaubt man heute, daß der Krieg unvermeidlich geworden sei, und unmittelbar bevorstehe.

Die praktischen Maßnahmen der Regierung tragen dazu bei, die vorhandene Kriegspsychose zu steigern. Im Laufe der letzten Woche haben Einberufungen von Reservisten der drei Jahrgänge 1912, 1913 und 1914 stattgefunden, zum Teil für Spezialformationen auch Einberufungen aus anderen Jahrgängen; außerdem sind Requisitionen von Pferden und Lastkraftwagen erfolgt. Ferner hat die Regierung die gegenwärtige Situation als Anlaß benutzt, um eine innere Staatsanleihe zwecks Ausbaus der Luftwaffe und der Luftabwehr-Artillerie auszuschreiben.

Für die Art der offiziellen Wehrpropaganda ist besonders ein -- vielfach nachgedruckter -- Artikel des Militärblattes ***Polska Zbrojna*** *"Wir sind bereit"* charakteristisch. Darin wird u. a. ausgeführt, daß die Polen, zum Unterschiede von den Tschechen, kein Gefühl der Unterlegenheit gegenüber den mächtigen Völkern dieser Erde empfänden. Die Zahl der fremden Divisionen schrecke Polen nicht, denn seine eigene Armee, deren Ausrüstung und der kriegerische Geist des polnischen Volkes reichten dazu aus, um Polen den Sieg zu sichern. Zahlreiche andere Veröffentlichungen, die seither täglich in der Presse erscheinen, sind im gleichen Geist und in der gleichen Tonart gehalten.

In dieser Selbstsicherheit und Überschätzung der eigenen militärischen Stärke, wie sie in der Presse zum Ausdruck kommt, liegt im Hinblick auf den polnischen Nationalcharakter eine gewisse Gefahr. Daß es sich hierbei nicht nur um Pressepropaganda handelt, zeigt eine verbürgte Äußerung, die der Vizekriegsminister **Gluchowski** in einer seriösen Unterhaltung getan hat, wobei er ausführte, die deutsche Wehrmacht sei ein großer Bluff, denn Deutschland fehlten die ausgebildeten Reserven, um seine Einheiten aufzufüllen. Auf die Frage, ob er glaube, daß Polen im Ernst Deutschland militärisch überlegen sei, antwortete **Gluchowski**: *"Aber selbstverständlich."*

Kennzeichnend für die Stimmung in politischen Kreisen war auch eine in der letzten Vollsitzung des Senats veranstaltete antideutsche Demonstration. Die erste Lesung des polnisch-litauischen Handelsvertrags, der der litauische Gesandte **Szaulys** in der Diplomatenloge beiwohnte, gab dem Senator **Katelbach** Veranlassung, Litauen im Namen des Senats zu versichern, daß Polen die schweren Erlebnisse, die Litauen soeben habe durchmachen müssen, aufs stärkste mitempfunden habe. An dem "langdauernden stürmischen" Beifall, den diese Erklärung hervorrief, beteiligten sich auch die beiden zu der Sitzung erschienenen Minister und Vizeaußenminister **Graf Szembek**.

MOLTKE"

-- ADAP, Bd. VI Dok. Nr. 118 --

52/34605-06
Citissime!
Nr.54 vom 29. 3.
Für Reichsminister.
118.

Der Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

WARSCHAU, den 29. März 1939 15 Uhr 43
Ankunft: 29. März 18 Uhr 35

Außenminister **Beck** bat mich gestern abend zu sich, um mir folgendes mitzuteilen: Der Herr Reichsaußenminister habe in der Unterredung vom 26. März dem Botschafter **Lipski** erklärt, daß ein polnischer Gewaltakt gegen Danzig den casus belli bedeuten würde. Diese Mitteilung zwinge ihn, seinerseits die Erklärung abzugeben, daß, falls deutscherseits ein Versuch unternommen werden sollte, das Statut der Freien Stadt einseitig abzuändern, Polen hierin den casus belli sehen würde. Das gleiche gelte

27) Das Dok.Nr. 115 -- Bd. VI -- trägt den Stempel: "Hat dem Führer vorgelegen."

auch, wenn etwa der Danziger Senat einen solchen Vertragsbruch (Entzifferungsfehler: "Versuch"?) unternehmen würde. Herr **Beck** fügte hinzu, daß die Polnische Regierung die durch die deutsche Erklärung eingetretene Verschärfung bedauere und daß sie, weit entfernt von irgendwelchen Angriffsabsichten auf Danzig, nach wie vor die Hoffnung habe, das Danziger Problem durch freundschaftliche Verhandlungen einer beide Staaten befriedigenden Regelung zuzuführen. Er bäte mich, diese Mitteilung dem Herrn Reichsaußenminister zu übermitteln.

Ich erwiderte **Beck,** daß die Verschärfung nicht durch uns, sondern lediglich durch die polnischen Mobilmachungsmaßnahmen hervorgerufen worden sei, die jeder Berechtigung entbehrten und überdies einen in seiner Auswirkung höchst bedenklichen Schritt darstellten. Schon jetzt sei infolge der hierdurch eingetretenen Kriegsstimmung, die durch Presse und Propaganda in unverantwortlicher Weise gesteigert würde, eine Lage entstanden, die ernste Gefahren in sich schließe. Die schweren Zwischenfälle in Pommerellen seien ein deutlicher Beweis dafür. Ich verwies insbesondere auf die unerhörten Ausschreitungen in Liniewo[28] und behielt mir vor, nach Eingang genauerer Informationen noch auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Beck versuchte die Mobilmachungsmaßnahmen damit zu rechtfertigen, daß die gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt hinsichtlich Danzigs erhobene Forderung nach den Vorgängen in der Tschechoslowakei und in Memel polnischerseits als Alarmsignal hätte aufgefaßt werden müssen. Die Sorge, daß durch die getroffenen Maßnahmen Schwierigkeiten entstehen könnten, sei unbegründet. Von den Vorfällen in Liniewo wisse er noch nichts. Der Vorfall von Bromberg, bei dem die Polizei übrigens energisch durchgegriffen habe, sei zum Gegenstand einer Ministerbesprechung gemacht worden. Der Ministerpräsident habe darauf strengste Weisung an alle Verwaltungsbehörden gehen lassen, alles zu vermeiden, was zu Zwischenfällen Anlaß geben könnte, insbesondere Versammlungen und Umzüge zu verbieten.

Beck hinzufügte, daß er sich auch weiterhin dafür einsetzen werde, eine friedliche Lösung herbeizuführen, er wolle mir aber nicht verhehlen, daß er immer mehr den Eindruck gewinne, als ständen wir am Wendepunkt der deutsch-polnischen Beziehungen. Die Entscheidung liege jetzt bei Berlin, noch könne alles wieder in Ordnung gebracht werden. -- Ich erinnerte demgegenüber an die Besprechung von Berchtesgaden, in der der Führer die Aufrechterhaltung der Verständigungspolitik in den Vordergrund gestellt hätte und legte dar, daß die jetzigen Vorschläge gerade das Ziel verfolgten, die deutsch-polnischen Beziehungen auf eine gesunde und dauerhafte Grundlage zu stellen, wobei wir allerdings auch etwas Einsicht von polnischer Seite erwarten müßten.

MOLTKE"

-- ADAP, Bd. VI Dok. Nr. 367 -- Runderlaß des Auswärtigen Amtes

Sofort!

Berlin, den 11. Mai 1939
zu Pol. V 3303

Seit geraumer Zeit nehmen die Drangsalierungen des Deutschtums in Polen, besonders in den ehemals preußischen Provinzen, auf allen Lebensgebieten infolge einer verschärften Hetze, die von dem überwiegenden Teil der polnischen Presse und einer Anzahl deutschfeindlicher Organisationen systematisch betrieben wird, trotz fortgesetzter ernster Vorstellungen der Deutschen Regierung ständig zu. Aus dem Verhalten der polnischen Regierungsstellen muß gefolgert werden, daß sie weder ernstlich gewillt noch in der Lage zu sein scheinen, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Da die volksdeutschen Blätter in Polen durch rigorose Zensurmaßnahmen daran gehindert werden, über solche antideutschen Ausschreitungen erschöpfend zu berichten, sind neben den DNB-Meldungen die Berichte der deutschen konsularischen Vertretungen in Polen zur Zeit die einzigen zuverlässigen Informationsquellen für die Beurteilung der tatsächlichen Lage des dortigen Deutschtums.

Anliegend werden in Abschrift eine Anzahl solcher Berichte über deutschfeindliche Vorfälle und Maßnahmen, die in Zukunft laufend übermittelt werden, zur Kenntnis und mit der Bitte ergebenst übersandt, dieses Material in geeignet erscheinender Weise sowohl der dortigen Regierung als auch der dortigen Presse gegenüber zu verwerten.

I[m] A[uftrag] gez. WOERMANN

Zur Komprimierung der Thematik seien die nachfolgenden ADAP-Dokumente kurz angesprochen:

Dok. 471: Beschwerde des Danziger Senatspräsidenten vom 3. Juni 1939 über die Vermehrung der polnischen Zollinspekteure auf Danziger Gebiet.

Dok. 515: Antwortnote der polnischen Regierung, 12. Juni 1939: Die Zahl polnischer Zollinspekteure sei noch unzureichend und werde noch erhöht, falls die Danziger Zollbeamten vereidigt würden.

Dok. 558: Aufzeichnung des Legationsrates **von der Heyden-Rynsch** (Pol. Abt.) vom 22. Juni 1939: Erwägungen der Marine über einen demonstrativen Besuch eines *"stärkeren Kriegsschiffverbandes"* in Danzig. Ergänzenden Belegen zufolge widerspräche dies der deutschen Außenpolitik und ist auch nie durchgeführt worden. Ein normaler Deutscher hätte von einem "deutschen Flottenverband" und nicht von einem *"Kriegsschiffverband"* geschrieben.

Dok. 622: Der deutsche Botschafter in Warschau verweist erneut auf die *"aufgepeitschte Stimmung, in der sich das ganze Land heute befindet"*, derzufolge eine Verletzung der polnischen Rechte in Danzig nicht hingenommen würde. ***"Die Entschlossenheit zum Krieg ist eine ganz allgemeine".***

Dok. 749 verweist am 31. Juli auf wirtschaftliche Boykottmaßnahmen Polens gegenüber Danzig.

Dok. 780 enthält die Beschwerde des Danziger Senatspräsidenten an den polnischen Vertreter in Danzig, Minister **Chodacki,** vom 7.8.1939 über die mit einem kurzfristigen Ultimatum vom 4.8. auf Zurücknahme einer -- vom Danziger Senat gar nicht angeordnet gewesenen, ihm aber unterstellten -- Maßnahme, das verbunden war mit einer angedrohten Bewaffnung der polnischen Zollinspektoren (Bd. VI, Dok. 774).

Bd. VII, Dok. 5: Mitteilung Staatssekretärs **v. Weizsäker** an den polnischen Geschäftsträger in Berlin am 9.8. über

28) Laut Bericht des Deutschen Generalkonsuls in Thorn vom 28. März (nicht gedruckt, 2821/ 548761-63) wurde am 25. März eine Versammlung der Ortsgruppe Lienau (Liniewo) der NSDAP von einer Anzahl Polen gesprengt, die das gesamte Mobiliar des Versammlungsraums zertrümmerten und ein Bild des Führers sowie die deutsche Flagge zerrissen; in der folgenden Nacht wurden in dem Hause eines Reichsangehörigen die Fenster eingeschlagen.

die Besorgnis der Reichsregierung wegen des polnischen Ultimatums und der Handelseinschränkungen für Danzig. Auf diese Weise werde die Freie Stadt gezwungen, sich nach neuen Handelswegen umzusehen.

Dok. 10: Die polnische Antwortnote am 10. August erklärt eine erneute Einmischung Deutschlands in polnisch-danziger Angelegenheiten zum Aggressionsakt.

Dok. 42: Senator **Hasbach**, Mitglied des polnischen Senats und führender Vertreter der deutschen Volksgruppe, versuchte am 12.8. vergeblich, Beschwerden "über die gegenwärtige Unterdrückung und Verfolgung der Volksdeutschen in Form einer Denkschrift zu übergeben. Ministerialdirektor **Zyborski** vom polnischen Innenministerium verweigerte die Erörterung und Annahme mit längeren Ausführungen über polnische Informationen, daß **Hitler** längst eine Aufteilung und weitgehende Annektierung Polens plane, ohne allerdings hierfür eine Bezugsquelle zu benennen.

Dok. 82: Bericht des deutschen Botschafters in Warschau am 16. August: Von Tag zu Tag werde die Lage der Reichsdeutschen in Polen schwieriger. Sie sehen sich der Grundlagen ihrer Existenz beraubt, Haß und Deutschfeindlichkeit umgeben sie. Ausweisungen und Verhaftungen sind an der Tagesordnung. Im Falle eines Krieges dürften sie auf das schwerste gefährdet sein.

Dok. 81: Telegramm an den Führer vom 17. August 1939 aus Ost-Oberschlesien: Tausende deutscher Frauen und Männer leiden seit Tagen an brutalen Mißhandlungen durch Polen. Hunderte wurden verhaftet und verschleppt. "*Viele zur Unkenntlichkeit zerschlagen.*" Der Führer wird um schnellste Hilfe und Schutz ersucht.

-- ADAP, Bd. VII, Dok. 172 --

2842/549687-92

Der Sonderbeauftragte des Reichsaußenministers in Danzig an das Auswärtige Amt

Mit Fernschreiber

DANZIG, den 22. August 1939 12 Uhr
Eingegangen: 22. August 13 Uhr 30

Zur Weitergabe an Staatssekretär **Weizsäcker** und **Staudacher**.[29)]

Nach eingehender Besprechung mit Senator **Wiesner** übermittele ich nachfolgend eine gemeinsam ausgearbeitete Erklärung, deren Veröffentlichung in Presse und Rundfunk ich für spätestens Mittwoch früh vorschlage. Der Inhalt ist so formuliert, daß nach unserer Ansicht den Polen kein Anlaß gegeben ist, die Schikanen gegen das deutsche Volkstum weiter auf die Spitze zu treiben. Im Falle dortigen Einverständnisses bitten wir um umgehende Mitteilung.

Im Jahr 1934 kündigte der Polnische Außenminister Oberst **Beck** den dem polnischen Staate durch die Friedensverträge auferlegten und von ihm feierlichst übernommenen Minderheitenschutzvertrag.[30)] Der polnische Staat brach damit eines der fundamentalsten Rechte, das den in ihm wohnenden Volksgruppen zuerkannt wurde und das eine der Voraussetzungen für die Zuteilung dieser Volksgruppen zum polnischen Staat war.

Trotz der Aufkündigung des auch für die Deutschen geltenden Minderheitenschutzvertrages vertrat die deutsche Volksgruppe den Standpunkt, daß es bei gutem Willen sowohl ihr als auch dem polnischen Staate möglich gewesen wäre, auch ohne besondere internationale Garantieverträge ein erträgliches Verhältnis zwischen der deutschen Volksgruppe und dem polnischen Staate herzustellen und damit die Lebensrechte der deutschen Volksgruppe zu sichern. Denselben Standpunkt finden wir niedergelegt in der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung vom 5. November 1937.[31)]

Seit Anbeginn bemühte sich die deutsche Volksgruppe, ein tragbares Verhältnis zwischen ihr und dem polnischen Staat herzustellen. In unzähligen politischen Versammlungen und Denkschriften wurden die Grundsätze einer solchen Regelung dargelegt, und der polnische Staat immer wieder ersucht, der deutschen Volksgruppe endlich die ihr durch die Verfassung gewährleisteten Rechte genau zu umschreiben und festzulegen, die deutsche Volksgruppe in die Arbeit im Staate einzuschalten und das Lebensrecht der deutschen Volksgruppe in ihm zu sichern.

Staatstreue und Volkstreue waren für uns keine unvereinbaren Begriffe und bildeten durch 20 Jahre die markanten Meilensteine auf unserem politischen Wege und in unserem Kampf um dieses Lebensrecht.

Wie haben nun der polnische Staat und seine verantwortlichen Organe unsere Loyalität belohnt und wie hat er auf unsere rechtmäßigen Forderungen geantwortet?

Seit die deutsche Volksgruppe in den polnischen Staat hineingestellt wurde, ist ihr Weg gekennzeichnet durch unsägliche Leiden, durch Drangsalierungen, durch Rechtsbrüche jeglicher Art und durch Vorenthaltung der primitivsten Rechte auf dem Gebiete der Kultur, der Sprache, der Wirtschaft und des völkischen Lebens überhaupt. Mit unendlicher Geduld und Ausdauer hat die deutsche Volksgruppe all dies ertragen in der Hoffnung, daß doch einmal bessere Einsicht und Vernunft siegen würden, um den Deutschen die ihnen auf Grund ihrer Leistung gebührenden Rechte zu sichern.

Was jedoch seit Beginn dieses Jahres über die deutsche Volksgruppe in Polen ohne ihre Schuld hereingebrochen ist, bedeutet ein völkisches Unglück von unvorstellbarer Größe. Wohl noch nie ist eine solche Terrorwelle über ein Volkstum hinweggegangen wie über unsere deutsche Volksgruppe in Po-

---

29) Referent in der Nachrichten- und Presseabteilung des Auswärtigen Amts.

30) Am 28. Juni 1919 schlossen die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan mit Polen einen Minderheitenschutzvertrag, der in B.F.S.P., Band 112, S. 225 bis 243 veröffentlicht ist. In der Völkerbundsversammlung vom 13. Sept. 1934 erklärte **Beck**, daß Polen eine weitere Zusammenarbeit mit den zur Überwachung des Minderheitenschutzes vorgesehenen internationalen Instanzen ablehne; siehe League of ***Nations Official Journal***, Sonderanhänge Nr. 125 und 130 (Genf 1934).

31) Siehe Band V dieser Serie, Dokument Nr. 18.

len.

Die letzten deutschen Arbeiter und Angestellten wurden fristlos auf die Straße gesetzt. Eine Arbeitslosenunterstützung besteht für sie nicht, ebensowenig die Möglichkeit, einen neuen Arbeitsplatz zu bekommen. Die deutsche Industriebevölkerung Oberschlesiens, ebenso wie in Lodz, Tomaschow und Bialystok ist erbarmungslos dem Hunger preisgegeben. Ihr einfaches Bekenntnis zum deutschen Volkstum genügt, um Familienexistenzen zu vernichten und sie in ständige Lebensgefahr zu bringen. Dieser brutale polnische Vernichtungswille hat die innere Kraft und Gesundheit der Deutschen auf das schwerste geschädigt und erschüttert. Hunger und Entbehrung zeichnen das deutsche Gesicht im polnischen Land. Tausende von schuldlosen Kindern siechen dahin und müssen im frühesten Alter ihr Leben lassen, nur weil sie Kinder Deutscher sind.

Nur eine einzige Zahl: Aus vielen Beispielen: das Wolhyniendeutschtum hat nach amtlicher Statistik eine Kindersterblichkeit von 17 v. H.

Die mit Fleiß und Arbeitsamkeit und oft mit dem letzten Spargroschen aufgebauten deutschen Genossenschaften wurden gewaltsam aufgelöst und durch neuerliche Rechtsbrüche in polnische Genossenschaften umgewandelt. Man hat den Deutschen die Konzessionen entzogen, man hat ihren Grundbesitz enteignet, man hat dieses gestohlene Gut polnischen Siedlern zugewiesen und diesen Boden vielfach sogar brach liegen gelassen. Man hat deutsche Gewerbetreibende und Handwerker durch maßlose willkürliche Steuerpolitik ruiniert und so die letzten Reste deutschen Eigentums zerstört.

Seit Jahrzehnten wird ein systematischer Kampf gegen die deutsche Sprache und die deutsche Schule geführt. Die deutschen Minderheitenschulen wurden ausnahmslos unter nichtigsten Gründen geschlossen. Weit über sechzigtausend deutsche Kinder sind gezwungen, polnische Schulen zu besuchen. Alle opferbereiten Bemühungen der deutschen Volksgruppe, aus eigenen Mitteln ein deutsches Schulwesen neu aufzubauen, wurden vom polnischen Staat im Keime erstickt. Gleich ob in Wolhynien, Galizien oder sonstwo, überall wo deutsche Minderheiten leben, herrscht die gleiche Not.

Man hat das Deutschtum weggerissen vom Muttervolk, hat es isoliert und einen ständigen Kampf gegen deutsche Sitten und deutsches Brauchtum durchgeführt. Durch die Schaffung des Grenzzonengesetzes und die Ausdehnung desselben auf mehr als ein Drittel des polnischen Staates wurde die völlige Rechtlosmachung des Deutschtums bewerkstelligt.

Vertreibungen von Haus und Hof bildeten die Krönung dieses fürchterlichen Zerstörungskampfes.

„All dies wurde jedoch noch überboten durch die Maßnahmen des polnischen Staates gegen das Deutschtum in den letzten Wochen. Monatelange Untersuchungshaft für viele, die Verhaftung Tausender von Parteigenossen und Amtswaltern der Jungdeutschen Partei und aller übrigen Deutschtumsorganisationen setzten ein. Hunderte von Jahren schwerer Kerkerstrafen wurden verhängt, die Schließung der Landesleitung der Jungdeutschen Partei und einer Reihe ihrer Geschäftsstellen verfügt und durch eine bis zum Wahnsinn gesteigerte Konfiskationspraxis die deutsche Presse mundtot gemacht.

Nicht genug damit, man vergriff sich an Gesundheit und Leben zahlreicher Volksgenossen. Schon heute hat das Deutschtum in Polen Tausende von Geschlagenen, Verletzten und Verwundeten aufzuweisen, und so mancher mußte sein völkisches Bekenntnis mit seinem Leben besiegeln. Auch diese sind gefallen auf dem Felde der Ehre für Volk und Heimat.

Die vielen Tausende und Abertausende, die im Kampf für ihre Heimat und ihr Lebensrecht stehen, wissen, daß heute wie immer sie ihre Pflicht getan haben gegenüber ihrem Volk und auch dem polnischen Staat. Sie wollen leben, wollen arbeiten und wollen deshalb den Frieden. Sie ertragen ihr namenloses Leid im alleinigen Glauben an die deutsche Schicksalsgemeinschaft unter **Adolf Hitler**.

Als letzten Schlag hat die Polnische Regierung jegliche Organisation des Deutschtums vernichtet. Rein formell hat sie diese zwar nicht aufgelöst, wohl aber ihrer Führung beraubt und damit praktisch abgewürgt.

Daher erklären wir heute feierlich vor unserem Volk und vor aller Welt, daß wir an dem, was heute geworden ist, schuldlos sind und daß wir jede Verantwortung für das kommende Geschehen ablehnen und jenen aufbürden müssen, die dieses Chaos gewollt und herbeigeführt haben.

Rudolf Wiesner, Landesleiter der Jungdeutschen Partei und ehemaliger Senator der Republik Polen.

Dok. 182: Noch am Abend des 22.8.1939 wurde **Rudolf Wiesner** von Berlin aus dringend ersucht, *"von Abgabe fraglicher Erklärung abzusehen"* und abzuwarten.

Dok. 188: 22.8.: Führer hat von ordnungsgemäß angemeldetem Besuch des Kreuzers *Königsberg* in Danzig Abstand genommen.

Dok. 195: 23.8.: **Rudolf Wiesner** wird gebeten, schnellstens nach Berlin zur Besprechung zu kommen. *"Führer will die polnische Frage nicht auf dem Wege über die Volksgruppe lösen"*. Gauleiter **Forster** hielt **Wiesner** in Danzig zurück mit dem Argument, man könne diese Fragen auch telefonisch regeln.

Dok. 218: 23. August: Dem Auswärtigen Amt liegen auf Grund amtlich überprüfter Berichte von Opfern seit März 1939 über 1.500 Fälle von Ausschreitungen gegen Reichs- und Volksdeutsche in Polen vor.

In einem Runderlaß des Auswärtigen Amtes wird die publizistische Verwertung in geeigneter Form freigegeben.

ADAP, Bd. Dok. 451: Berlin, den 30. August 1939

Die Deutsche Botschaft Warschau (Botschaftsrat v. Wühlisch) teilt soeben (17.30 Uhr) telefonisch mit, daß seit einer Stunde in Polen durch Anschlag die allgemeine Mobilmachung befohlen worden sei. Erster Mobilmachungstag sei der 31. August; zu melden hätten sich alle, die eine weiße Einberufungskarte besäßen. ... gez. **Schliep**

"Nie wieder München"

Dieser Buchtitel von **Friedrich Lenz** setzt sich fort mit dem Untertitel: "Dokumentarische Chronik der politischen Geschehnisse in den Monaten März und September 1939, die den Kriegsausbruch herbeiführten" (2 Bände, Heidelberg 1965, 597 + 340 Seiten.)

"Nie wieder München" -- Dies war die Parole der britischen Kriegstreiber, aber auch US-Präsident **Roosevelts**, die die friedliche Regelung der Sudetenkrise als ein *"großes Unglück für Europa"*, als *"Vergewaltigung der friedliebenden Demokratien"*, als *"Störung des europäischen Gleichgewichtes"* ausgaben und eine Wiederholung ähnlicher Lösungen auf friedliche Weise, soweit Deutschland davon betroffen war, zukünftig zu unterbinden beschlossen hatten.

Einer ihrer Hauptakteure, der mit maßgebenden Regierungsfunktionen in London befaßt war, und der sich seinerseits der vielen Helfershelfer in der Weltpublizistik, der politischen Parteien, der US-Regierung, in den Reihen der "großen Diplomatie" bediente, war **Lord Halifax,** der britische Außenminister. Er hat nicht nur unmittelbar nach München -- bereits auf der Autofahrt **N. Chamberlains** vom Londoner Flugplatz zur Downingstreet nach Rückkehr von der Münchener Konferenz -- den britischen Umschwung *"zur Kompromißlosigkeit mit **Hitler**"* begründet, er hat nicht nur -- trotz Warnung seines Warschauer Botschafters -- die Garantie an Polen (31. 3. 1939) *"vorbehaltlos, unter Ausklammerung der Frage des Aggressors"*, gegeben, er hat nicht nur die Opferung der osteuropäischen Völker zugunsten des sowjetischen Koalitionspartners vorbereitet und durchgesetzt, sondern er hat auch die Völker der Welt -- einschließlich seines eigenen britischen Volkes -- belogen und betrogen, um den Krieg 1939 zum Ausbruch zu bringen.

Friedrich Lenz hat in seiner dokumentarischen Chronik der politischen Ereignisse in den Monaten März, August und September 1939 den Völkerbetrug von **Lord Halifax** nachgewiesen. Bereits bekannt war, daß **Lord Halifax** am 25. 8.1939 seinen neuerlich großen Schwindel damit einleitete, **Hitler** die britische Vermittlung in den deutsch-polnischen Gegensätzen und dem von Polen im März 1939 abgebrochenen Dialog am 28. August unter Hinweis auf in London vorliegende polnische Verhandlungsbereitschaft vorzutäuschen, obgleich diese gar nicht vorlag und er weder vermitteln wollte noch vermittelt hat.

Friedrich Lenz ist es zu danken, entdeckt zu haben, daß **Halifax** sowohl ein Dokument gefälscht bzw. mit Falschdarstellungen selbst fabriziert und in die Aktenbestände der Documents on British Foreign Policy eingeschmuggelt hat, als auch zusätzlich in betrügerischer Weise vorgegangen ist, um den Krieg 1939 kausal notwendig in Gang zu setzen.

Das wichtigste britische Memorandum vor Kriegsausbruch -- die behauptete polnische Verhandlungszusage -- ist eine Fälschung!

Dieses "Doc. 420", das genau wie alle anderen Dokumente in den "Documents on British Foreign Policy 1919 - 1939" Series III Vol. VII, London 1954 aufgenommen ist, kann nicht echt sein!

Nachweise:[32]

1.)

Das unmittelbar nach Kriegsbeginn 1939 veröffentlichte Britische Blaubuch (BBB) enthält keinen Anhaltspunkt für diese polnische Verhandlungszusage, obwohl Premierminister **Chamberlain** am 1. September 1939 vor dem Unterhaus behauptet hatte, das Britische Blaubuch enthalte alle wichtigen Dokumente.

2.)

Auf den Hinweis des Deutschen Auswärtigen Amtes vom 27. November, daß im BBB dieses wichtige Dokument fehlt, und als die deutsche Presse dies groß herausstellte, befaßte sich die ***Times*** in der Zeit vom 28. 11. 1939 bis 8. 12. 1939 mit dieser Frage. ***Times*** konnte sich jedoch lediglich auf das Telegramm Nr. 72 des BBB stützen, in dem Botschafter **Kennard** am 27. 8. vage Andeutungen über polnische Verhandlungsbereitschaft in Sekundärfragen machte. Unglaubwürdig blieb auch dies, weil nicht verständlich werden konnte, weshalb dann -- wenn die polnische Verhandlungszusage schon angeblich am 27. 8. vorlag, die britische Regierung einen Tag später (28. 8. -- 14 Uhr) Warschau um ein Direktgespräch mit Berlin ersuchte (BBB Nr. 73), und das BBB keine Antwort **Becks** darauf enthält.

3.)

Das von der polnischen Exilregierung Anfang 1940 in England zusammengestellte "Weißbuch der Polnischen Regierung" (WPR) enthält unter der Nr. 96 eine Mitteilung des polnischen Außenministers **Beck** an seine Botschafter in London und Paris vom 28.8.1939:

"Der britische Botschafter hat mich über die Antwort, die Herrn Hitler erteilt werden soll, zu Rat gezogen. Ich habe zugestimmt, daß die Reichsregierung benachrichtigt werde, Polen sei zu Verhandlungen bereit. Gleichzeitig habe ich nähere Angaben darüber gewünscht, was die Britische Regierung unter dem Ausdruck »internationale Garantie« verstehe. Ich ersuche Sie, die ganze Frage dieser Beratung streng vertraulich zu behandeln."

Auch dieses "Dokument" ist nachträglich fabriziert worden:

a) Die Behauptung, London habe die Note an **Hitler** vom 28.8. "in Beratung mit dem polnischen Partner" fertiggestellt, ist unwahr! **Beck** konnte am 28.8. diesen Wortlaut niemals für die britische Regierung gewählt haben, denn eine "Beratung" entsprach nicht den Tatsachen. Diese falsche Grundlage wird gleich zweimal in ein und derselben "Note" erwähnt, das macht

32) Es ist das Verdienst von **Friedrich Lenz**, die nachfolgende Analyse erstmals vorgenommen und die Historiker auf diesen Sachverhalt hingewiesen zu haben.

die Fälschung noch deutlicher.

b) Die Formulierung des Textes ist so raffiniert gefaßt, daß zwar gesagt wird, Polen habe zugestimmt, der Reichsregierung die polnische Verhandlungsbereitschaft mitzuteilen, -- aber nicht, daß Polen wirklich verhandlungswillig ist. Sie sagt also nicht das aus, was man ihr britischerseits unterstellt.

4.)

Am 27.8. um 22.46 Uhr empfing **Halifax** die Nachricht aus Warschau:

"*Mr.* ***Beck*** *hat mich (**Kennard**) soeben darüber informiert, daß die Polnische Regierung angesichts der Sprache **Hitlers** hinsichtlich Polen in der Unterhaltung mit **Sir Henderson** (25. 8.) die volle Mobilmachung beschlossen hat, die sofort zu beginnen hat.*" (Doc. 391)

Erst einen Tag später, am 28.8. um 19 Uhr, -- drei Stunden nach der angeblichen polnischen Verhandlungszusage (Doc. 420) -- 16 Uhr -- und erst nach Eintreffen einer zweiten Mobilmachungsnachricht aus Warschau (Doc. 424) frug er zurück:

"*er sei in Verlegenheit zu ermitteln, was genau in den Ausführungen Hitlers die polnische Regierung bewogen habe, letzte Nacht diese Maßnahmen der Mobilmachung zu ergreifen*". (Doc. 436)

Halifax ließ **n i c h t** anfragen, wie die polnische Regierung diese Maßnahmen mit der (angeblich) inzwischen übersandten Verhandlungszusage vereinbare. Dabei hätte sich eine solche Nachfrage geradezu aufgedrängt, wenn Polen wirklich Verhandlungsbereitschaft zugesagt hätte.

5.)

Die vielfältigen Beweise in den Documents on British Foreign Policy (DBFP) für das intensive Bemühen des britischen Außenministers um die Gunst der "Weltmeinung" hinsichtlich des polnischen Verhaltens machen die schließlich angewandte Radikalkur -- bewußte Falschmeldung -- eines Mannes verständlich, der seit Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes "*alle Versuche, die Dinge wieder in Ordnung zu bringen*", als "*außerhalb jeder Diskussion stehend*" bezeichnete.[22) S. 24]

6.)

Halifax arrangierte die Fakten entsprechend seiner Zielsetzung: Botschafter **Henderson** ist am 25.8. mit der Bestätigung von **Hitlers** Verhandlungsbereitschaft nach London geflogen. Dort wurde er drei Tage zurückgehalten und kehrte erst am 28. 8. gegen 17 Uhr nach Berlin zurück.

a) Polen wird erst dann um Verhandlungszusage ersucht (28.8. 14 Uhr (Doc. 411), als es mit Sicherheit vor dem Rückflug **Hendersons** nach Berlin nicht mehr antworten konnte. Innerhalb von 2 Stunden konnte **Kennard** nicht informiert sein, eine Audienz mit **Beck** gehabt und seine Antwort bereits wieder London zugeleitet haben.

Die (angebliche) Antwort aber ist bereits in 2 Stunden -- um 16 Uhr (Doc. 420) -- wieder im Foreign Office. **Kennards** Auftrag lautete ausdrücklich (Doc. 411): "***Beck** aufzusuchen*", was auch den diplomatischen Gepflogenheiten entsprach, aber niemals eine so schnelle Antwort ermöglichen konnte.

Die eigentliche Antwort **Becks** auf diese britische Demarche ist dann auch erst am 31.8. erfolgt (Doc. 609). Diese Verzögerung wiederum bliebe unerklärlich, wenn **Beck** unmittelbar -- bereits am 28. 8. --, wie es das Polnische Weißbuch Nr. 96 und DBFP Doc. 420 ausweisen, geantwortet hätte.

b) Der deutschen Regierung sollte der Eindruck erweckt werden, daß die polnische Verhandlungszusage vorbehaltlos vorliege. Dazu bedurfte es eines Botschafters, der selber daran glaubte. Und **Henderson** war kritisch, hatte er doch noch am 24.8. eindringlich die sofortige Entsendung eines polnischen Verhandlungsbevollmächtigten gefordert (Doc. 241).

Dieser Botschafter wurde nun am 28. August in der Überzeugung nach Berlin geschickt, daß die britische Regierung in Warschau sondiert habe und jede Minute die polnische Verhandlungszusage erwarte. Aus diesem Grund gab **Halifax** ihm die britische Note an **Hitler** nicht mit auf den Weg, sondern telegraphierte sie ihm eine Stunde später nach. In Berlin angekommen, konnte er die Behauptung seines Außenministers, die polnische Verhandlungszusage sei inzwischen eingetroffen, weder anzweifeln noch nachprüfen.

c) Die Disposition innerhalb der vier Tage (25. - 28. 8.) war absolut ungewöhnlich und ist auch nie begründet worden.

7.)

Kennard berichtet im Doc. 456 (Telegramm ab Warschau 3.44 Uhr -- an in London 6 Uhr früh, 29.8.), er habe **Beck** aufgesucht. Er behauptet nicht, ihn z w e i m a l am selben Tag aufgesucht zu haben. Somit hätte die britische Regierung erst am frühen Morgen des 29.8. im Besitz der polnischen Antwort auf die Demarche vom 28. 8. um 14 Uhr sein können. Auch hieraus ergibt sich, daß das Doc. 420 (angebliche telefonische Antwort **Kennards** am 28.8. -- 16 Uhr) in die Akten hineingeschmuggelt worden ist.

8.)

Das Gespräch **Beck-Kennard** am Abend des 28.8. ergab keinerlei Bestätigung der polnischen Verhandlungszusage, ja noch nicht einmal eine Bemerkung darüber, daß man nunmehr **Hitlers** diplomatische Reaktion erwarte. Sondern **Beck** setzte **Kennard** im Gegenteil davon in Kenntnis, daß heute Nacht in Danzig ein fait accompli zu erwarten sei, "*wenn nicht eine zufriedenstellende Antwort vom Danziger Senat eintrifft*". **Kennard** sah sich veranlaßt, **Beck** daraufhin zu warnen (Doc. 456).

Zu berücksichtigen ist außerdem das Telegramm **Kennards** nach London am 28.8. um 17.15 Uhr (Doc. 424), in dem er die britische Regierung von weiteren polnischen Mobilmachungsmaßnahmen unterrichtet -- ohne jeden Hinweis darauf einzuflechten, in welcher Weise **Beck** diese Maßnahmen angesichts des plötzlich durchgesetzten (angeblichen) Verhandlungswillens nunmehr aufzuschieben gedenke.

9.)

Am 28.8. um 14 Uhr (Doc. 411) hatte **Halifax Kennard** in Warschau aufgefordert, sein Verhandlungsergebnis mit **Beck** nicht nur nach London zu leiten, sondern gleichfalls nach Berlin, Paris und Rom. In der zwei Stunden später (angeblich) durchgegebenen Antwort "bestätigt" (angeblich) **Kennard** die Durchführung dieses Auftrages. Die nachträgliche Einschmuggelung dieses Telegramms (Doc. 420) wird auch noch dadurch bewiesen, daß weder **Henderson** (Berlin), noch **Phipps** (Paris), noch **Loraine** (Rom) in Wirklichkeit davon Kenntnis erhielten. Auch keiner der polnischen Botschafter in diesen Städten hatte diese Nachricht aus Warschau erhalten. Und alles Drängen **Hendersons** auf **Lipski**, den polnischen Botschafter in Berlin, lief bis in die letzten Friedensstunden auf die Erkenntnis bzw. den Nachweis hinaus, daß

dieser durch Instruktionen aus Warschau so fest gebunden sei, daß er sich für keinerlei Noten der Reichsregierung zu interessieren habe und keine sachlichen Gespräche führen dürfe.

Damit dieses Betrugsmanöver den Völkern der Welt bei Kriegsbeginn nicht auffallen sollte, wurde dieser Schlußauftrag im BBB nicht abgedruckt (Nr. 73).

10.)

Am 28.8. um 18 Uhr telegrafierte **Lord Halifax** an **Kennard** (Doc. 430), daß er dem polnischen Botschafter in London, **Raczynski**, den Inhalt der britischen Note an Warschau von 14 Uhr mit dem Ersuchen um die polnische Verhandlungszusage mitgeteilt habe. **Halifax** erwähnt weiter:

"*Falls hierauf rechtzeitig eine günstige Antwort eingeht...*"

Diesen Passus konnte **Halifax** um 18 Uhr nur dann in dieses Telegramm einbauen, wenn die polnische Verhandlungszusage bis zu diesem Zeitpunkt **n i c h t** vorgelegen hat. **Das Doc. 420, wonach diese Zusage schon zwei Stunden früher eingetroffen sei, kann somit nicht authentisch sein!**

Halifax hat in seinem betrügerischen Verhalten einen Fehler gemacht -- schon 2 Stunden nach Einschmuggeln der falschen Aufzeichnung! Erst 20 Jahre nach Kriegsende wird er entdeckt -- von **Friedrich Lenz.**

Den Herausgebern der DBFP ist dieses ebenfalls aufgestoßen, denn sie versahen Doc. 430 mit einer Anmerkung (5), daß dieses Telegramm offenbar vor Erhalt des Doc. 420 abgegangen sein mußte, indes eine Erklärung dafür hatten sie nicht gefunden.

11.)

Über die Art dieser Unterredung mit **Raczynski** (28.8.) informiert **Halifax** seinen Botschafter in Warschau am 29.8. rückblickend (Doc. 497). **Halifax** erklärt, daß **Raczynski** "*irgendwie außer Fühlung mit seiner Regierung zu sein schien*". Keine Rede davon, daß er etwa die polnische Verhandlungszusage mitgeteilt oder bestätigt hätte. Auch darüber wollte er nichts wissen (wie im gefälschten Doc. 420 unterstellt), was Großbritannien unter "*internationaler Garantie*" verstehe.

12.)

Um diese Begriffsklärung ("*internationale Garantie*") bat der polnische Minister **Beck** am 31.8. (Doc. 609), was er nicht getan hätte, wenn

a) er bereits (laut Doc. 420) am 28.8. danach gefragt hätte -- oder er hätte auf seine Wiederholung verwiesen --,

b) Halifax diese Frage, die den Polen (laut Doc. 420) offenbar dringlich schien und die **Beck** am 31.8. als "*Hauptfrage der Polnischen Regierung*" bezeichete, zwischenzeitlich beantwortet hatte.

Halifax hätte diese Frage vordringlich beantworten müssen, hatte er doch zur gleichen Zeit **Hitler** die "*äußerst dringliche Situation*" vor Augen stellen lassen (Doc. 426). Wer unterstellt, Doc. 420 (28.8. -- 16 Uhr -- polnische Verhandlungszusage, einschließlich Frage nach der "*internationalen Garantie*") sei authentisch, muß schlußfolgern, daß **Halifax** auf den Krieg hinarbeitete, da er sich weigerte, dem polnischen Partner diese dringliche Frage zu beantworten. Dieses Doc. 420 weist so oder so **Halifax** Kriegspolitik nach.

Es berührt ausgesprochen seltsam, daß gerade jene Stellen im Doc. 609 (Antwort **Becks** am 31.8.), die Aufschluß geben könnten, ob es sich bei der Anfrage **Becks** ("*internationale Garantie*") um eine **erstmalig** gestellte Frage oder um eine **Wiederholung** handelt, **nicht abgedruckt** sind! Nach Angaben der Herausgeber der DBFP sei der Text hier "*ungewiß*".

13.)

Am 28.8. sendet **Halifax** ebenfalls um 18 Uhr den Kern der britischen Note an **Hitler** (Doc. 431) den Botschaftern in Washington, Warschau, Paris und Rom. Er erklärt zwar, daß sich die Regierung Seiner Majestät um die polnische Verhandlungszusage bemüht habe (was sachlich stimmt, wenn auch den Botschaftern der äußerst späte Zeitpunkt dieses Bemühens verschwiegen wurde). Die Telegramme enthalten jedoch **k e i n e** Bemerkung über die (angeblich zwei Stunden vorher erhaltene) polnische Zusage, die doch nach all den Vorfällen und der monatelang demonstrierten Verhandlungsverweigerung Polens als Sensation gerade in diesen Telegrammen hätte bekanntgemacht werden müssen.

Lord Halifax erfuhr am 28.8. früh um 9.30 Uhr von dem Geschäftsträger der britischen Botschaft in Berlin, **Ogilvie-Forbes**, das Ergebnis eines Gespräches zwischen Generalfeldmarschall **Hermann Göring** und dem schwedischen Industriellen **Birger Dahlerus**, der bereits seit Juli 1939 zur Vermittlung zwischen Deutschland und England von **Göring** herangezogen worden war. Punkt 5 dieser Mitteilung ans Foreign Office lautete:

"*Generalfeldmarschall Göring bittet nach Rücksprache mit Herrn **Hitler**, daß die britische Antwort weder publiziert noch dem Parlament mitgeteilt werden sollte, bevor **Hitler** nicht Zeit gehabt habe, sie zu kommentieren und möglicherweise Veränderungen vorzuschlagen.*" (Doc. 402)

Am Nachmittag des gleichen Tages -- Botschafter **Henderson** befand sich auf dem Rückflug nach Berlin -- teilte **Halifax** seinen Botschaftern in Washington, Warschau, Paris und Rom den Kern der britischen Antwort an **Hitler** mit (Doc. 431 -- 18 Uhr) -- <u>**o h n e**</u> den Zusatz, daß die polnische Verhandlungszusage vorliege. **Kennard** in Warschau aber bekam eine gesonderte Vorankündigung, die u. a. die Mitteilung enthielt (Doc. 430), daß der polnische Botschafter in London, **Raczynski**, bereits von dem Kern der britischen Antwort an **Hitler** unterrichtet und gebeten worden sei, sie **u n v e r s c h l ü s s e l t** nach Warschau zu leiten.

Ungewöhnlich war es, diese britische Antwort auf zwei verschiedenen Wegen nach Warschau zu leiten. Es hätte genügt, wenn **Raczynski** lediglich eine Kopie zur eigenen Information erhalten hätte. Noch ungewöhnlicher war es, den polnischen Botschafter in London zu einem unüblichen Verhalten zu veranlassen, das öffentliches Aufsehen nicht nur erregen konnte, sondern **m u ß t e**. Denn der Empfänger dieser Nachricht (**Raczynski**) fühlte sich dadurch an keine Geheimhaltung gebunden. Die Empfänger s e i n e r Mitteilung hingegen (die Journalisten) griffen diese Neuigkeit naturgemäß sogleich auf und brachten sie als Sensation heraus. Die Presse konnte den Verantwortungsbereich kaum überblikken, Premierminister **Chamberlain** hingegen kannte das Arrangement nicht. Untersuchungen über die Informationsquelle hätten, zwar zu **Raczynski**, aber infolge der nunmehr schnellen Aufeinanderfolge der Ereignisse angesichts der anti-deutschen Stimmung und des Kriegswillens gerade in den maßgebenden Amtsstuben des Foreign Office gewiß nicht weiter

geführt.

Wiederum hatte **Halifax** die "Befriedungspolitiker" in Großbritannien, soweit sie noch maßgebende Stellungen innehatten, aber auch im Ausland, überspielt.

Wie aufgebracht selbst Premier **Chamberlain**, der zu jener Zeit -- u. a. aus den Briefen an seine Schwestern ersichtlich -- nicht mehr zu den "Befriedungspolitikern" zählte, über diese Handhabung war, ohne den Initiator zu erkennen, bezeugt seine Unterhausrede am 29.8.1939:

*"Etwas möchte ich in diesem Augenblick hinsichtlich der Presse sagen. Ich halte es für nötig, der Presse noch einmal dringend nahezulegen, äußerste Zurückhaltung zu beachten zu einer Zeit, wo es durchaus möglich ist, daß ein paar wenige gedankenlose Worte in einer vielleicht gar nicht besonders wichtigen Zeitung die gesamten Anstrengungen der Regierung zur Herbeiführung einer befriedigenden Lösung zum Scheitern bringen können. Ich habe gehört, daß ein Bericht, der sich als wörtliche Beschreibung der Mitteilung der Britischen Regierung an Herrn **Hitler** ausgibt, gestern nacht oder heute morgen in ein anderes Land telegraphiert wurde. Ein solcher Bericht kann bloß von A bis Z eine Erfindung sein. Es ist, wie ich denke, sehr bedauerlich, daß Journalisten in Ausübung ihres Berufes solche Verantwortungen auf sich zu nehmen wagen, Verantwortungen, die nicht nur sie selbst, sondern auch die Einwohner vielleicht aller Länder der Welt berühren. ... Ich würde dem Haus sehr gern den Inhalt der mit Herrn **Hitler** ausgetauschten Mitteilungen in vollem Umfang enthüllen, wenn ich könnte; aber die ehrenwerten Mitglieder werden verstehen, daß in einer so äußerst heiklen Situation und wenn so schwere Entscheidungen unsicher auf der Waagschale liegen, es nicht im allgemeinen Interesse ist, diese vertraulichen Mitteilungen zu veröffentlichen oder sich im einzelnen dazu zu äußern in diesem Zeitpunkt."* (BBB Nr. 77)

Die polnische Regierung jedoch wußte, was dieses Arrangement zu bedeuten hatte und wohin die britische Regierung steuerte. Da zudem die **Raczynski** zugeleitete und anschließend von der britischen Presse veröffentlichte Version **n i c h t** den Passus enthielt, daß die polnische Verhandlungszusage vorliege, auf der anderen Seite aber **Hitler** gerade durch diesen Passus bewogen wurde, eine kurzfristige Verhandlung vorzuschlagen, ist das verlogene Arrangement von **Lord Halifax** deutlich nachweisbar.

Die Antwort **Hitlers** hat **Halifax** ebenfalls sabotiert, indem er sie erst viel zu spät -- am 31.8. -- nach Warschau weitergeleitet hat. Dem Polen zwischenzeitlich zugespielten Hinweis entsprechend, man möge "die Richtschnur" des britischen Lord beachten, mußte **Beck** aus dem Verhalten des Foreign Office entnehmen, Großbritannien würde Polens provozierende Haltung gegenüber Deutschland nach wie vor animieren. Die polnische Regierung hat das gut verstanden und verkündete daraufhin sofort die Generalmobilmachung in dem Bewußtsein, daß dies Krieg bedeute. Botschafter **Kennard** berichtete darüber:

"*... und er (**Beck**) erkennt völlig die große Bedeutung, welche die Regierung Seiner Majestät der Notwendigkeit zumißt, der Deutschen Regierung keine Möglichkeit zu geben, Polen auf Grund der Weigerung, in direkte Verhandlungen einzutreten, die Schuld zuzuschieben.*" (Doc. 576)

> *"Die Sieger haben Unrecht gehabt, den Polnischen Korridor zu schaffen. Sie haben ein großes, ein sehr großes Verbrechen begangen gegen das Recht und gegen die Menschlichkeit, als sie Ostpreußen von Deutschland abtrennten. Man zerschneidet einen Staat nicht in 2 Teile. ...*
>
> *Kann Deutschland an den Ernst unserer Vorschläge glauben, solange wir uns darauf versteifen, diesen Unsinn der polnisch-preußischen Grenze aufrechtzuerhalten? ... Diese ungerechte und dauernde Provokation, die in der Unterwerfung Danzigs unter Polen liegt?"*
>
> **René Martel, "La Pologne et nous", Paris 1928, S. 243 + 240. -- "Deutschlands blutende Grenzen", Berlin 1930.**

Britische Propagandahilfe für den polnischen Informationsminister

"Dieses Buch wurde publiziert für das polnische Informationsministerium",

London 1942: "The German New Order in Poland", 585 Seiten.

Offensichtlich brauchte die exilpolnische Regierung seinerzeit Propagandahilfe seitens der gewieften britischen "psychologischen Krieger". Eines bestätigt dieses Buch sogleich zu Beginn: ganz Polen kämpfte von Kriegsbeginn an unentwegt mit allen hinterhältigen Tricks gegen die deutschen Besatzer. So brauchten sich diese Kämpfer nicht zu wundern, daß die deutsche Besatzungsmacht, wie es jede andere in der Welt ebenfalls getan hätte und gegenwärtig zu tun pflegt, unter den Bedingungen des Kriegsrechts reagieren mußte. Primitiv freilich mutet es an, die "Neue Ordnung in Polen unter dem Nationalsozialismus" nur durch Aneinanderreihung von Greuelszenen "dokumentieren" zu wollen und alles andere, wie auch das Verhalten der sowjetischen Verbündeten, zu ignorieren und die "Barbaren" den "armen, gutartigen, unterdrückten Polen" gegenüberzustellen. Solche "Kunstwerke der psychologischen Kriegführung" entziehen sich selbst der wissenschaftlichen Ernsthaftigkeit sogar dann, wenn hin und wieder ein wirklich authentisches Dokument mit falsch geschildertem Zusammenhang oder ein Foto mit falscher Unterschrift dazwischengestreut ist.

Uns ist hier nicht möglich, diesen zweiten Band des "*Schwarzbuches über den schwarzen Bericht des deutschen Barbarentums, gestützt auf Dokumente*" über die "Neue deutsche Ordnung in Polen von September 1939 bis Juni 1941" wissenschaftlich im einzelnen zu untersuchen.

Es gilt indessen zu überprüfen, ob dieses Buch gemäß seiner Versicherung im Titel und Vorwort unvoreingenommen und ehrlich zusammengestellt worden ist und authentische Tatsachen dokumentiert, oder diesen Anspruch grundsätzlich mißachtet und ausschließlich für die Kriegspropaganda verfaßt ist.

Um dies herauszufinden, haben wir einige Fotos herausge-

griffen, wurde doch in der Einleitung versichert, daß es sich hierbei um authentische Fotografien handele. Es bedarf für ihre wissenschaftliche Analyse keiner Zeugenaussagen darüber, ob die abgebildeten Szenen von jemandem gesehen und erlebt wurden oder nicht, sondern die Authentizität eines Fotos läßt sich wissenschaftlich wertneutral überprüfen. Wer gefälschte Fotos unter ausdrücklicher Angabe ihrer Echtheit in eine historische Untersuchung mit dem gleichen Anspruch auf dokumentarische Grundlagen basierend einbaut, disqualifiziert sich für die Gesamtheit seiner Darlegungen und kann keinen Anspruch mehr auf ernsthafte Bewertung seiner Detailangaben erheben.

Prüfen wir somit als erstes das "Foto" zwischen den Seiten 54 + 55 mit der Unterschrift:



"Die Eroberer überwachen die Leichen ihrer Opfer. Die Totengräber des Massengrabes mögen ihrem Tod gleichermaßen entgegensehen. Sie sind oft erschossen worden, nachdem sie ihre Arbeit vollendet haben."

Vergrößerung und Vergleichsfotos weisen eindeutig nach, daß die "Totengräber" gemalt sind und die Perspektive sowie Größenverhältnisse zwischen "Leichen", "Totengräbern" und "Soldaten" grundsätzlich falsch sind. Die 3 "Gesichter", der linke Arm des pausierenden und die linke Hand des rechts "arbeitenden Totengräbers" sind mißlungen, ebenso ihr "Arbeitsbereich".

Dieses Bild ist keine, wie behauptet, Fotografie, sondern ein gemaltes und montiertes Propagandamachwerk "für das polnische Informationsministerium von **Hutchinson** & Co Publishers Ltd., London 1942!

Das "Foto" wird dem Leser anonym dargeboten: Kein spezifischer Tatort, kein Datum, kein Tathergang, keine Tätermannschaft.

Die Jahreszeit gibt Rätsel auf: Die Soldaten im Wintermantel, zwei keineswegs frierende "Totengräber" im Hemd und ohne Kopfbedeckung, einer mit "sauberem Haarschnitt", aber mit einer völlig mißratenen linken Hand, deren Fingergröße und Anordnung einfach nicht stimmt.

Die "Leichen" in nicht erkennbarer Anatomie und in einer optischen Wiedergabe, Größe und Perspektive, die zu Größenverhältnissen und Herstellungsart des Hintergrundes nicht passen, sondern sich eindeutig als eingefügter Montageausschnitt erweisen. Besonders eindrucksvoll ist dies ersichtlich beim vergrößerten Vergleich der vorderen "Leiche" rechts mit den sogleich "hinter ihm tätigen Totengräbern".

Wo eigentlich "graben die Totengräber"? Doch nicht etwa an einem "Massengrab". Die im Bereich der "Soldaten aufgeworfene Erde" kann nicht von ihnen sein. Sie hätten diese kaum so weit weggeworfen. Sollten hingegen "die Leichen" bereits innerhalb eines ausgehobenen Massengrabes als "oberste Schicht" liegen, wäre das ausgeworfene Erdreich viel zu gering ausgefallen. Es stimmt so und so nicht.

Der rechte "Soldat" hat sich doch nicht etwa so dicht an den "Grubenrand" des "neuen Massengrabes" gestellt, daß er flugs hineinrutschen kann?

Die Gesamtszene ist unrealistisch. Viel zu unbeteiligt sind Haltung und Gesichtsausdruck, zu kontrastreich die Schwarz-weiß Übergänge, zu offensichtlich die Montage des Vordergrundes. Selbst wenn es sich vorne wirklich um Leichen handeln sollte, was zu bezweifeln ist, so stammen sie in jedem Fall aus einem ganz anderen Zusammenhang!



Vergleichsbild: "Partisanen werden von sowjetischen Instrukteuren eingeschworen."
Paul Carell, "Der Rußlandkrieg fotografiert von Soldaten", Frankfurt/M - Berlin 1967, S. 342.



Der Vergrößerungsausschnitt zeigt deutlich den Montageausschnitt der vorderen "Leiche", die falsche Fingeranordnung des vorderen "Totengräbers", die Gesichter aus Farbklecksen, die fehlenden Schattentönungen der schwarz-weiß-Malerei.



"Foto 113. Eine deutsche Frau wurde bestraft, indem man ihr Haar geschoren und sie gezwungen hat, ein Plakat zu tragen mit der Inschrift:

»Ich war im Ort das größte Schwein. Ich ließ mich mit Polen ein.«

Die Bestrafung erinnert an das Mittelalter und gibt beispielhaft die generelle Tendenz der deutschen Politik gegenüber Polen wieder. "

"The German New Order in Poland", published for the Polish Ministry of Information, London 1942.

Dieses Bild ist keine Fotografie, wie behauptet, und anonym ohne Ortsangabe und Datum der Öffentlichkeit übergeben worden. Diese Machart hat nach Kriegsende viele Metastasen in Umlauf gesetzt. Zu auffallend hier ist wiederum die Schwarzweiß-Malerei ohne Schattendifferenzierungen, Augen und Mund als Farbkleckse, Unschärfe allerorten bis ausgerechnet auf der Plakatschrift nicht, die ist auf kontrastreich frischem weißem Papier gut lesbar, doch alles andere verliert sich in Unschärfe und/oder diffusem Schwarz. Jemand, der sie zwingt, das Plakat zu tragen, ist nicht zu sehen, -- ganz im Gegensatz zu den zahlreichen authentischen Fotografien von 1945, auf denen französische Partisanen kahlgeschorene französische Frauen durch die Straßen ihrer Städte zerrten, die sich mit deutschen Soldaten eingelassen hatten. Solche Fotos freilich sehen schon in ihrer Struktur ganz anders aus!

Trotz dieser und weiterer Bildfälschungen in "The German New Order in Poland" haben wir uns weiter einzulesen versucht. Selbst die Kapitelüberschriften haben uns in diesem Bemühen nicht abgeschreckt. Sie kündeten nur Barbarismus an:

"Massaker und Quälereien", "Massenmorde und Exekutionen unter der Okkupation", "Gefängnisse und an den Gefangenen verübte Torturen", "Razzien und Hausdurchsuchungen", "Vergewaltigte Frauen", "Organisierter Raub", "Die Vertreibung der polnischen Bevölkerung von ihrem Land", "Die Verfolgung der Juden und Ghettos", "Raub des öffentlichen und privaten Eigentums", "Die wirtschaftliche Ausbeutung", "Die religiöse Verfolgung", "Die Vernichtung der polnischen Kultur", "Moderne Sklaverei".

Allerdings sind wir dann schon eingangs darüber belehrt worden, daß in diesem Buch durchgängig ohne jede Hemmung fantasiert und gelogen wird. Beispiel Seite 20:

"Während der militärischen Operationen hatten die deutschen Truppen systematisch und furchterregend organisiert, die polnische Bevölkerung zu ermorden.

Die Männer der Luftwaffe waren besonders dazu angehalten worden, diese Massaker auszuführen. Indem sie militärische Anlagen bombardierten, führten die Piloten nur einen Teil ihrer Befehle aus. Die hauptsächliche Aufgabe der deutschen Bomberformationen schien darin zu bestehen, die offenen Städte, die Dörfer und ländlichen Regionen Polens zu zerstören. So führten die deutschen Piloten vorsätzlich Massenmorde unter der Zivilbe-



International

A KIND OF CARNIVAL

In liberated Cherbourg, patriots rounded up these French trollops, denounced them for associating with Nazis, cropped their heads, paraded them in shame through the streets. To foreigners who called it "despicable," a French official replied: "It is a humorous way of humiliating *collaboratrices*. It is quite normal that after many lean days there should be a carnival of some kind."

"Eine Art Karneval. Im befreiten Cherbourg kreisten Patrioten diese französischen Schlampen ein, denunzierten sie als Nazi-Liebchen, beraubten sie ihrer Haartracht und trieben sie zu ihrer Schande durch die Straßen. Ausländern gegenüber, die dies als verachtenswert bezeichneten, erwiderte ein französischer Offizieller: *»Es ist eine humorvolle Art, Kollaborantinnen zu demütigen. Es ist ganz normal, daß nach vielen mageren Tagen irgendein Karneval stattfinden sollte«. "* -- *Time*, London, 31. Juli 1944, S. 18.



"Kollaborantinnen in Paris. Einige hielten dies für grausam."
***Time*, London 11.9.1944, S. 18.**

völkerung durch. Die deutschen Luftwaffensoldaten waren jedoch mit dem Abwerfen hochexplosiver und Brandbomben auf offene Gebäude und Zentren der Zivilbevölkerung und ihren Ergebnissen noch nicht zufrieden. Wann immer möglich, flogen sie sehr niedrig und töteten Tausende von Menschen mit ihren Maschinengewehren, zerstörten ganze Dörfer und griffen Flüchtlinge an, die auf den Straßen flüchteten."

In diesem Stil -- beweislos und sachwidrig -- geht das weiter. -- Nein, das ist zuviel für einen Wissenschaftler, der weiß, daß genau das Gegenteil historisches Faktum ist, und der sich genau dieser Methoden der British Airforce bei ihren Mordangriffen auf die offene und wehrlose Großstadt Dresden im Februar 1945 erinnert. Ein solches Buch ist nicht ernst zu nehmen!

Im übrigen bedurfte es solcher britischer Propagandahilfe für das polnische Informationsministerium nicht, denn die Polen selbst hatten dieserart imperialistische Expansionsvorbereitung, also mittels übelster Verlogenheiten und Verunglimpfungen Deutschlands, bereits ein Jahrzehnt **vor** dem Nationalsozialismus unablässig produziert. **Werner Fuchs** hat dies in seinem Buch "Der neue Polenspiegel -- Selbstzeugnisse polnischen Eroberungswillens", Berlin 1930, nachgedruckt vom Verlag für Ganzheitliche Forschung in Viöl 1992, umfangreich belegt. Er war freilich nicht der einzige, der diese Vorgänge dokumentiert festgehalten hat.

"Gaskammer" im KL Stutthof ?

Das aus dem Polnischen übersetzte Buch des Herausgebers **Hermann Kuhn** "Stutthof -- Ein Konzentrationslager vor den Toren Danzigs" [33] ist grundsätzlich in polnisch-kommunistischer Parteilichkeit mit "wissenschaftlichem" Anspruch sowie mit dort auch über die Sowjet-Zeit hinauswirkender kritikloser Übernahme aller gegen Deutschland seit 1939 und speziell seit 1945 verfügten Schulddoktrinen verfaßt worden. Hierzu gehören auch die propagandawirksam ins Feld geführten "Ergebnisse staatlicher Untersuchungskommissionen" und die aus ihren Berichten zu "folgernden Rechtsentscheidungen" kommunistischen Stils. Das Buch ist in einen "historischen Abriß" mit gesonderten "Zeugenaussagen" eingeteilt. Die polnischen Zeugen werden kommentarlos so vorgestellt, als würden sie Tatsachen berichten. Hinweise oder gar Nachweise darüber, wer das überprüft hat, fehlen grundsätzlich. Was die ehemaligen Häftlinge unter den Bedingungen kommunistischer Willkürherrschaft in der Nachkriegszeit aussagten oder aussagen durften oder mußten, sollen alles Tatsachen sein? Ihnen zufolge habe "*die SS*" den gesamten Krieg über nur "*gejagt, getrieben, geschlagen, gequält, geraubt, gemordet und erschossen*". Nichts dergleichen wird kritisiert oder hinterfragt, und sei es noch so unrealistisch. Die Aussagen sind zudem so allgemein gehalten, daß konkrete Anhaltspunkte ausgespart sind. Unabhängige Stellungnahmen, Überprüfungen paßten nicht in das Herausgeberkonzept. So wird der Leser von vornherein "belehrt":

1.)

"*Stutthof war zunächst ein Lager des politischen Terrors gegen Polen, es wurde im Lauf des Krieges ein großes Rad in der deutschen Vernichtungsmaschinerie gegen die Völker Europas, am Ende vor allem gegen die Juden.*" [33] S. 6

Diese ungeheuere Anklage wird nicht durch Sachbeweise belegt, also nicht etwa z.B. durch Funde irgendwelcher Art, sondern ausschließlich mit Zeugenaussagen, die ein diktatorischer Staat beliebig zu rekrutieren in der Lage war und ist. Und die Sowjetunion mit ihren Satrapen war mit ihrem Terror in dieser Methode Meister!

2.)

"*Jeder Häftling war von Anfang an ständigen Schlägen ausgesetzt.*" [33] S. 61

3.)

In Pommerellen gab es "*offensichtlich*" nur "*eine große und politisch lautstarke Minderheit*", [33] S. 6 eine polnische Umschreibung für Mehrheitsbevölkerung, die nur im Vergleich zum gesamten polnischen Volk zur "Minderheit" wurde.

4.)

"*Auf dem Gebiet der freien Stadt Danzig lebten über 30.000 Polen, die trotz aller Schwierigkeiten und Schikanen durch die Stadtbehörden offen ihre Zugehörigkeit zur polnischen Nation zeigten.*" [33] S. 9

Die Zahl der in Danzig lebenden Deutschen wird dem Leser verschwiegen.

Demgegenüber weisen sämtliche damaligen Statistiken aus, daß im abgetrennten Danziger Freistaat 353.000 Deutsche und rund 12.000 Polen lebten, deren Stimmenanteil an den Volkstagswahlen stets zwischen 3 - 4% schwankten. Somit war Danzig zu 96 - 97% deutsch! Doch das

33) Hermann Kuhn (Hg.), "Stutthof -- Ein Konzentrationslager vor den Toren Danzigs", Bremen 2004 (Original "Gdańsk" 1990).

erfährt man aus anderen Quellen.

5.)

"Nachdem das Lager Stutthof am 7. Januar 1942 der Inspektion der Konzentrationslager unterstellt worden war, wurde es zugleich in das allgemeine deutsche System der Ausrottungspolitik gegenüber den Völkern Europas eingebunden."

Einen Beweis hierfür braucht die für diesen Text verantwortliche Direktorin des heutigen Museums **Janina Grabowska** nicht.[33) S. 14 + 20] Das ist der Stil ihrer Geschichtsschreibung! Er ist so offensichtlich unwahrhaftig in der Generallinie, daß er auch für die Details gilt, die auf Zeugen, nicht erläuterte "Schätzungen" oder bloße Behauptungen zurückzuführen sind.

War das Lager Stutthof im September 1939 für polnische Kriegsgefangene errichtet, so sind später eingelieferte Häftlinge nach Eingeständnis von **Janina Grabowska** -- zumindest bis zum Jahr 1944 -- jeweils auf Grund von Strafverfahren wegen bewaffneten Widerstandes im Rahmen der polnischen Untergrundarmee ins Lager eingeliefert worden. Und wenn dann noch das KL Stutthof am 1. Oktober 1941 -- damit "*eine neue Etappe in der Geschichte des Lagers*" beginnend -- "*auch Arbeitserziehungslager*" wurde, so steht das im Kontrast zu der behaupteten "*Ausrottung der europäischen Völker*". Wozu sollte "die SS" diese Häftlinge erst mühsam zum Lager Stutthof transportieren und zur Arbeit erziehen, wenn sie doch "*ausgerottet*" werden sollten?

Auch dies paßt nicht in das vorgezeichnete Schema:

"Von den Transporten aus anderen Ländern ist eine Gruppe von 40 Vertretern der litauischen Intelligenz zu erwähnen, die im April (1943) ankam. ... Sie wurden als sogenannte Ehrenhäftlinge betrachtet. Später behandelte man auch einige lettische Staatsmänner und höhere Offiziere des litauischen Generalstabs in der gleichen Weise." [33) S. 25]

Die Autoren versuchten nicht zu erklären, wie sich dieses Verhalten mit "*dem System der Ausrottung gegenüber den Völkern Europas*" vereinbart, natürlich auch nicht, wie es möglich war, daß **419.000 europäische Freiwillige in der Waffen-SS gekämpft haben, unter ihnen Esten, Letten, Litauer, Franzosen, Belgier, Holländer, Spanier, Dänen, Norweger, Kroaten usw.. Zusätzlich:**

"Eine Million sowjetische Soldaten aber hatten freiwillig Kriegsdienste auf deutscher Seite genommen und sich zum Kampf gegen das Sowjetregime auf deutscher Seite bewaffnen lassen." [34)]

Weitere rd. 500.000 russische "Hiwis" im Verband der Wehrmacht sind zu nennen. Im übrigen: **Zahlreiche europäische Völker -- Italien, Rumänien, Ungarn, Finnland -- waren militärische Verbündete Deutschlands!**

"***Lest Romane!***", -- diese Empfehlung von **Jean-Claude Pressac**[35)] ist nicht nur auf dieses Buch von **Hermann Kuhn** zu beziehen, sondern auf sämtliche bereits zuvor in Polen erschienene Literatur über Stutthof, beginnend mit dem ersten Sowjetbericht von 1945. **Jürgen Graf** und **Carlo Mattogno** haben in ihrer detaillierten Zusammenstellung nachgewiesen,[36)] daß sämtliche Grundsatzaussagen über Stutthof von den Sowjets 1945 vordiktiert und anschließend stets abgeschrieben, allenfalls mit neuen Fantasiegeschichten angereichert worden sind. Nach Zerfall der Sowjetunion hat sich daran nichts geändert, obgleich es ausgerechnet über die "Gaskammer" und das Krematorium in Stutthof keinerlei Dokumente gibt.[36) S. 66 + 69]

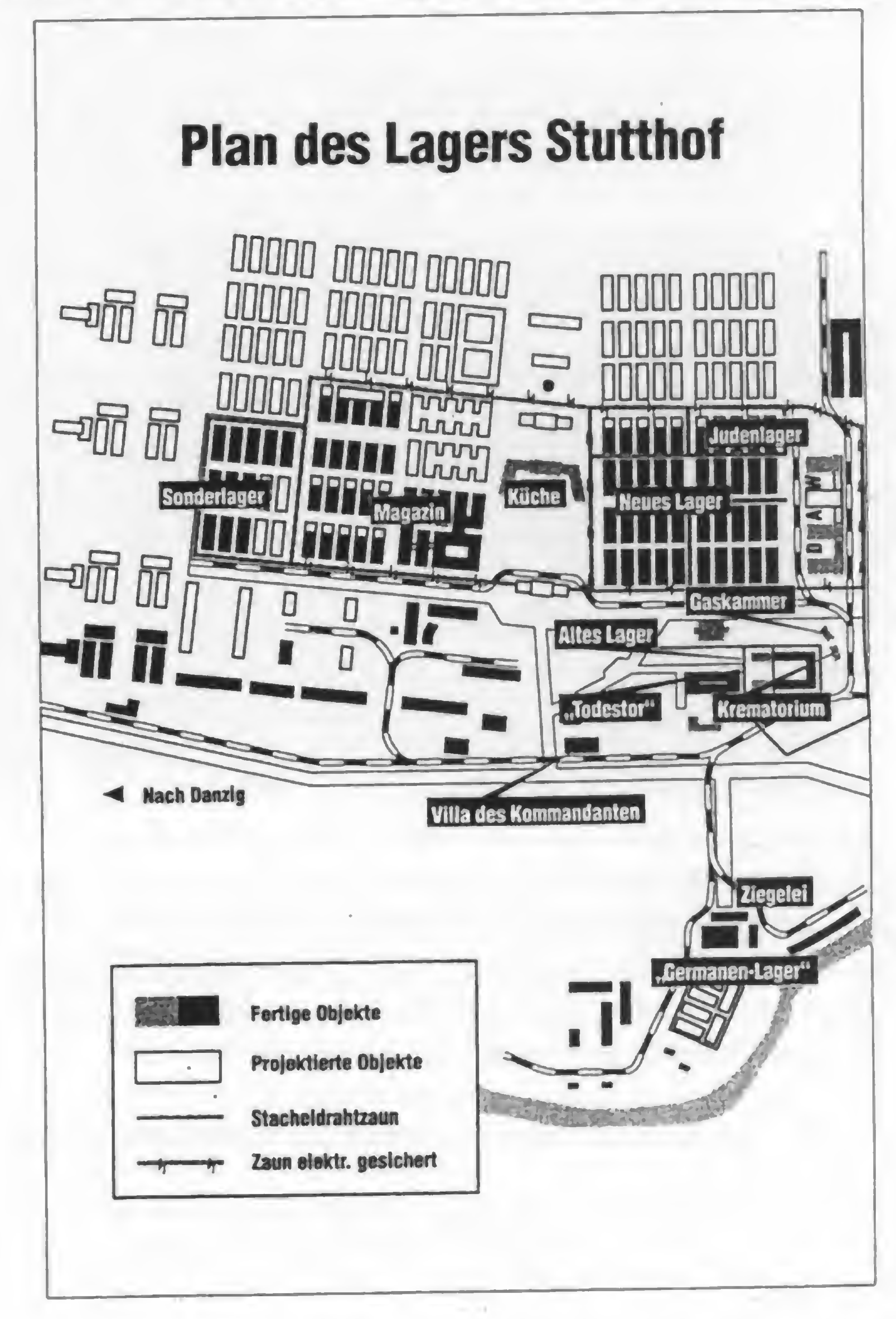
1944 ist das Lager infolge enormer Zulieferungen, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte, auf Grund von Massentransporten jüdischer Häftlinge -- meist Frauen mit Kindern -- aus aufgelösten Ghettos im Osten und Ungarn sowie nach dem Warschauer Aufstand gewaltig angewachsen. Auch trafen Transporte aus Lodz nach Zwischenstation in Auschwitz ein.

"Am 5. November 1944 waren 57.056 Häftlinge (20.680 Männer und 36.376 Frauen) in der Lagerevidenz eingetragen." [33) S. 27]

"Die Lebensbedingungen in den Konzentrationslagern waren insgesamt darauf ausgerichtet, die Frauen und Männer auf dem schnellsten Wege zum psychischen Zusammenbruch, zur Erschöpfung ihrer körperlichen Kräfte und in der Konsequenz zu ihrer Vernichtung zu bringen. Stutthof gehörte zu den Lagern, in denen sehr schwere Lebensbedingungen herrschten." [33) S. 38]

So "*trieben, jagten, schlugen*" die SS-Männer und ihre Funktionshäftlinge von morgens bis abends; es gab kaum etwas, was sie sich zum Quälen der Häftlinge nicht ausgedacht hätten, so man diesen "historischen Abriß" liest.

Dabei gliederte man jüdische Arbeitskommandos ein und versetzte sie in die Außenlager, wo sie in Fabriken, bei der



34) Joachim Hoffmann, "Stalins Vernichtungskrieg 1941 - 1945", München 1995, S. 121 + "Die Wlassow-Armee", Freiburg 1984, S. 421 + Oskar Reile, "Der deutsche Geheimdienst im Zweiten Weltkrieg. Ostfront", München 1990, S. 409 + Franz W. Seidler, "Die Wehrmacht im Partisanenkrieg", Selent 1999, S. 118.

35) Jean-Claude Pressac, "Auschwitz: Technique and operation of the gas chamber", New York 1989, S. 20.

36) Jürgen Graf / Carlo Mattogno, "Das Konzentrationslager Stutthof und seine Funktion in der nationalsozialistischen Judenpolitik", Hastings, Castle Hill Publishers, 1999 (P.O.Box 118 -- TN 34 3ZQ GB)



Gaskammer. Aufnahme von 1945

"Gaskammer, Aufnahme von 1945". 33) S. 65

"Sie wurde vom Juni bis Oktober 1944 mehrmals benutzt" 33) S. 62- ***"kletterte .... auf das Dach und warf das Gas Zyklon-B hinein".*** 33) S. 65 **-- Doch dieses gab es 1944 gar nicht mehr!** 37) **Übrigens: Wie kann man *"Gas hineinwerfen"*? "Zeuge" und Schreiberling konnten keine Ahnung von Zyklon-B gehabt haben.**

Bahn, beim Bau von Kriegsbefestigungen und Flugplätzen, bei deutschen Bauern *"zu schweren Arbeiten gezwungen wurden, die ihre Kräfte überstiegen, und dies noch bei schlechter Verpflegung."* 33) S. 45

"Die Arbeitsunfähigen wurden entweder auf der Stelle ermordet (durch Injektionen oder Erschießen) oder zurück nach Stutthof geschickt, wo sie auch der Tod erwartete." 33) S. 45

Von 5.000 Entlassenen und 24.624 von Stutthof in andere Lager Überstellten36) S. 25 + 26 wird hier indessen nichts berichtet.

Dort gab es ein jüdisches Krankenrevier. Dahin wurden die kranken Jüdinnen *"gejagt"*, und zwar in den *"Ausrottungssaal"*.33) S. 46 Hiervon berichtete eine "Zeugin", und das war's an Beweisen schon.

"Die Arbeit war ein Instrument der Vernichtung, sie spielte aber gleichzeitig eine wichtige Rolle für die deutsche Kriegswirtschaft." 33) S. 52

Erklärt wurde dieser Widerspruch nicht, wie man von Menschen, die man "vernichten will", fachliche Leistungen für die Kriegsindustrie erwarten kann.

Bei Aufzählung der verschiedenen Arbeitskommandos gab es auch

"Häftlinge, die die Leichen aus der Gaskammer heraustragen mußten", und ein *"Kommando zur Bedienung des Krematoriums und des Scheiterhaufens"*.33) S. 55

Hiernach gab es nur <u>einen</u> Scheiterhaufen. Die Lagerskizze enthält keinen Platz für ihn. Niemand hat sich um Brennstoff und seine Herbeischaffung oder um Reste und Spuren gekümmert.

Es ist die erste und einzige Erwähnung der *"Gaskammer"* in diesem "historischen Abriß" über das KL Stutthof. Man erfährt nichts darüber, wann und auf wessen Befehl sie erbaut wurde. Lediglich andere polnische Quellen nennen 1943 als Baujahr mit gleichzeitiger Ergänzung, daß es sich um eine Entwesungskammer gehandelt habe, in der Kleidung mit Zyklon-B entwest wurde.

Man erfährt über dieses "singuläre Mordinstrument" buchstäblich nichts anderes als das hier wiedergegebene "Foto" und den "Standort" auf dem Lagerplan am Rand des neuen Barackenlagers. Ob diese Lagerskizze "SS-original" ist oder eine nach Kriegsende angefertigte, erfährt der Leser ebenfalls nicht.

Immerhin: Von der Lagerküche trennten "die Gaskammer" nur 10 dicht nebeneinander gesetzte und mit Häftlingen belegte Baracken.

Von internationalen Inspektionen, die dieses "singulär unzerstörte Mordinstrument" inspiziert und der Weltöffentlichkeit dokumentiert hätten, wurde nichts berichtet. Es ist darüber auch nichts bekannt.

Lediglich **e i n** Zeuge, der Italiener **Aldo Coradello,** "wußte" etwas über diese "Gaskammer":

"Sie hat in Stutthof -- wie in anderen Lagern! -- die meisten Todesopfer gekostet." 33) S. 124

"Angefangen von dunklen, einfachen Räumen ohne jeden Komfort, nur mit der Aufschrift

»Achtung, Lebensgefahr, beim Benutzen die Tür gut schließen!«

bis zu für diesen Zweck gebauten Eisenbahnwaggons (Mehrzahl, -- d. Verf.), *die etwa der Eisenbahn Danzig-Stutthof angepaßt waren."* 33) S. 124

Darin wurde seinen Angaben zufolge z.B. *"ein Strumpfstopf-Kommando von Frauen vergast"*, die partout nicht *"in Richtung der Gaskammer gehen wollten"*. So habe "die SS" sie mit Näh- und Stricknadeln versorgt und sie zum "Strümpfestopfen" in einen dieser Eisenbahnwaggons eingeteilt, *"um sie zum Arbeitsplatz zu fahren"*. Doch

"während der Fahrt wurde der Wagen mit doppelten Türen abgeschlossen, mit Gas gefüllt, und die ahnungslosen Opfer gingen in die Arme des Todes." 33) S. 66

Seinen Angaben zufolge gab es dieserart Aktionen mehrere. Denn:

"Der Wagen wurde an eine Lokomotive angekoppelt, manchmal auch an einen Güterzug und ist tatsächlich mit den Frauen weggefahren. Als der Zug eine oder 2 Stationen passiert hatte, kehrte er um und hielt genau vor dem Krematorium an. ... Dann wurden nur noch die Leichen herausgetragen. " 33) S. 66

Niemand fragte ihn, woher er das so genau wissen konnte.

Aldo Coradello *"berichtete aus der Erinnerung"*, -- Näheres wußte er nicht mehr. Auch schien sich niemand für weitere Einzelheiten zu interessieren. "Waggons" dieser Art *"mit doppelten Türen"*, die man einfach so während der Fahrt *"abgeschlossen und mit Gas gefüllt"* hat, hat man weder gesucht noch gefunden, noch jemanden ermittelt, der sie gebaut, geliefert, "bedient", entladen, gesäubert, überhaupt gesehen hat. Selbst die für den "historischen Abriß" verantwortliche **Janina Grabowska** hatte keinen weiteren Informationsbedarf nötig, um diese "Erinnerung" zum historischen Faktum zu erklären. Für sie waren auch *"die Erinnerungen"* des **Aldo Coradello** in bezug auf *"die Gaskammer"* so "glaubwürdig", daß sie in dem ganzen Buch singulär blieben und jedes

37) Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 92, S. 6 ff.

Hinterfragen erübrigten. Dabei war dieser "Zeuge"

"heute nicht mehr imstande, diese barbarischen, unmenschlichen Szenen zu beschreiben." [33) S. 125]

Kurz danach "erinnerte er sich" dennoch an grausige Einzelheiten so genau, als wäre er dabeigewesen:

"... und aus der Dachöffnung strömte Gas hinein. Die ganze Lagerkommandantur war bei der Vergasung anwesend. Nach einer Stunde wurden die Türen geöffnet, die Leichen herausgetragen und am Krematoriumsofen niedergelegt. Jede Leiche wurde nackt ausgezogen, die Kleidung wurde zur weiteren Verwendung aufgestapelt. Jeder Tote wurde noch nach Schmuck und Goldzähnen untersucht. Die Goldzähne wurden mitsamt dem Kiefer mit Hilfe eines besonderen Gerätes entfernt und die Leiche gekennzeichnet: »Vom Zahnarzt untersucht.«" [33) S. 128]

Abhängig von der *"Größe der Beute"* bekam die Krematoriumsbedienung Schnaps.

"Den SS-Leuten fehlte es nicht an Gold und Brillanten. Der Schmuck war Zahlungsmittel beim Kartenspiel und zum Einkauf von Schnaps." [33) S. 128]

"Normalerweise faßte der Ofen 13 Leichen und die Verbrennung dauerte 80 bis 100 Minuten. Die Leichen der Invaliden waren besonders mager, und man konnte 15 Leichen in den Ofen laden. Um Mitternacht war der Ofen mit den letzten Leichen gefüllt.

Schon in den nächsten Tagen sind neu angekommene Häftlinge in der Kleidung der vergasten sowjetischen Kriegsinvaliden herumgelaufen." [33) S. 128]

Von der chemischen Wirkung des Zyklon-B, langfristiger Kontaminierung giftgasverseuchter Leichen, Kleidung, Räume und Umgebung hatte dieser "Zeuge" keine Ahnung, und wie er all das "wissen" konnte, danach fragte ihn niemand.

"Alle im Lager wußten von der Gaskammer",[33) S. 124] -- doch eigenartig: keiner hat Näheres über sie berichtet. Nicht einmal im "historischen Abriß" findet sich darüber etwas.

"Gruppen von 30 Häftlingen wurden vor die Kantine gejagt, wo sie auf einfache Holzwagen verladen wurden, dort lagen sie einer neben dem anderen oder aufeinander. ... Der vollgeladene Wagen wurde von 10 Häftlingen zum Tor in Richtung Krematorium gezogen." [33) S. 125]

Dieser "Zeuge" hat alles "erzählt" bekommen -- von einem unbekannt Gebliebenen. Doch das genügte der Museumsdirektorin und dem Herausgeber für die Geschichtsschreibung.

Herausgeber **Hermann Kuhn** präsentierte aber auch eine **Augenzeugin**, die damals 17-jährige **Trudi Birger**:

"Als erstes ging es zur Entlausung. Wir hatten sie wirklich nötig. Die Leute waren schmutzig. ..."

Doch warum machte "die SS" sich diese Mühe?

Ohne Angaben über Örtlichkeit, Tagesablauf, Unterbringung, Zeitbeschreibung hatte **Trudi Birger** plötzlich zur "Selektion" anzutreten,

"der SS-Arzt schickte mich nach links".

Dann befand sie sich plötzlich *"auf einem großen mit Mauern umgebenen Arreal"* mit vielen, zusammengedrängten Häftlingen. Plötzlich waren sie alle nackt. Mit Einzelheiten hielt sie sich nicht auf.

Wiederum plötzlich sah sie, woher die Hitze kam:

"Am anderen Ende waren riesengroße Öfen."

Dann sah sie

"die kriminellen Häftlinge vor den Rachen der Öfen stehen und die »Muselmanen« ins Feuer werfen. Sie waren so schwach, daß sie sich nicht mehr wehrten.

Die Nazis machten sich nicht einmal die Mühe, sie in die Gaskammern (Mehrzahl -- d. Verf.) *zu schicken, bevor sie verbrannt wurden. Sie ließen sie bei lebendigem Leib in die Öfen werfen. ..."* [33) S.130]

Plötzlich war *"das große mit Mauern umgebene Arreal"* ein *"Raum"*, in den immer mehr Menschen zu den Öfen gestoßen wurden. Inzwischen war sie den Öfen so nahe gekommen, *"daß sie sehen konnte"*, wie die Menschen lebend in die Flammen geworfen wurden:

"Sie packten die Frauen, wo sie sie zu fassen bekamen und stießen sie mit dem Kopf voraus hinein. Manchmal, wenn eine Frau zu groß war, daß sie nicht ganz in den Ofen paßte, verbrannte nur der obere Teil ihres Körpers, und sie mußten die Füße nachschieben. ... Keiner schrie, niemand wehrte sich.

Als ich sah, daß ich als nächste an der Reihe war, ... und dicht vor dem Ofen stand, öffnete sich eine Tür am Ende des Arreals (nun wieder *"Arreal"*, -- d. Verf.). *Der Lagerkommandant stand dort ... hinter ihm 2 Krankenträger, und brüllte. »Holt dieses Mädchen hier heraus!«"*

Sie war "gerettet" und konnte das alles "berichten".[33) S. 131]

Das Museum mit diesem Informationsangebot wird jährlich von *"200.000 Menschen" besucht*".[33) S. 193]

Von einem Protest irgendeiner Bundesregierung wegen Verunglimpfung des deutschen Volkes, Volksverhetzung auch innerhalb der BRD durch Verbreiten derartiger Literatur ist nichts bekannt. Statt dessen haben sie sich alles dies, selbst die abstrusesten Verleumdungen auch der Ankläger und Geschichtenschreiber aus den Vertreiberstaaten, zu eigen gemacht und beteuert, ***"eine Umdeutung des Geschichtsbildes darf und wird es durch Deutschland nicht geben"***![38] Offensichtlich soll das deutsche Volk weiterhin mit Lug und Betrug regiert, Gebietsraub, Heimatvertreibung, Nachkriegs-Massenmord und Siegerjustiz legalisiert bleiben.

Im Dauereinsatz einseitiger "Kriegsverbrecher"-Verfolgung deutscher Soldaten hatte sich 1963/1964 auch das Schwurgericht in Tübingen mit dem KZ Stutthof und seinen *"Gaskammer-Morden"* befaßt und die vorgenannten Geschichten "rechtskräftig" bestätigt. Ein polnisch-jüdischer "Zeuge" hatte damals ***"glaubhaft bekundet"***, daß *"alle Ritzen in den Wänden und am Boden des Personenwaggons der Kleinbahnfür die zur Vergasung vorgesehenen Strumpfstopfkommandos abgedichtet und eine Einschüttöffnung am Dach des Waggons für den Vergasungsstoff angebracht"* worden sei. *"Ein SS-Mann in Eisenbahneruniform mit Signalpfeife habe* die *Opfer, jeweils 20 - 30 Menschen, getäuscht"*. Oberstaatsanwalt **Adalbert Rückerl** informierte die Öffentlichkeit nur über die so "rechtskräftig festgestellten Tatsachen", nicht hingegen über die Einzelheiten, wer hier eigentlich unter welchen Voraussetzungen ausgesagt hat und was Angeklagte und Verteidiger zu derartigen Vorwürfen erwidert hatten.[39] Die Gerichtsakten bleiben dem Historiker verschlossen.

Diese Folgen einer bedingungslosen Kapitulation können keinen dauerhaften Bestand haben!

---

38) Ausspruch von Bundeskanzlerin **Angela Merkel** im März 2007 in der Universität Warschau. -- ***Deutsche Nationalzeitung***, 23.3.2007.

39) Adalbert Rückerl, "Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas", Frankfurt/M 1983, S. Fischer Verlag, S. 263 - 266.